vero
der baustoffverband

GESCHÄFTSBERICHT
2019/2020

vero

vero
der baustoffverband

GESCHÄFTSBERICHT
2019|2020

Transportbetonindustrie und Betonförderer 28

Kies- und Sandindustrie 29

Natursteinindustrie 30

Naturwerksteinindustrie 31

Asphaltindustrie 33

Betonbauteileindustrie 34

Recycling 38

Schieferindustrie 48

Ziegelindustrie 50

Vorwort 6
Gremien 8

1 | Gesamtwirtschaftliche Lage 12
1.1 Jahr 2019: deutsche Wirtschaft in der längsten Wachstumsphase im vereinten Deutschland 12
1.2 Jahr 2020: Deutschland und die Weltwirtschaft unter dem Eindruck der Corona-Pandemie 13
1.3 Update: Corona-Pandemie führt zur schwersten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik – Bau- und Rohstoffindustrie bislang moderat betroffen 15
1.4 Konjunkturprognosen im Vergleich 16

2 | Status quo und Perspektiven der Bau- und Rohstoffindustrie 20
2.1 Volkswirtschaftliche Bedeutung der Bau- und Rohstoffindustrie im Überblick 20
2.2 Entwicklung der Hochbaugenehmigungen 23
2.3 Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 24

3 | Entwicklung der Branchen von vero 28
Transportbetonindustrie und Betonförderer 28
Kies- und Sandindustrie (einschließlich Quarz) 29
Natursteinindustrie 30
Naturwerksteinindustrie 31
Asphaltindustrie 33
Betonbauteileindustrie 34
Recycling 38
Schieferindustrie 48
Ziegelindustrie 50

4 | Aus den Ländern 60
4.1 Schleswig-Holstein/Hamburg 61
4.2 Niedersachsen/Nordwestdeutschland 66
4.3 Nordrhein-Westfalen 72
4.4 Hessen 78
4.5 Rheinland-Pfalz 81
4.6 Saarland 85

5 | Aus der Arbeit des Verbandes 88
5.1 Tarif-, Arbeits- und Sozialpolitik 88
5.2 Arbeits- und sozialrechtliche Beratung/Vertretung 89
5.3 Veranstaltungen/Vorträge/Sonstiges im Bereich Arbeits- und Tarifrecht 90
5.4 Technik 90
5.5 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit 92
5.6 Aus- und Weiterbildung 94
5.7 Veranstaltungen 95

6 | Impressum 98

„Die Bau- und Rohstoffindustrie ist – im wahrsten Sinne des Wortes – das Fundament des Haus-, Wohnungs- und Verkehrswegebaus und steht am Anfang vieler Wertschöpfungsketten.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde des Verbandes,

ein Virus bzw. die verordneten staatlichen Maßnahmen, die eine Ausbreitung desselben verhindern sollen, legen die deutsche Wirtschaft lahm.

Die sich auch ohne Corona schon anbahnende Rezession wird sich dadurch verschärfen und im günstigsten Fall bei 4 % liegen. Arbeitslosen- und Kurzarbeiterquote werden drastisch steigen.

Die Tätigkeiten auf den Baustellen wurden jedoch nicht eingestellt und unsere Rohstoffe werden daher weiter benötigt.

Nach wie vor sind sie knapp.
Wir arbeiten daher weiter daran, dass die von mehreren Landesregierungen im Zuständigkeitsbereich von vero vollzogene gesetzliche Änderungen zugunsten unserer Industrie nunmehr auch auf regionaler Ebene umgesetzt werden.

Einen Überblick darüber bietet Ihnen dieser Geschäftsbericht.

Herzlichst

Raimo Benger
Hauptgeschäftsführer

Christian Strunk
Präsident

Gremien

Ehrenvorsitzender

Michael Schulz

Vorsitzender

Christian Strunk	Fachgruppe Gesteinskörnungen

Stellvertretende Vorsitzende

Andreas Goedecke	Landesgruppe Niedersachsen
Thilo Juchem	Landesgruppe Rheinland-Pfalz
Franz-Bernd Köster	Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
Robert Lindemann-Berk	Fachgruppe Quarz
Michael Weber	Fachgruppe Transportbeton

Weitere Vorstandsmitglieder

Rainer Brings	Fachgruppe Transportbeton/Betonförderer
Sven Fischer	Landesgruppe Schleswig-Holstein
Christoph Hagemeier	Landesgruppe Hessen
Michael Hüging-Holemans	Fachgruppe Gesteinskörnungen
Michael Jester	Fachgruppe Mörtel
Dr. Christian Lange	Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
Heimo Milnickel	Landesgruppe Niedersachsen
Carsten Simme	Fachgruppe Quarz
Nico Steudel	Fachgruppe Gesteinskörnungen
Michael Stoll	Fachgruppe Recycling
Thomas Theilmeier	Fachgruppe Betonbauteile
Dirk Wegener	Landesgruppe Niedersachsen

Beirat

Armin Bast	Ralph Lang
Frank Conrads	Ralf Linden
Mirco Curic	Ingo Rüdiger Lothmann
Heiko Dallmann	Dr. Philipp Niemann
Burkhard Ebel	Peter Nüdling
Dr. Burkhard Ebeling	Dr. Paul Páez-Maletz
Werner Eistert	Max Pescher
Dr. Gerd Hagenguth	Werner Schaurte-Küppers
Berhold Heuser	Thomas Schlütting
Christoph Kaufmann	Peter Graf von Spee
Stefan Krane	Ferdinand Wesling
Manfred Kruse	Dr. Rolf Wildförster
Robért van de Laar	

Fachgruppe Gesteinskörnungen Nord-West

Michael Schulz	Ehrenvorsitzender
Werner Schaurte-Küppers	Vorsitzender
Heiko Dallmann	Stellv. Vorsitzender
Sven Fischer	Stellv. Vorsitzender
Michael Hüging-Holemans	Stellv. Vorsitzender
Dr. Gerd Hagenguth	
Nico Steudel	

Fachgruppe Betonbauteile NRW

Thomas Theilmeier	Vorsitzender
Manfred Kruse	Stellv. Vorsitzender
Dr. Thomas Böcke	
Hans-Joachim Grafweg	
Paul-Martin Großkopff	
Peter Klostermann	
Dr. Michael Metten	

Fachgruppe Recycling-Baustoffe

Berthold Heuser	Vorsitzender
Dr. Andreas Bechmann	Stellv. Vorsitzender
Guido Dahmen	
Frank Grasmehr	
Dietmar Lakenberg	
Bernd Nein	
Sebastian Scheel	
Joachim Schnock	
Michael Stoll	

Fachgruppe Mörtel Nord-West

Michael Jester	Vorsitzender
Michael Lazik	Stellv. Vorsitzender
Dirk Riether	Stellv. Vorsitzender
Heribert Schumacher	Stellv. Vorsitzender

Fachgruppe Transportbeton / Betonförderer

Michael Weber	Vorsitzender
Rainer Brings	Stellv. Vorsitzender
Michael Lazik	Stellv. Vorsitzender
Ingo Rüdiger Lothmann	Stellv. Vorsitzender
Thomas Schlütting	Stellv. Vorsitzender
Alexander Boschmann	
Martin Hostadt	
Michael Jester	
Stefan Krane	
Ralf Linden	
Willi Müller-Gebühr	
Werner Schaurte-Küppers	

Fachgruppe Quarz

Robert Lindemann-Berk	Vorsitzender
Dr. Christian Barrmeyer	Stellv. Vorsitzender
Dr. Paul Páez-Maletz	

Entgelttarifkommission – Nordrhein-Westfalen (alt-wbn-Tarifverträge)

Franz-Bernd Köster	Vorsitzender
Dr. Jürgen Aretz	
Tobias Griese	
Julia Hassenpflug	
Christoph Kaufmann	
Steffen Kirchhof	
Dr. Christian Lange	
Andre Menger	
Heiko Sykora	

Entgelttarifkommission – Bremen/Hamburg/ Niedersachsen/Schleswig-Holstein (alt-wbn-Tarifverträge)

Andreas Goedecke
Steffen Kirchhof
Heimo Milnickel
Till Wegener
Mirko Wiese

Entgelttarifkommission – Rheinland-Pfalz/Saarland (alt-wbn-Tarifverträge)

Helmut Bach	Vorsitzender
Dr. Jürgen Aretz	
Stephan Bast	
Thilo Juchem	
Steffen Kirchhof	
Ekkehard Metz	
Sebastian Porz	

Entgeltrahmentarifkommission – Tarifgebiet Nordwestdeutschland (alt-wbn-Tarifverträge)
Dr. Jürgen Aretz
Andreas Goedecke
Julia Hassenpflug
Steffen Kirchhof
Franz-Bernd Köster
Till Wegener
Mirko Wiese

Entgeltrahmentarifkommission – Tarifgebiet Rheinland-Pfalz/Saarland (alt-wbn-Tarifverträge)
Helmut Bach Vorsitzender
Dr. Jürgen Aretz
Stephan Bast
Thilo Juchem
Steffen Kirchhof
Ekkehard Metz
Sebastian Porz

Tarifkommission Betonbauteile (alt-wvb-Tarifverträge)
Thomas Bald
Manfred Kruse

Tarifkommission der Landbaggereien, Mörtel- und Transportbetonwerke sowie Betonförderer NW (alt-wvb-Tarifverträge)
Alexander Boschmann
Henrik Franke
Michael Jester
Jonas Häfner
Ralf Linden
Georg Markowski
Joachim Pöllmann
Volker Rethschulte

Tarifkommission Nord (alt-wvb-Tarifverträge)
Albrecht Gohr
Jonas Häfner
Dr. Werner Heidorn
Mathias Jakob
Michael Jester
Georg Markowski
Volker Rethschulte
Horst à Tellinghusen

Tarifkommission Rheinstromkiesbaggereien (alt-wvb-Tarifverträge)
Harry Clasen
Frank Kessler
Christian Strunk

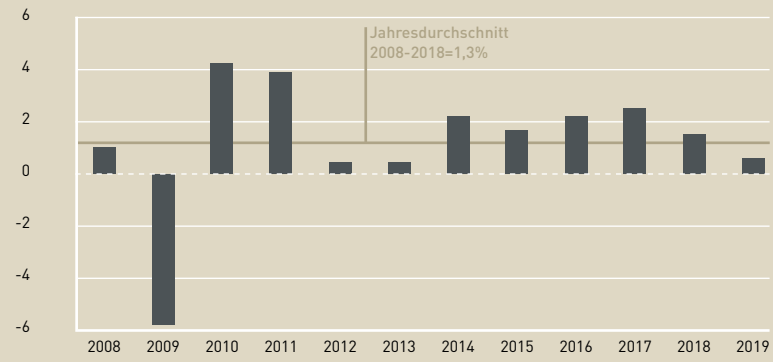
1 | Gesamtwirtschaftliche Lage

1.1 Jahr 2019: deutsche Wirtschaft in der längsten Wachstumsphase im vereinten Deutschland

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2019 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 0,6 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit im zehnten Jahr in Folge gewachsen. Dies ist die längste Wachstumsphase im vereinten Deutschland. Das Wachstum hat 2019 aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP deutlich stärker gestiegen, 2017 um 2,5 % und 2018 um 1,5 %. Verglichen mit dem Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre von +1,3 % ist die deutsche Wirtschaft 2019 schwächer gewachsen.

Gestützt wurde das Wachstum im Jahr 2019 vor allem vom Konsum: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1,6 % höher als

Bruttoinlandsprodukts, preisbereinigt
Veränderung gegemüber dem Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) 2020

im Vorjahr, die Konsumausgaben des Staates stiegen um 2,5 %. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben wuchsen damit stärker als in den beiden Jahren zuvor (private Konsumausgaben 2017 und 2018 jeweils +1,3 % zum Vorjahr; Konsumausgaben des Staates 2017 +2,4 % und 2018 +1,4 % zum Vorjahr).

Auch die Bruttoanlageinvestitionen sind kräftig gestiegen: In Bauten wurde preisbereinigt 3,8 % mehr investiert als ein Jahr zuvor. Besonders stark war der Anstieg im Tiefbau und im Wohnungsbau. Die sonstigen Anlagen, zu denen unter anderem die Investitionen in Forschung und Entwicklung gehören, lagen mit +2,7 % ebenfalls weit über dem Vorjahresniveau. Die Ausrüstungsinvestitionen – darunter fallen hauptsächlich Investitionen in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – entwickelten sich dagegen weniger dynamisch und stiegen nur um 0,4 %. Die preisbereinigten Bruttoinvestitionen insgesamt, zu denen neben den Bruttoanlageinvestitionen noch die Vorratsveränderungen zählen, gingen 2019 im Vorjahresvergleich um 1,7 % zurück. Der merkliche Vorratsabbau ist unter anderem die Folge einer schwachen Industrieproduktion und gestiegener Exporte.

Die deutschen Exporte nahmen im Jahresdurchschnitt 2019 weiter zu, aber nicht mehr so stark wie in den Vorjahren: Preisbereinigt exportierte die deutsche Wirtschaft 0,9 % mehr Waren und Dienstleistungen als 2018. Die preisbereinigten Importe stiegen mit +1,9 % stärker.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2019 erstmals von mehr als 45 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren 45,3 Millionen und damit rund 400.000 Personen mehr als 2018 erwerbstätig. Dieser Anstieg von 0,9 % beruht vor allem auf einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren überwogen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte sowie Abwanderungen aus Deutschland.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2019 nach vorläufigen Berechnungen zum achten Mal in Folge mit einem Überschuss, der mit 49,8 Milliarden Euro nicht ganz an das Rekordergebnis von 62,4 Milliarden Euro im Jahr 2018 heranreicht. Der Bund hatte mit 19,2 Milliarden Euro den größten Anteil am Überschuss, gefolgt von Ländern mit 13,3 Milliarden Euro, Sozialversicherungen mit 10,7 Milliarden Euro und Gemeinden mit 6,6 Milliarden Euro. Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2019 eine Überschussquote von 1,5 %.

1.2 Jahr 2020: Deutschland und die Weltwirtschaft unter dem Eindruck der Corona-Pandemie

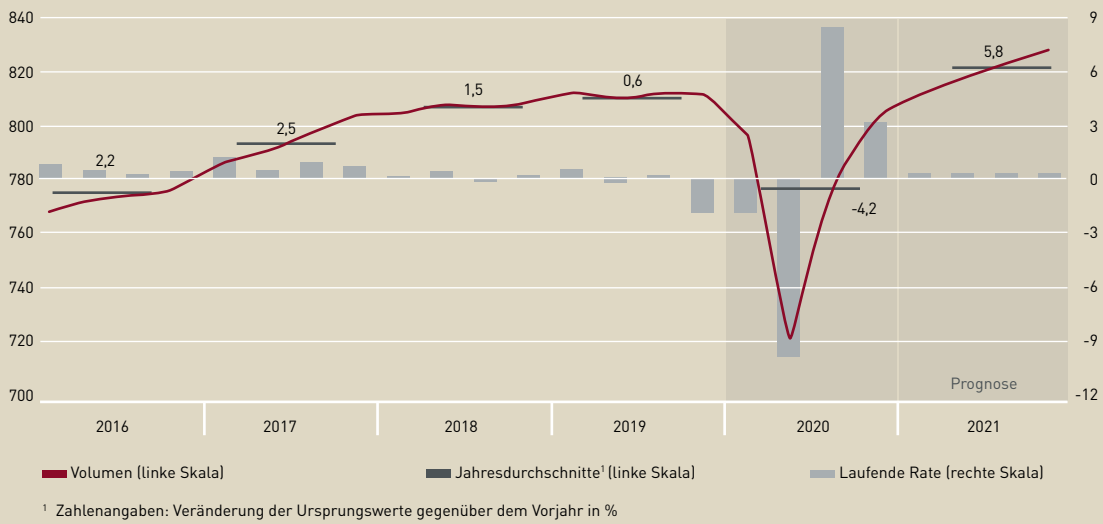
Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hat Anfang April ihr Frühjahrsgutachten zur Analyse der Entwicklung der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft vorgelegt, die sie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt hat. Die 140. Gemeinschaftsdiagnose trägt den Titel

Wirtschaft unter Schock – Finanzpolitik hält dagegen.

Als Folge der Corona-Pandemie bricht die Konjunktur in Deutschland und weltweit drastisch ein. Um die Infektionswelle abzubremsen, hat der Staat die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland stark eingeschränkt. Deshalb dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 4,2 % schrumpfen. Die Rezession hinterlässt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt und im Staatshaushalt. In der Spitze wird die Arbeitslosenquote auf 5,9 % und die Zahl der Kurzarbeiter auf 2,4 Millionen hochschnellen. Die finanzpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen führen in diesem Jahr zu einem Rekorddefizit im gesamtstaatlichen Haushalt von 159 Mrd. Euro.

Nach dem Shutdown wird sich die Konjunktur schrittweise erholen. Entsprechend fällt der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr mit 5,8 % kräftig aus. Mit dieser Prognose sind erhebliche Abwärtsrisiken verbunden, etwa weil sich die Pandemie deutlich langsamer abschwächen lässt oder weil das Wiederhochfahren der wirtschaftlichen Aktivität schlechter gelingt als angenommen bzw. eine erneute Ansteckungswelle auslöst.

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab dem ersten Quartal 2020: Prognose der Institute

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2017	2018	2019	2020	2021
Reales Bruttoinlandsprodukt[1]	2,5	1,5	0,6	–4,2	5,8
Erwerbstätige[2] (1000 Personen)	44.248	44.854	45.251	44.969	45.232
Arbeitslose (1000 Personen)	2.533	2.340	2.267	2.503	2.391
Arbeitslosenquote BA[3] (in %)	5,7	5,2	5,0	5,5	5,3
Verbraucherpreise[1, 4]	1,5	1,8	1,4	0,6	1,2
Lohnstückkosten[1, 5]	1,2	2,5	3,4	3,4	–0,9
Finanzierungssaldo des Staates[6]					
in Mrd. Euro	40,3	62,4	49,8	–159,1	–0,8
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1,2	1,9	1,4	–4,7	0,0
Leistungsbilanzsaldo					
in Mrd. Euro	253,9	247,4	245,5	198,0	215,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,8	7,4	7,1	5,9	6,0

1 Veränderng gegenüber Vorjahr in %.
2 Inlandskonzept.
3 Arbeitslosenquote in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).
4 Verbraucherpreisindex (2015 = 100) .
5 Im Inland entstandende Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
6 In der Abgrenzung der Volkwirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, 2020 und 2021: Prognose der Institute

Die Prognose der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute basiert darüber hinaus auf der Annahme, dass der Shutdown fünf Wochen – von Mitte März bis Mitte April – dauern und danach allmählich gelockert wird. Inzwischen sind jedoch Teile der Einschränkungen vorerst verlängert worden, was die Wachstumseinbußen ebenfalls erhöhen könnte.

Hinsichtlich der Bauinvestitionen geht das Frühjahrsgutachten davon aus, dass die Baunachfrage 2020 zwar krisenbedingt an Dynamik verliert, aber insgesamt dennoch relativ stabil bleibt. Allerdings ist im Zuge des kräftigen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität zu erwarten, dass Bauprojekte zurückgestellt oder gar nicht in Auftrag gegeben werden. Die Bautätigkeit dürfte auch angebotsseitig von Arbeitskräfte- und Materialmangel, vor allem bedingt durch innereuropäische Grenzschließungen, beschränkt werden. Die strukturellen Treiber der Baukonjunktur sind jedoch nach wie vor intakt; die Nachfrage nach Wohnraum und Büroflächen ist ungebrochen hoch und die Investitionspläne der öffentlichen Hand werden wohl weitestgehend umgesetzt.

Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der Bauinvestitionen um lediglich 0,2 % im laufenden Jahr und um 2,8 % im kommenden Jahr.

Reale Bauinvestitionen

	2019	2018	2019	2020	2021
	Abteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Wohnungsbau	61,0	3,0	4,1	1,2	3,3
Nichtwohnungsbau	39,0	1,7	3,6	–1,4	2,1
Gewerblicher Bau	26,7	0,6	2,5	–2,8	1,5
Öffentlicher Bau	12,4	4,3	6,2	1,5	3,4
Bauinvestitionen	100,0	2,5	3,9	0,2	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2020 und 2021: Prognose der Institute

1.3 Update: Corona-Pandemie führt zur schwersten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik – Bau- und Rohstoffindustrie bislang moderat betroffen

Die Corona-Pandemie stürzt die Weltwirtschaft und mit ihr die deutsche Volkswirtschaft in eine tiefe Rezession. Das zeigt die Frühjahrsprojektion 2020, die Ende April von der Bundesregierung veröffentlicht wurde. Für das Jahr 2020 rechnet die Bundesregierung mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 6,3 % (preisbereinigt). Dabei handelt es sich um den stärksten Einbruch der Wirtschaftsleistung seit Bestehen der Bundesrepublik. Für das Jahr 2021 wird im Zuge des Aufholprozesses ein Zuwachs in Höhe von 5,2 % erwartet.

Die Vorhersagen der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung fallen damit nochmals deutlich schlechter aus als die Prognosen des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute von Anfang April 2020.

Die tiefe Rezession der Weltwirtschaft und der Rückgang der ausländischen Nachfrage treffen die exportorientierte deutsche Industrie besonders hart. Störungen von internationalen Lieferketten beeinflussen das verarbeitende Gewerbe und führen zu entsprechenden Produktionsbehinderungen. Durch die verordneten Shutdown-Maßnahmen sind insbesondere kleinere Unternehmen und der Dienstleistungsbereich betroffen. Steigende Arbeitslosenzahlen und ein massiver Anstieg der Kurzarbeit führen zu sinkenden verfügbaren Einkommen.

Auch die Bauwirtschaft kann sich den Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht entziehen. Die Nachfrage nach Bauinvestitionen wird zwar aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase und der verfügbaren Liquidität angetrieben. Allerdings wirken die vorübergehend sinkenden Einkommen dämpfend auf die Wohnungsbaunachfrage. Außerdem dürfte der stärker von der Konjunktur abhängende Nichtwohnbau im laufenden Jahr deutlich zurückgehen. Einzelne Shutdown-Maßnahmen, wie etwa die Grenzschließungen, haben darüber hinaus negative Auswirkungen auf die Produktionsmöglichkeiten der Bauwirtschaft. Die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung rechnet daher mit einem Rückgang der realen Bauinvestitionen im laufenden Jahr von –1,0 % und im kommenden Jahr mit einer Erholung um +1,1 %.

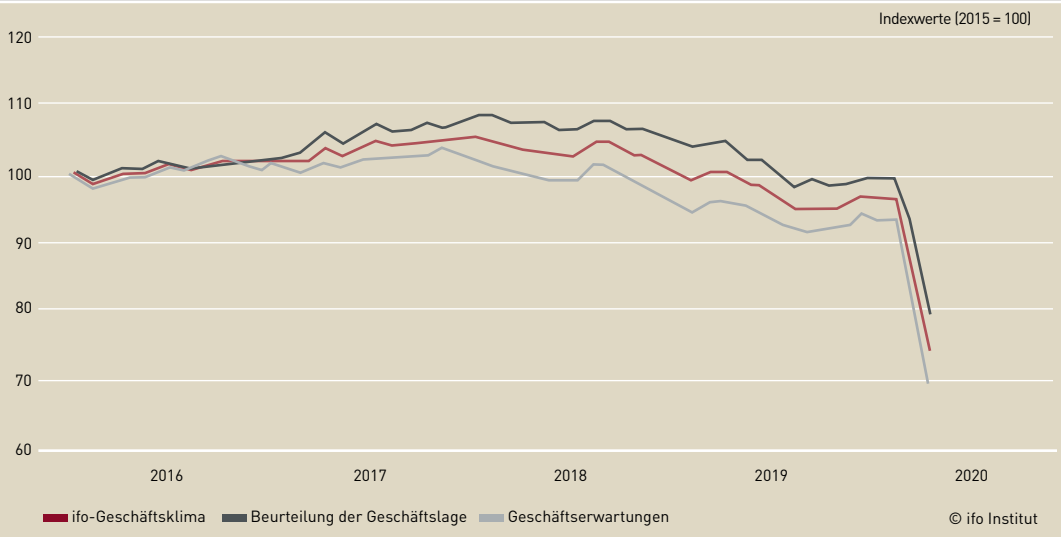
Verschiedene Publikationen der Wirtschaftsverbände der Bau- und Rohstoffindustrie haben sich mittlerweile mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihre Industrien befasst. So hat die Umfrage des bbs zu den Auswirkungen auf die Baustoff-, Steine und Erden-Industrie ergeben, dass die Branche im Vergleich zu anderen Industrien bislang alles in allem moderat betroffen ist. Ursächlich hierfür ist, dass die Bau- und Rohstoffwirtschaft aufgrund der größtenteils weiterhin geöffneten Baustellen bisher nur relativ geringe Corona-bedingte Rückgänge zu verzeichnen hat. Andere Veröffentlichungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

1.4 Konjunkturprognosen im Vergleich

ifo-Geschäftsklima Deutschland – die Coronakrise trifft die deutsche Wirtschaft mit voller Wucht

Bedingt durch die Coronakrise ist die Stimmung unter den deutschen Unternehmen katastrophal. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im April auf 74,3 Punkte und damit auf ein historisches Tief abgestürzt. Dies ist der niedrigste jemals gemessene Wert. Einen stärkeren Rückgang hat es noch nicht gegeben. Das ist vor allem auf die massive Verschlechterung der aktuellen Lage zurückzuführen. Die Unternehmen blickten zudem noch nie so pessimistisch auf die kommenden Monate. Die Coronakrise trifft die deutsche Wirtschaft mit voller Wucht.

ifo-Geschäftsklima Deutschland[a]
Saisonbereinigt

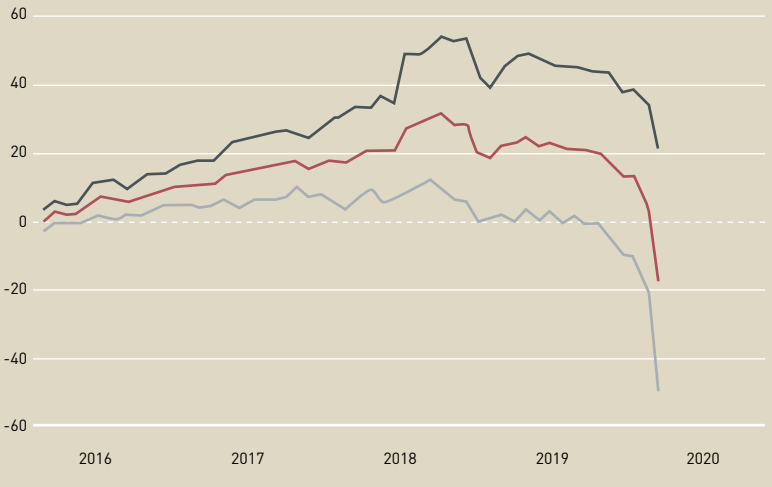


[a] Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

Quelle: ifo-Konjunkturumfrage, April 2020

Im Bauhauptgewerbe ist der Index ebenfalls noch nie so stark gesunken. Gleiches gilt für den Indikator der aktuellen Lage sowie für den der Erwartungen. Mit ihrer aktuellen Lage sind die Baufirmen jedoch mehrheitlich noch zufrieden.

Bauhauptgewerbe



Quelle: ifo Konjunkturumfrage, April 2020

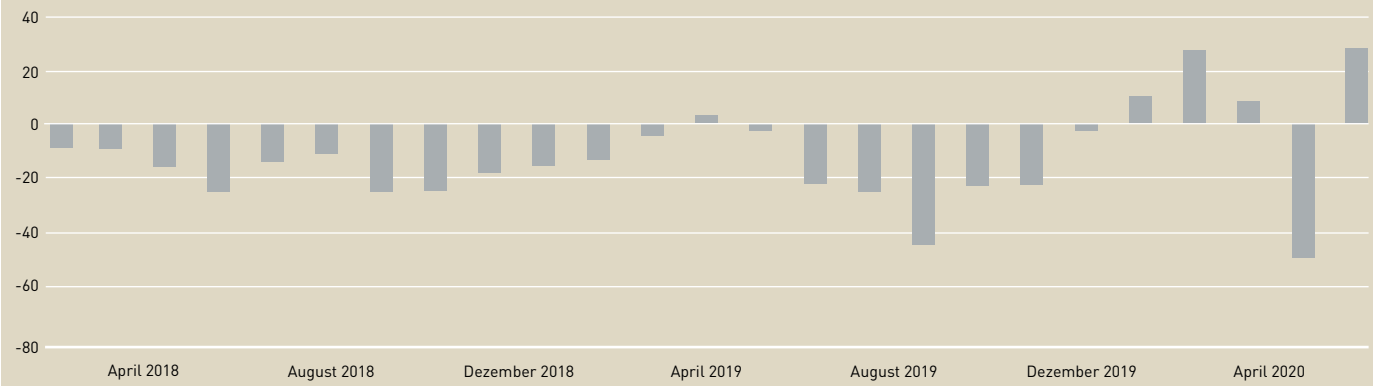
1.4 Konjunkturprognosen im Vergleich

ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland – Licht am Ende eines sehr langen Tunnels

Der auf Unternehmensbefragungen basierende ifo-Geschäftsklimaindex ist ein vielbeachteter Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Ein alternativer Ansatz ist die Befragung von rund 350 Finanzexperten in den Bereichen Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen, die das ZEW durchführt und aus diesen monatlich den Indikator ZEW-Konjunkturerwartungen ableitet.

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland steigen im April 2020 um 77,7 Punkte auf einen neuen Stand von 28,2 Punkten. Die Lageeinschätzung bricht allerdings um 48,4 Punkte ein und liegt aktuell bei –91,5 Punkten. Eine ähnliche Konstellation von Erwartungen und Lageeinschätzungen gab es zuletzt im April/Mai 2009 während der Finanzkrise. Damals erholte sich die Weltwirtschaft wieder recht schnell und erreichte bald wieder das Niveau der Wirtschaftsleistung von vor der Finanzkrise. Der mittelfristige Ausblick ist jetzt allerdings deutlich pessimistischer als damals.

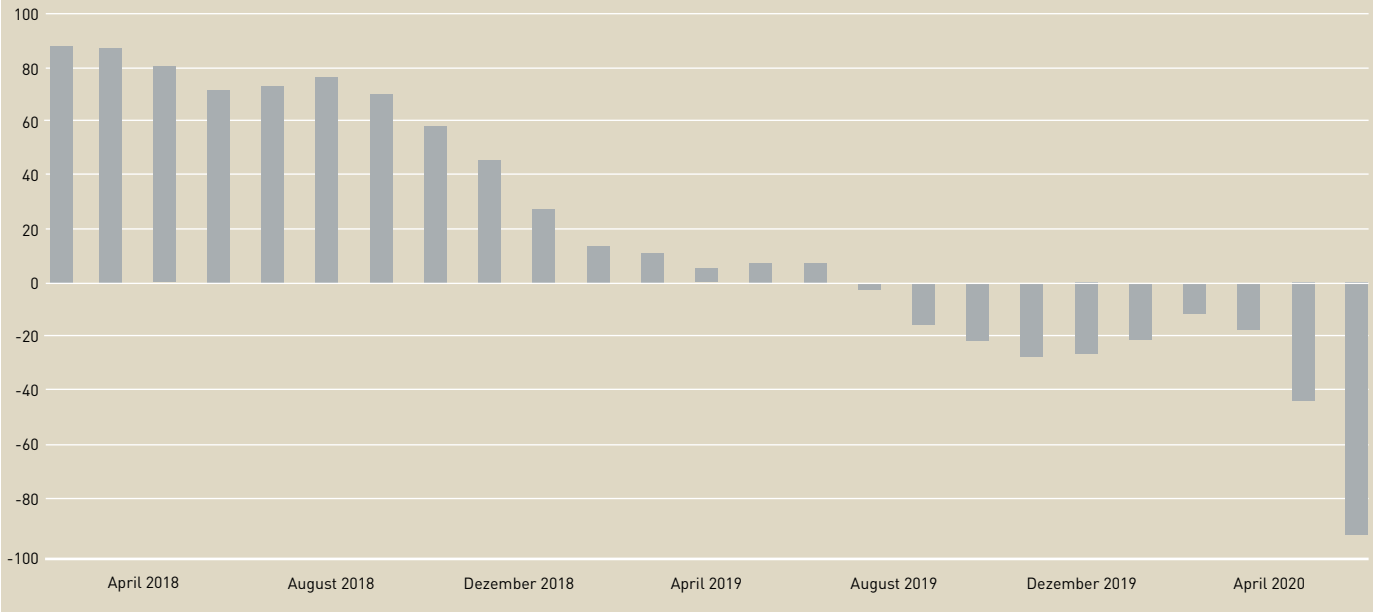
Konjunkturerwartungen Deutschland



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der aktuellen Konjunkturlage in Deutschland.

Quelle: ZEW

Einschätzung der konjunkturelle Lage Deutschland



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der aktuellen Konjunkturlage in Deutschland.

Quelle: ZEW

wick

ent
eln

2 | Status quo und Perspektiven der Bau- und Rohstoffindustrie

2.1 Volkswirtschaftliche Bedeutung der Bau- und Rohstoffindustrie im Überblick

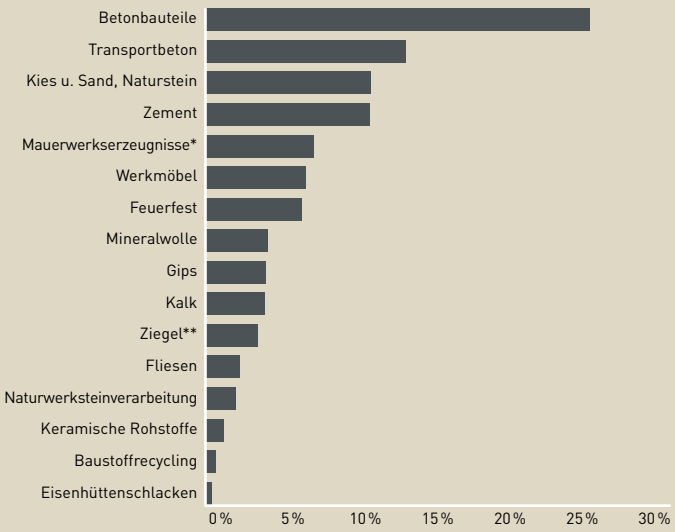
ÜBERBLICK 2018

- Betriebe: **3.330***
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: **147.400**
- Umsatz: **34 Mrd. Euro**
- Erzeugerpreise: **+2,5 %**
- Wertmäßige Produktion: **+0,4 %** (real)

* Ohne Betriebe von Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, bei der Gewinnung von Natursteinen, Kies, Sand, Ton, Kaolin sowie der Herstellung von Transportbeton: weniger als zehn Beschäftigte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; Umsatz: Hochrechnung bbs

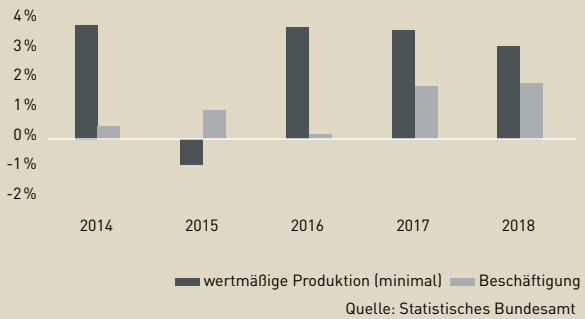
Branchenstruktur
(Basis: Anteile an der wertmäßigen Produktion 2018)



* Kalksandstein, Leichtbeton, Mauerziegel, Porenbeton
** ohne Mauerziegel

Quelle: Statistisches Bundesamt, bbs

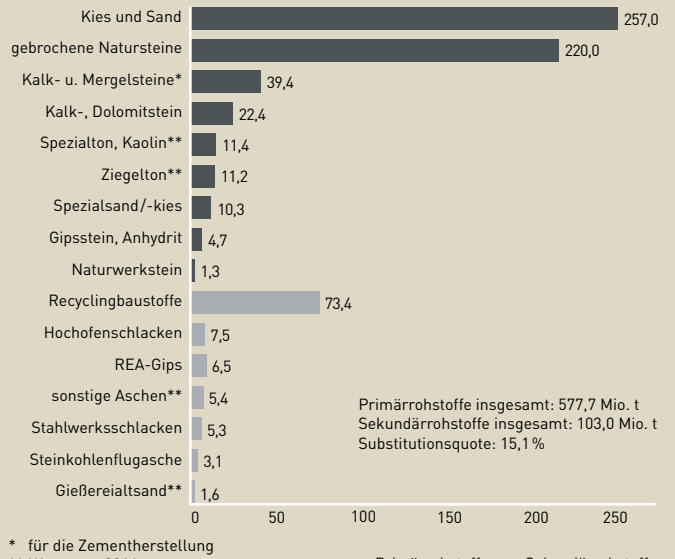
Wertmäßige Produktion (nominal) und Beschäftigung in der Baustoff-, Steine-und-Erden-Industrie
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung: Wertmäßige Produktion sowie Beschäftigung in Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, bei der Gewinnung von Natursteinen, Kies, Sand, Ton, Kaolin sowie der Herstellung von Transportbeton: mit zehn und mehr Beschäftigten.

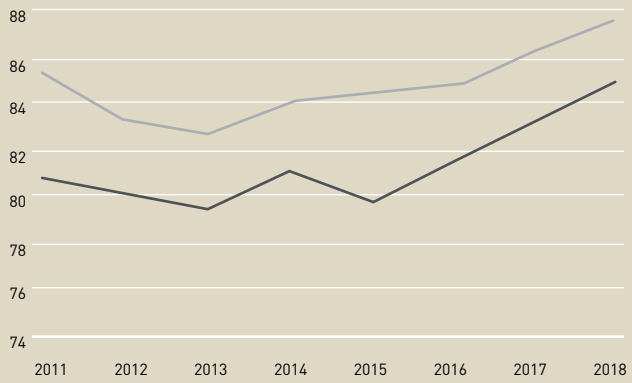
Rohstoffe der Baustoff-, Steine-und-Erden-Industrie in Deutschland (in Mio. Tonnen, 2016)



* für die Zementherstellung
** Werte aus 2016

Quelle: bbs

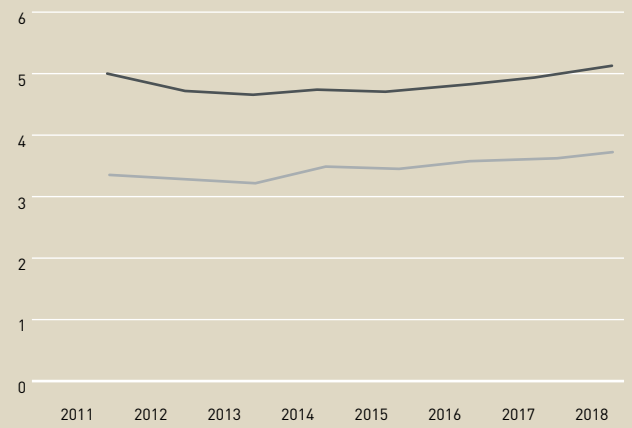
Kapazitätsauslastung in der Baustoff-, Steine-und-Erden-Industrie (in Prozent)



Quelle: ifo-Institut

Angesichts der dynamischen Nachfrageentwicklung in der Baustoffe-, Steine-und-Erden-Industrie arbeiten die Unternehmen technisch und personell entlang der Kapazitätsgrenze.

Entwicklung der wertmäßigen Ausfuhren und Einfuhren von Baustoff-, Steine-und Erden-Erzeugnissen* in Mrd. Euro (in jeweiligen Preisen)



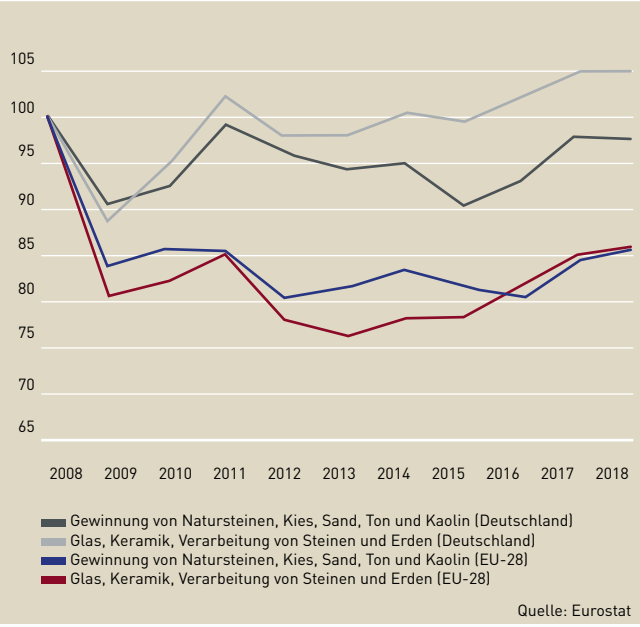
* Die Summe umfasst die GP 08.1, 08.99, 23.2, 23.3, 23.5, 23.6, 23.7 sowie die WA 70193100 und 68061000.

Ausfuhren Einfuhren

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Entwicklung der Baukonjunktur in Europa beeinflusst den Auslandsabsatz der heimischen Baustoff-, Steine-und-Erden-Industrie. Die Nachbarstaaten sind dabei Hauptabnehmerländer für den überwiegenden Teil der exportierten Roh- und Baustoffe. Insgesamt wurden 2018 Roh- und Baustoffe im Wert von 5,1 Mrd. Euro ausgeführt; die Importe betrugen 3,7 Mrd. Euro. Sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren nahmen damit gegenüber dem Vorjahr zu.

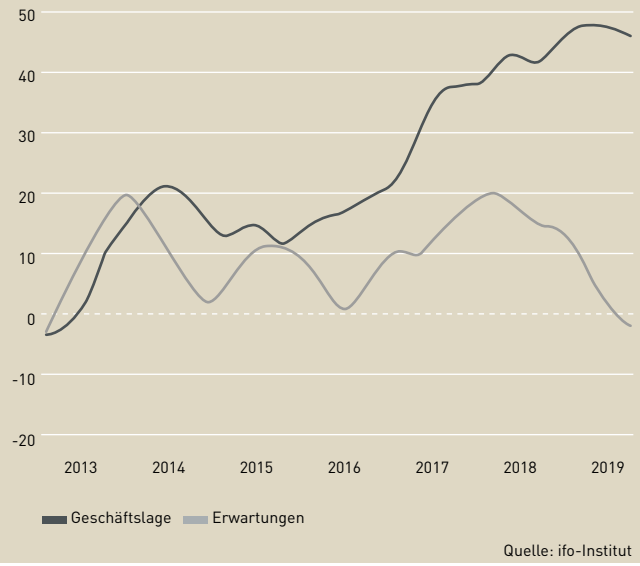
Wertmäßige Produktion in der EU-28 und in Deutschland (real; 2007 = 100)



Quelle: Eurostat

Die wertmäßige Produktion an Bau- und Rohstoffen ist in den letzten Jahren in Deutschland und Europa deutlich angestiegen.

ifo-Konjunkturtest Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (Saldo in Prozentpunkten)



Quelle: ifo-Institut

Die Steine-und-Erden-Unternehmen schätzen ihre Geschäftslage als gut ein. Die Erwartungen für die nächsten Monate haben sich allerdings deutlich eingetrübt.

2.2 Entwicklung der Hochbaugenehmigungen

Die Hochbaugenehmigungen insgesamt (m³ umbauter Raum) nahmen von Januar bis Dezember 2019 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um +0,6 % zu.

Der Wohnungsbau erhöhte sich um +3,0 %. Der Nichtwohnbau reduzierte sich um –1,2 %

In den von unserem Verband betreuten Ländern entwickelten sich von Januar bis Dezember 2019 die **Hochbaugenehmigungen gesamt** wie folgt:

Bremen	+33,0 %
Hamburg	–2,9 %
Hessen	+14,9 %
Niedersachsen	–5,9 %
Nordrhein-Westfalen	+4,6 %
Rheinland-Pfalz	–13,6 %
Saarland	+16,7 %
Schleswig-Holstein	+17,3 %

Im **Wohnungsbau** war die Entwicklung in den von unserem Verband betreuten Bundesländern wie folgt:

Bremen	+3,7 %
Hamburg	–4,6 %
Hessen	+18,8 %
Niedersachsen	+7,4 %
Nordrhein-Westfalen	+1,5 %
Rheinland-Pfalz	+0,1 %
Saarland	+7,8 %
Schleswig-Holstein	+2,9 %

Im **Nichtwohnbau** stellt sich die Entwicklung der Baugenehmigungen wie folgt dar:

Bremen	+46,6 %
Hamburg	+0,8 %
Hessen	+12,3 %
Niedersachsen	–15,1 %
Nordrhein-Westfalen	+7,0 %
Rheinland-Pfalz	–24,4 %
Saarland	+22,3 %
Schleswig-Holstein	+31,1 %

2.3 Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Das Statistische Bundesamt hat die Daten zum Auftragseingang des Bauhauptgewerbes für Dezember 2019 bekannt gegeben.

Danach erhöhten sich die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Deutschland im Zeitraum von Januar bis Dezember 2019 gegenüber dem Vorjahr real um +3,0 %.

Der Hochbau nahm um +5,4 % zu. Im Tiefbau war ein Zuwachs von +0,4 % zu verzeichnen.

Der Wohnungsbau erhöhte sich real um +4,7 %, der Straßenbau verringerte sich um –2,3 %.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöhte sich im Zeitraum Januar bis Dezember 2019 um +4,5 %.

Der nominale baugewerbliche Umsatz erhöhte sich in den Monaten Januar bis Dezember 2019 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um +8,2 %.

Für die von unserem Verband betreuten Bundesländer liegt die Entwicklung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nur nominal vor und vollzog sich in den einzelnen Sparten wie folgt (jeweils Januar bis Dezember 2019 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum):

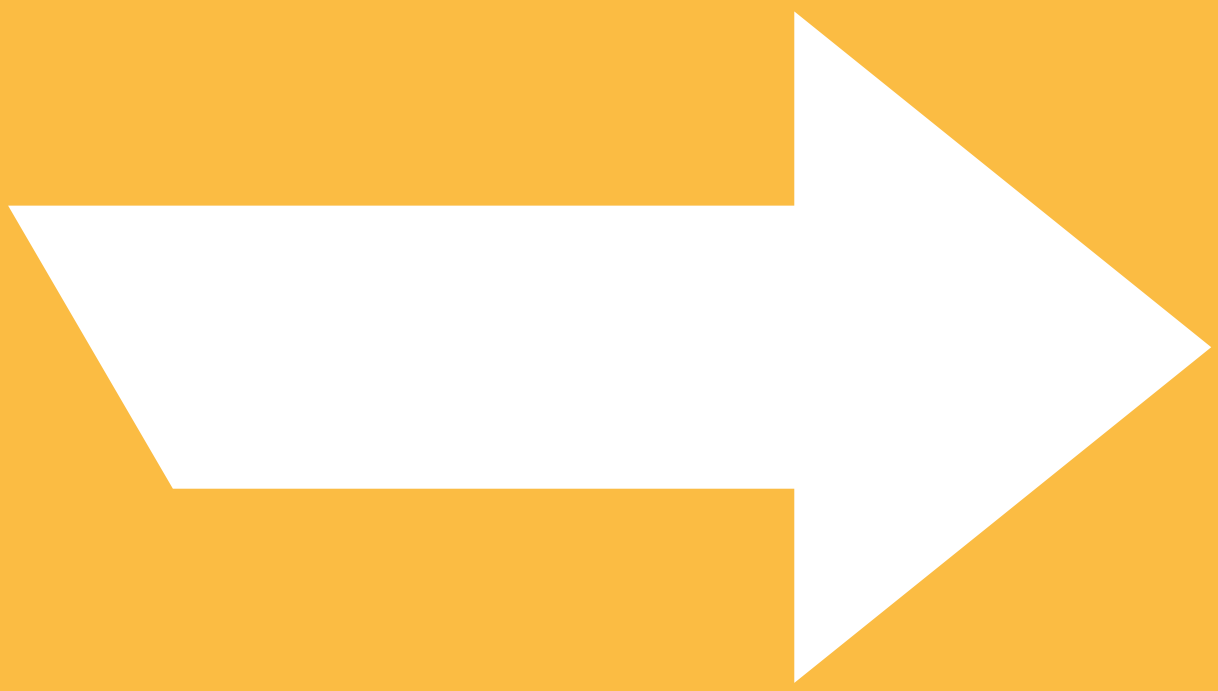
Wohnungsbau	
Bremen	–8,4 %
Hamburg	–6,5 %
Hessen	+14,3 %
Niedersachsen	+8,4 %
Nordrhein-Westfalen	+10,6 %
Rheinland-Pfalz	–0,3 %
Saarland	+0,6 %
Schleswig-Holstein	+6,1 %

Wirtschaftsbau	
Bremen	–24,9 %
Hamburg	+36,7 %
Hessen	+4,1 %
Niedersachsen	+5,3 %
Nordrhein-Westfalen	+17,0 %
Rheinland-Pfalz	+0,3 %
Saarland	–35,7 %
Schleswig-Holstein	+11,1 %

Öffentlicher Hochbau	
Bremen	+25,3 %
Hamburg	–0,7 %
Hessen	+20,1 %
Niedersachsen	+18,7 %
Nordrhein-Westfalen	+29,5 %
Rheinland-Pfalz	–25,2 %
Saarland	–27,2 %
Schleswig-Holstein	+30,9 %

Straßenbau	
Bremen	–9,1 %
Hamburg	+17,9 %
Hessen	–5,3 %
Niedersachsen	+7,9 %
Nordrhein-Westfalen	+8,7 %
Rheinland-Pfalz	+4,6 %
Saarland	+9,8 %
Schleswig-Holstein	–1,1 %

Sonstiger Tiefbau	
Bremen	–15,1 %
Hamburg	–30,3 %
Hessen	–18,7 %
Niedersachsen	+32,9 %
Nordrhein-Westfalen	+21,1 %
Rheinland-Pfalz	–8,2 %
Saarland	+12,0 %
Schleswig-Holstein	+33,6 %



motiv

ieren

3 | Entwicklung der Branchen von vero
Transportbetonindustrie und Betonförderer

In 2019 erhöhte sich die Produktion der Transportbetonindustrie um 1,6 % auf 53,5 Mio. m³. Die Entwicklung der Transportbetonindustrie in den einzelnen von vero betreuten Ländern ist nachstehender Übersicht zu entnehmen:

MICHAEL WEBER
Vorsitzender der Fachgruppe Transportbeton

Die Transportbetonindustrie konnte im vero-Geschäftsgebiet im Jahr 2019 deutliche Wertverbesserungen erzielen.

Transportbeton

	2018	2019	Abweichung in %
Schleswig-Holstein			
Menge in 1.000 m³	2.005	1.850	–7,7
Wert in 1.000 EUR	145.800	138.200	–5,2
Hamburg			
Menge in 1.000 m³	1.430	1.300	–9,1
Wert in 1.000 EUR	96.700	95.615	–1,1
Niedersachsen/Bremen			
Menge in 1.000 m³	4.100	4.240	+3,4
Wert in 1.000 EUR	311.900	342.338	+9,8
Nordrhein-Westfalen			
Menge in 1.000 m³	8.680	8.920	+2,8
Wert in 1.000 EUR	587.000	643.756	+9,6
Hessen/RP/Saarland			
Menge in 1.000 m³	6.995	7.260	+3,8
Wert in 1.000 EUR	485.040	532.521	+9,8

3 | Entwicklung der Branchen von vero
Kies- und Sandindustrie (einschließlich Quarz)

In Deutschland verringerte sich die Kies- und Sandproduktion in 2019 um –1,1 % auf insgesamt 267 Mio. t. Der Wert der Kies- und Sandproduktion stagnierte bei rund 1,9 Mrd. Euro. Nachstehende Übersicht verdeutlicht die Entwicklung von Kies- und Sand im vero-Geschäftsgebiet:

CHRISTIAN STRUNK
vero-Präsident

ROBERT LINDEMANN-BERK
Vorsitzender
Fachgruppe Quarz

Kies- und Sandindustrie (einschließlich Quarz)			
	2018	2019	Abweichung in %
Schleswig-Holstein			
Menge in 1.000 t	20.700	21.080	+2,0
Wert in 1.000 EUR	127.200	135.100	+6,2
Niedersachsen/Bremen			
Menge in 1.000 t	25.000	24.680	–1,3
Wert in 1.000 EUR	147.700	151.300	+2,4
Nordrhein-Westfalen			
Menge in 1.000 t	56.800	54.780	–3,5
Wert in 1.000 EUR	402.200	391.680	–2,6
Hessen			
Menge in 1.000 t	8.700	8.800	+1,0
Wert in 1.000 EUR	71.900	74.096	+3,1

3 | Entwicklung der Branchen von vero
Natursteinindustrie

Die Produktion von Natursteinen erhöhte sich deutschlandweit in 2019 um 1,5 % auf rund 229,0 Mio. t. Der Wert von Natursteinen erhöhte sich um 5,6 % auf rund 1,7 Mrd. Euro.

Folgende Darstellung gibt die Entwicklung in den von vero betreuten Bundesländern wieder:

FRANZ-BERND KÖSTER
Vorsitzender der Fachgruppe Natursteinindustrie

Die Natursteinindustrie konnte im vero-Geschäftsgebiet im Jahr 2019 überwiegend Mengen- und Wertsteigerungen erzielen.

Natursteinindustrie			
	2018	2019	Abweichung in %
Niedersachsen/Bremen			
Menge in 1.000 t	6.920	6.960	+0,5
Wert in 1.000 EUR	53.600	55.200	+3,0
Nordrhein-Westfalen			
Menge in 1.000 t	23.100	23.460	+1,5
Wert in 1.000 EUR	199.800	200.583	+0,4
Rheinland-Pfalz			
Menge in 1.000 t	15.400	16.160	+5,0
Wert in 1.000 EUR	130.000	145.440	+16,4
Hessen			
Menge in 1.000 t	28.900	28.310	–2,0
Wert in 1.000 EUR	236.600	266.900	+12,8

3 | Entwicklung der Branchen von vero
Naturwerksteinindustrie

Naturwerkstein ist ein im Laufe von Jahrmillionen von der Natur geschaffenes Material. Da sich der Baustoff nahezu fertig in der Natur befindet, ist für seine Herstellung keine Energie notwendig. Gewinnung und Bearbeitung erfolgen ressourcenschonend durch den Einsatz modernster Technologien. Der nicht verwendete Abraum wird unmittelbar zum Verfüllen abgebauter Teile des Steinbruchs eingesetzt. Im gesamten Kreislauf der Gewinnung, Bearbeitung und Rückführung von Naturstein geht nichts verloren. Als natürlicher Baustoff enthält Naturwerkstein keinerlei Schadstoffe und kann somit problemlos auch in Lebensmittelbereichen verwendet werden.

Die quartalsweise Entwicklung der letzten Jahre kann nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Naturwerkstein Menge in t

	2017	2018	2019*	Veränderung 2018/2019 in %
1. Quartal	60.696	49.159		
2. Quartal	134.897	148.760		
3. Quartal	123.788	131.889		
4. Quartal	105.699	97.544		
Summe:	**425.080**	**427.349**		**+0,5**

Wert in 1.000 Euro

	2017	2018	2019*	Veränderung 2018/2019 in %
1. Quartal	5.783	5.049		
2. Quartal	11.650	14.210		
3. Quartal	11.317	13.286		
4. Quartal	9.840	10.321		
Summe:	**38.590**	**42.866**		

* Aus Geheimhaltungsgründen werden vom Statistischen Bundesamt wesentliche Daten zur Naturwerksteinindustrie nicht mehr veröffentlicht. Die publizierten Informationen bilden daher den Geschäftsverlauf dieser Industrie nur unzureichend und lückenhaft ab, sodass Aussagen zur Entwicklung in diesem Bereich nicht mehr möglich sind.

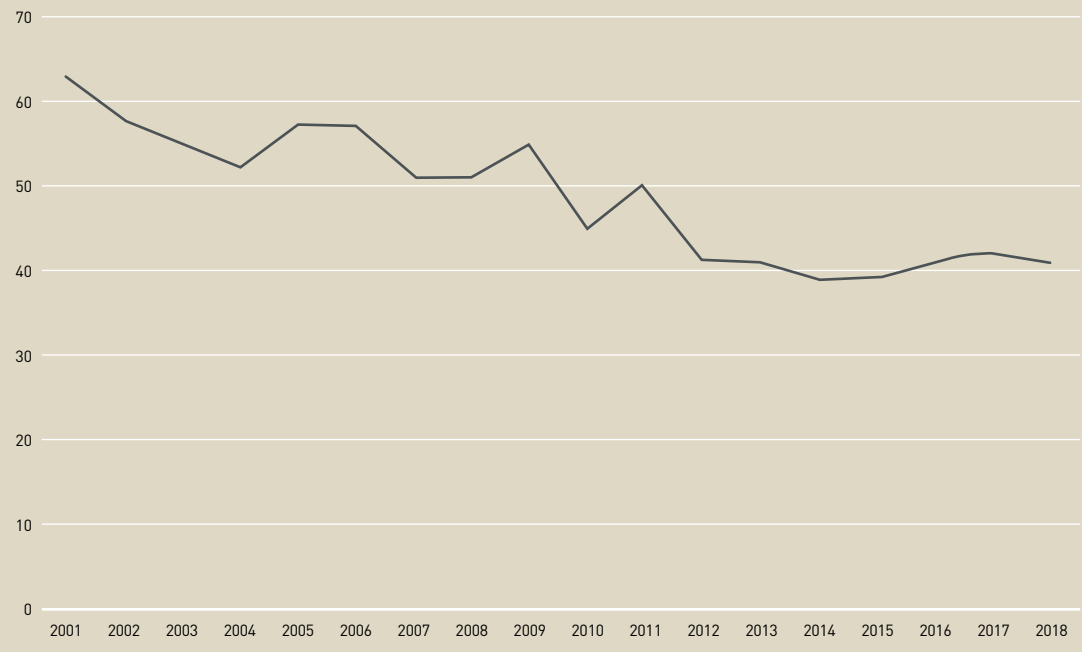
Naturwerkstein ist darüber hinaus ein äußerst wirtschaftlicher Baustoff. Während viele Baustoffe im Laufe der Jahre unansehnlich werden, erhält Naturstein eine natürliche Patina. Der Aufwand für Reinigung und Wartung ist daher sehr gering. Unabhängige Untersuchungen belegen, dass Naturwerkstein, über die gesamte Nutzungsdauer eines Gebäudes betrachtet, nicht teurer als vergleichbare künstliche Baustoffe ist. Den höheren Investitionskosten stehen die langfristig günstigen Unterhaltskosten sowie die hohe Lebensdauer gegenüber.

3 | Entwicklung der Branchen von vero Asphaltindustrie

Die Asphalt produzierende und Asphalt verarbeitende Industrie in Deutschland weist für 2018 eine Asphaltproduktion von 41 Mio. t (Stand Januar 2020) aus.

Im Vorjahresvergleich hat sich die Asphaltproduktion damit um –2,4 % reduziert. Nachstehende Grafik verdeutlicht die Entwicklung der Asphaltproduktion in Deutschland in den letzten Jahren:

Entwicklung der Asphaltproduktion in Deutschland



Quelle: Erhebungen des DAV

3 | Entwicklung der Branchen von vero
Betonbauteileindustrie

Die Betonbauteileindustrie ist mit rund 42.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von über 8 Mrd. die größte Sparte in der Baustoff-, Steine- und-Erden-Industrie. Sie stellt rund ein Viertel der Gesamtbeschäftigung. Mit einem Anteil der Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten von rund 90 % ist die Sparte mittelständisch geprägt. Die benötigten Zulieferstoffe sind weitgehend flächendeckend regional verfügbar. Auch der Absatz der Produkte der Beton- und Fertigteilwerke erfolgt vorwiegend auf regionalen Märkten.

Nachfolgende Statistik gibt auf Basis der Werte des Statistischen Bundesamtes die Entwicklung der Sparten der Betonbauteileindustrie der letzten drei Jahre wieder:

THOMAS THEILMEIER
Vorsitzender
Fachgruppe
Betonbauteile NRW

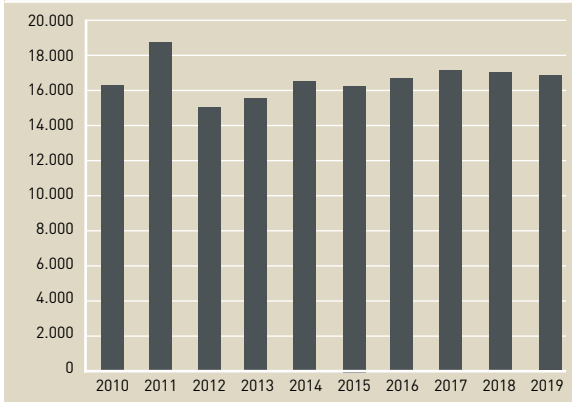
Die Entwicklung der Betonbauteileindustrie der letzten drei Jahre:

	Menge in 1.000			Wert in 1.000 Euro			Veränderung 2019/2018	
	2017	2018	2019	2017	2018	2019	Menge %	Wert %
Betonpflastersteine – t	17.057	17.065	17.023	1.053.988	1.067.280	1.113.104	–0,2	+4,3
Großf. Wand- u. Deckenb. – m^2/t^*	39.908	40.253	13.269	1.142.881	1.196.958	1.232.090	-	+2,9
Lärmschutzwände – m^2/t^*	211	210	104	13.759	13.414	13.818	-	+3,0
Betonrohre – t	1.794	1.841	1.823	175.653	185.816	197.019	–1,0	+6,0
Garagen u. and. Gebäude – St/m^{2*}	47.100	46.256	1.514.886	225.031	225.233	233.728	-	+3,8

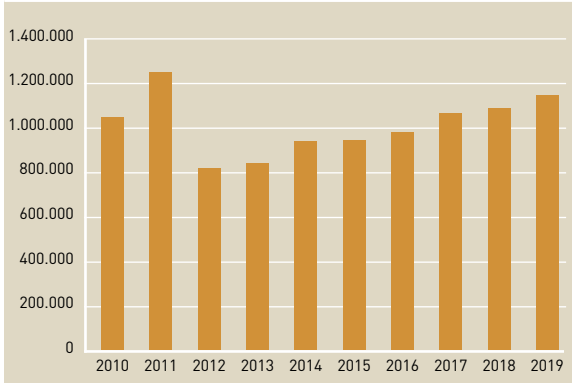
*: Angabe ab 2019 in t bzw. m^2

Quelle: Statistisches Bundesamt

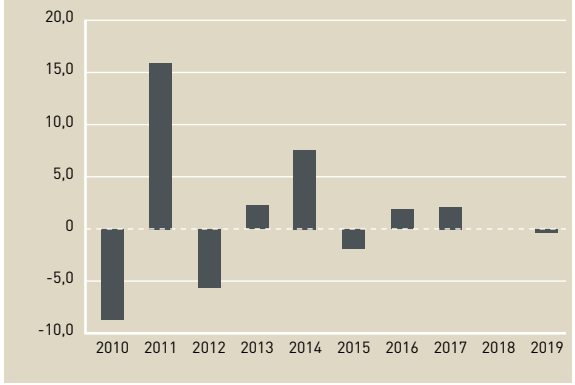
Betonpflastersteine
Menge in 1.000 t



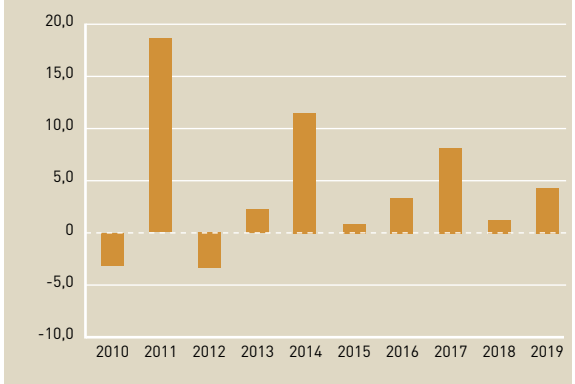
Betonpflastersteine
Menge in 1.000 Euro



Betonpflastersteine
Abweichung Menge in %

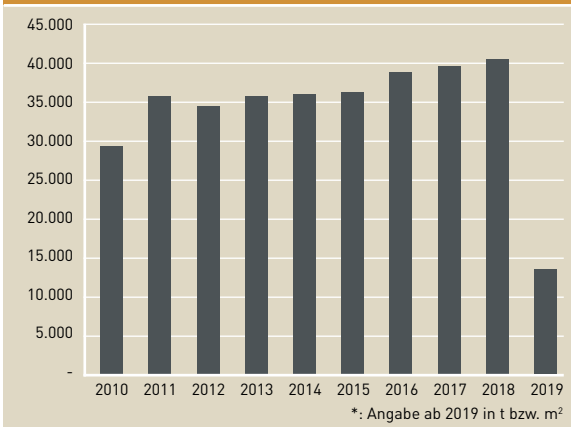


Betonpflastersteine
Abweichung Wert in %

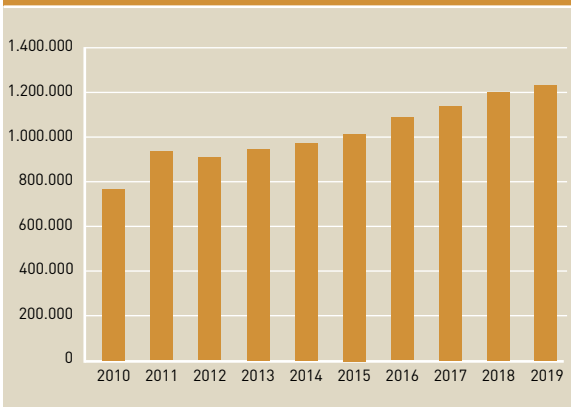


Der Bereich der Flächenbefestigungserzeugnisse bewegt sich nach der amtlichen Statistik in 2019 mengenmäßig mit rund 17,0 Mio. t geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Die wertmäßige Entwicklung verzeichnete eine Zunahme von +4,3 % auf 1.113,1 Mio. Euro.

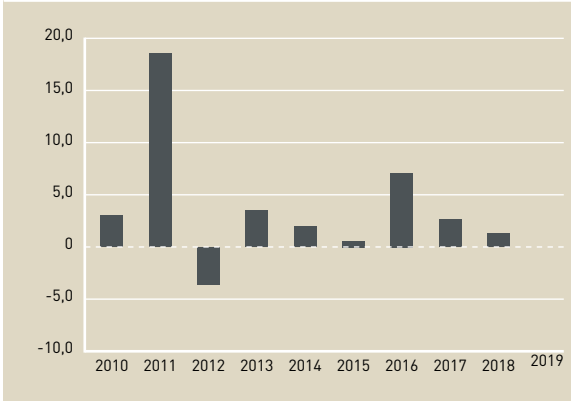
Großformatige Wand- und Deckenbauteile
Menge in 1.000 m²/t*



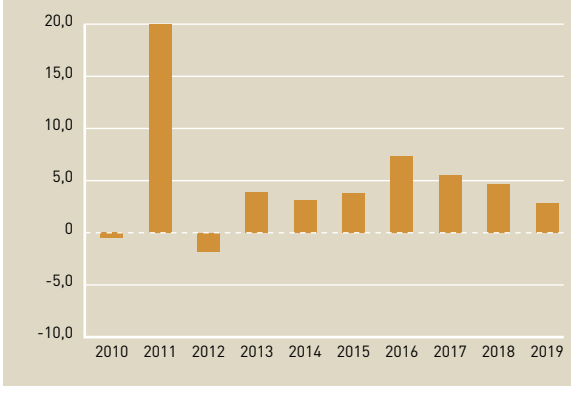
Großformatige Wand- und Deckenbauteile
Wert in 1.000 Euro



Großformatige Wand- und Deckenbauteile
Abweichung Menge in %



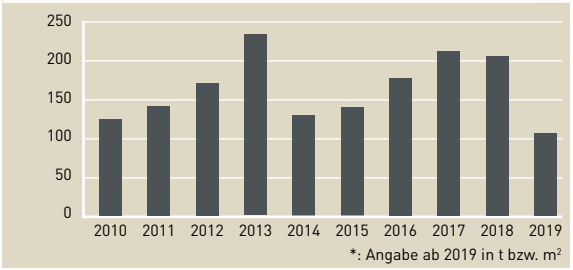
Großformatige Wand- und Deckenbauteile
Abweichung Wert in %



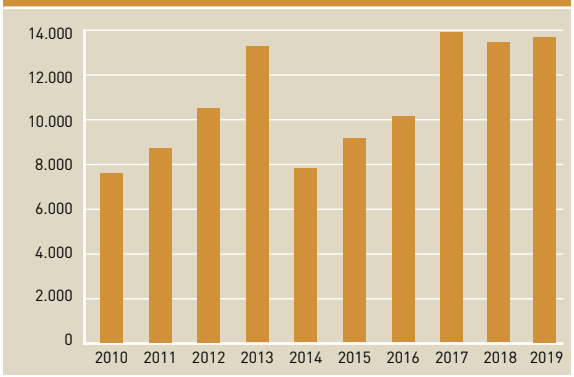
Auch im Bereich der Lärmschutzwände wurde die Statistik im Jahr 2019 von m² auf t umgestellt, sodass eine Aussage zur Mengenentwicklung nicht möglich ist. Der Wert der Lärmschutzwände erhöhte sich in 2019 um +3,0 % auf 13,8 Mio. Euro.

Die Mengenentwicklung von Wand- und Deckenbauteilen aus vorgefertigten Betonbauteilen ist wegen der Umstellung der amtlichen Statistik von m² auf t im Jahr 2019 nicht mehr vergleichbar. Der Wert erhöhte sich um +2,9 % auf rund 1.232,1 Mio. Euro.

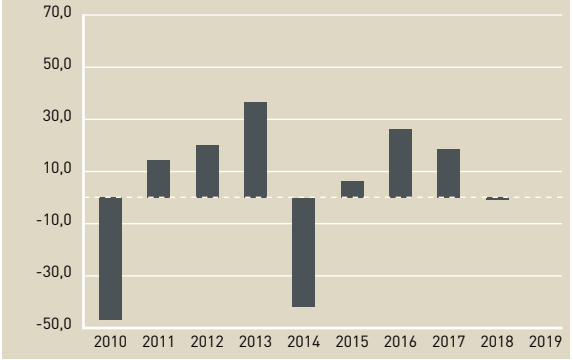
Lärmschutzwände
Menge in 1.000 m²/t*



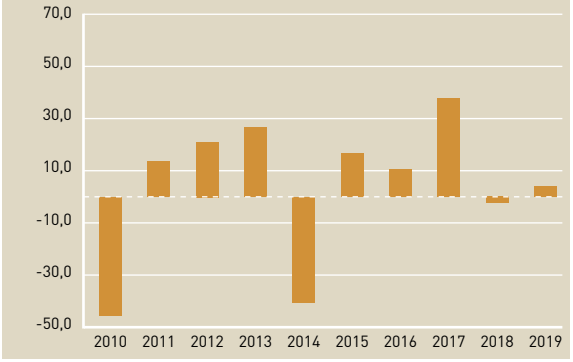
Lärmschutzwände
Wert in 1.000 Euro



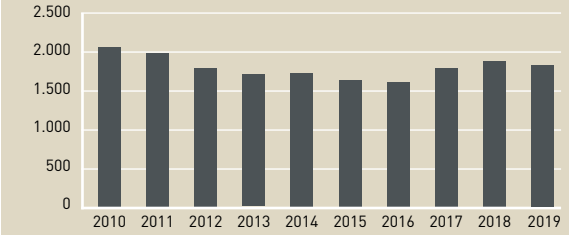
Lärmschutzwände
Abweichung Menge in %



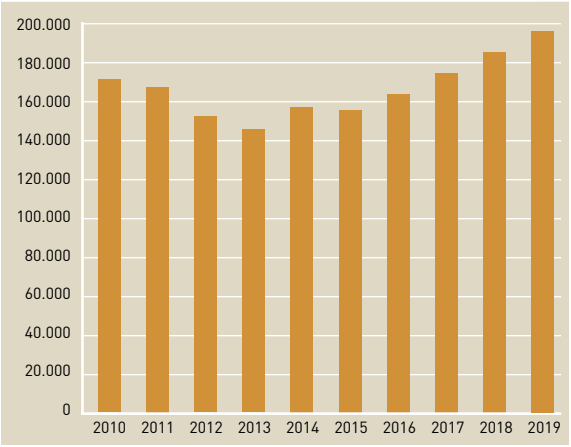
Lärmschutzwände
Abweichung Wert in %



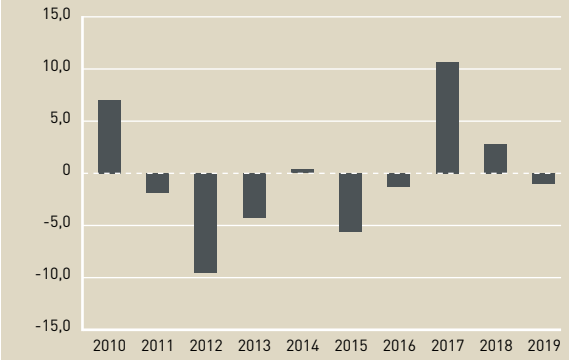
Betonrohre
Menge in 1.000 t



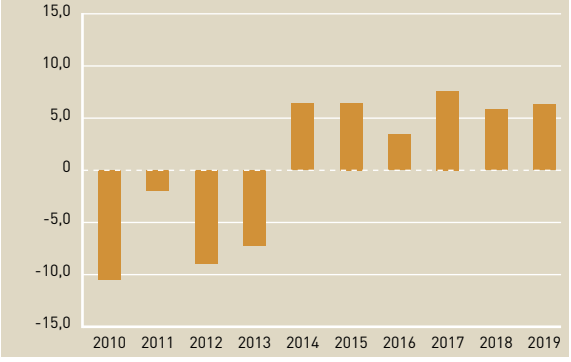
Betonrohre
Wert in 1.000 Euro



Betonrohre
Abweichung Menge in %

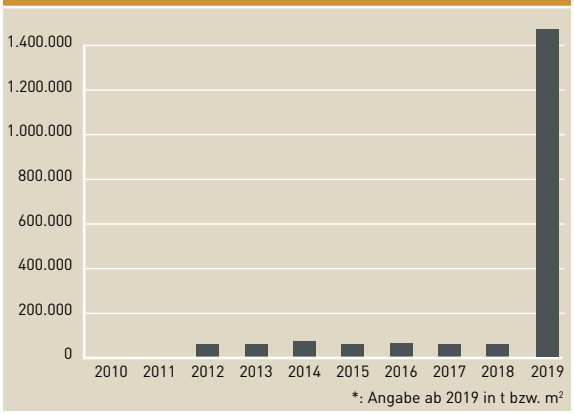


Betonrohre
Abweichung Wert in %



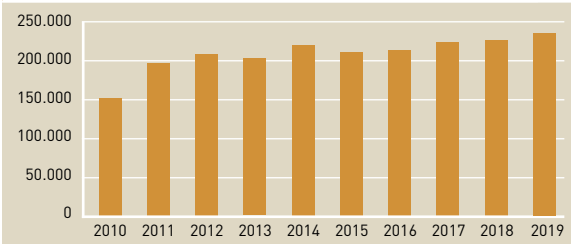
Im Rohrbereich reduzierte sich laut amtlicher Statistik in 2019 die Menge um –1,0 %. Für 2019 werden insgesamt 1,8 Mio. t ausgewiesen. Der Wert erhöhte sich um +6,0 % auf insgesamt 197,0 Mio. Euro.

Garagen
Menge in Stück / m²/t*



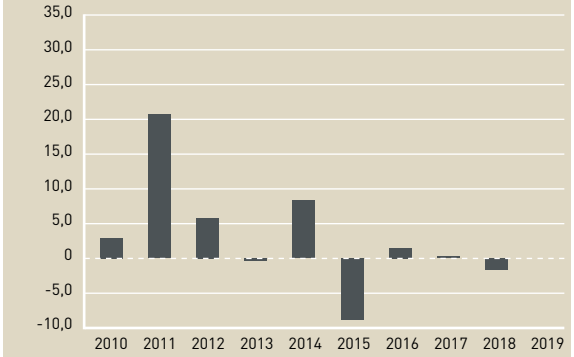
*: Angabe ab 2019 in t bzw. m²

Garagen
Wert in 1.000 Euro

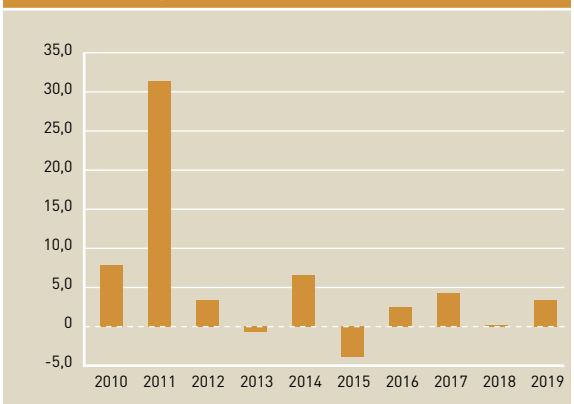


Auch im Bereich Garagen und andere Gebäude ist wegen Umstellung der Statistik in 2019 von Stück auf m² eine Aussage zur Mengenentwicklung nicht möglich. Die Garagenhersteller verzeichneten in 2019 einen Wertzuwachs von +3,8 % auf 233,7 Mio. Euro.

Garagen
Abweichung Menge in %



Garagen
Abweichung Wert in %



3 | Entwicklung der Branchen von vero
Recycling

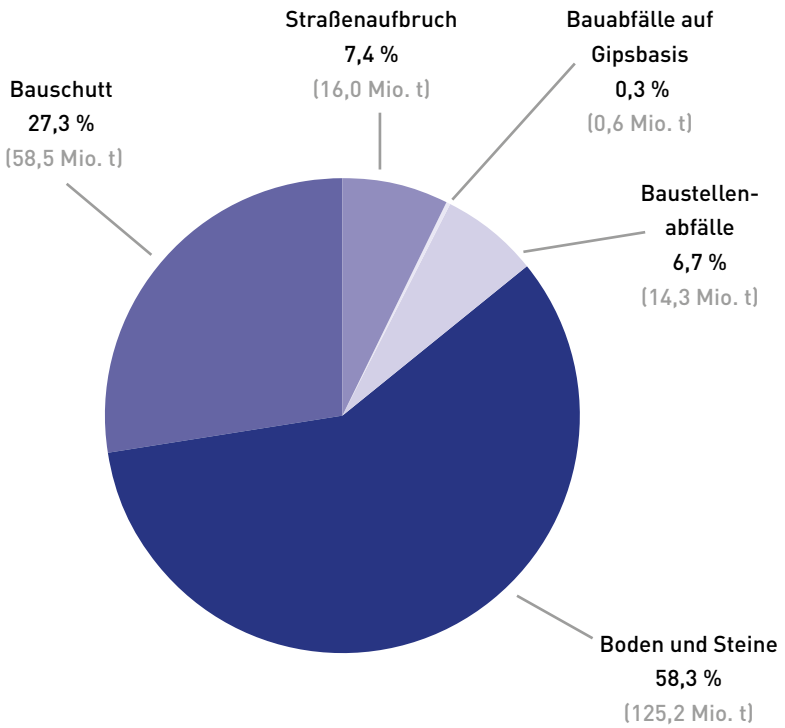
Die Urbanisierung nimmt zu. Damit steigen auch der Verbrauch und die Nachfrage von Rohstoffen. Doch Rohstoffe sind endlich, unsere natürlichen Ressourcen begrenzt. Schon heute sind temporär Engpässe spürbar. Dabei lässt sich der Bedarf nicht nur durch die Primärgewinnung decken. Recycling-Baustoffe sollten an dieser Stelle schon lange nicht nur „2. Wahl" sein – im Gegenteil: Sie sind die Antwort auf aktuelle Fragen zur Rohstoffknappheit. „Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur und die Umsetzung der Energiewende sind zentrale Aufgaben der Bundesregierung, die ohne eine leistungsfähige Baustoff-, Bau und Entsorgungsbranche nicht zu bewältigen sind.

BERTHOLD HEUSER
Vorsitzender der FG
Recycling-Baustoffe

DR. ANDREAS BECHMANN
Stellvertretender
Vorsitzender der FG
Recycling-Baustoffe

Ein wichtiger Aspekt: Mineralische Bau- und Abbruchabfälle machen jährlich mit den größten Abfallstrom Deutschlands aus.

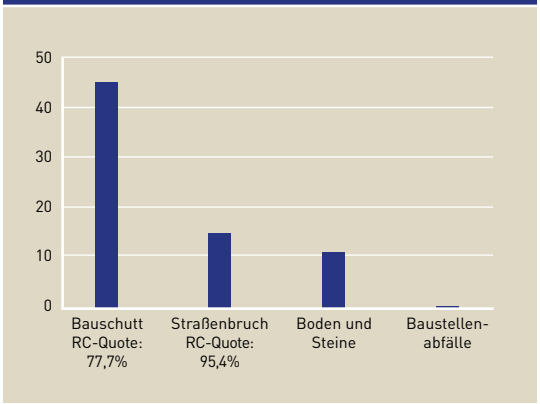
Statistisch erfasste Mengen mineralischer Bauabfälle 2016 (in Mio. t)
Anfall insgesamt: 214,6 Mio. t



Im Jahr 2016 sind 214,6 Mio. t mineralische Bauabfälle angefallen. Davon entfielen 125,2 Mio. t (58,3 %) auf Boden und Steine, 58,5 Mio. t (27,3 %) auf Bauschutt, 16,0 Mio. t (7,4 %) auf Straßenaufbruch, 0,6 Mio. t (0,3 %) auf Bauabfälle auf Gipsbasis und 14,3 Mio. t (6,7 %) auf Baustellenabfälle.

Quelle: Mineralische Bauabfälle Monitoring-Bericht 2016; www.kreislaufwirtschaft-bau.de

Recycling-Baustoff-Produktion 2016 (in Mio. t)
Recycling-Baustoffe insgesamt: 72,2 Mio. t



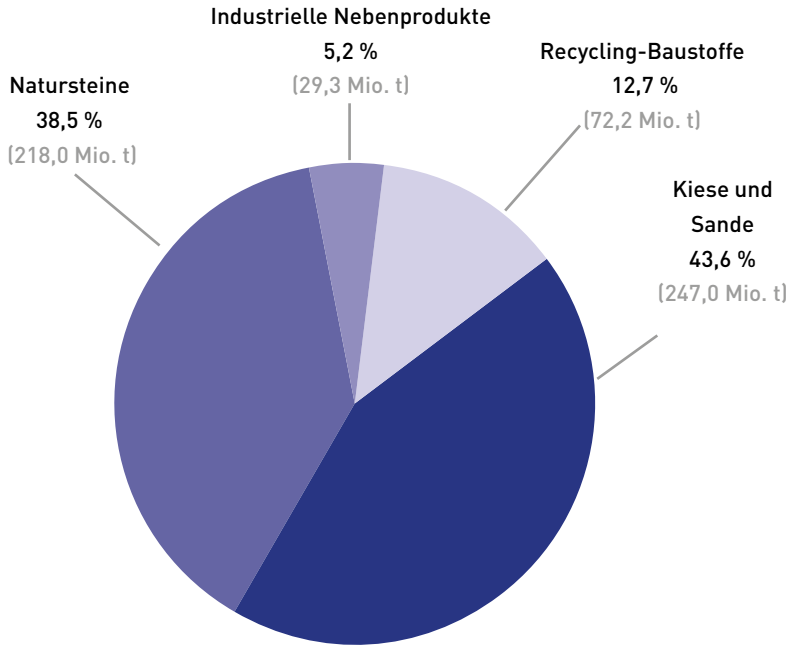
Durch gütegesichertes Recycling lassen sich hieraus hervorragende Recycling-Baustoffe herstellen.

So wurden von den in 2016 angefallenen mineralischen Bauabfällen (214,6 Mio. t.) insgesamt 72,2 Mio. t. Recycling-Baustoffe produziert.

Quelle: Mineralische Bauabfälle Monitoring-Bericht 2016;
www.kreislaufwirtschaft-bau.de

Ihr Einsatz ist ein tragender Baustein für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft, mit der ebenso die bundesweit knappen Deponiekapazitäten geschont werden.

Deckung des Bedarfs an Gesteinskörnungen 2016 (in Mio. t)
Bedarf insgesamt: 566,5 Mio. t



Quelle: Mineralische Bauabfälle Monitoring-Bericht 2016; www.kreislaufwirtschaft-bau.de

Die Förderung von Akzeptanz und Einsatz von RC-Baustoffen unter umwelt- und praxisgerecht ausgestalteten rechtlichen Rahmenbedingungen ist daher auch im vergangenen Geschäftsjahr das Hauptanliegen der vero-Fachgruppe RC-Baustoffe gewesen.

Die Fachgruppe Recycling-Baustoffe und ihr verbandliches Netzwerk

→ Verbandliches Netzwerk

Im Duisburger Haus der Baustoffindustrie ist die Fachgruppe Recycling-Baustoffe als Teil von vero umfassend in seine Geschäftstätigkeit eingebunden. Der besondere Vorteil unserer Fachgruppenmitglieder ist hierbei, dass auch der Bundesdeutsche Fachverband der Recycling-Baustoff-Industrie, die **„Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e. V. (BRB)“,** in der Duisburger Geschäftsstellengemeinschaft ansässig ist.

BRB
Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V.

vero
der baustoffverband

Von links nach rechts: Michael Stoll, Präsident Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e. V. (BRB), Peter Kurth, geschäftsführender Präsident Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE)

JASMIN KLÖCKNER
Geschäftsführung BRB, Leitung der vero-FG RB bis 30. April 2020

STEFAN JANSSEN
Techn. Geschäftsführung BRB, techn. Leitung der vero-FG RB

KERSTIN MIGAS
Sekretariat BRB und vero-FG RB bis 30. April 2020

→ Personalunion

Die Geschäfte der BRB werden in Personalunion genau von den Personen geführt, die auch für die vero-Fachgruppe RC-Baustoffe tätig sind.

Diese Personalunion ist für beide Verbände und ihre Mitglieder sehr positiv. Auf der einen Seite kann die BRB bei ihrer Aufgabenwahrnehmung unmittelbar auf die Erfahrung und das Wissen aus der Praxis bzw. aus der Unternehmensebene zurückgreifen. Auf der anderen Seite kann vero bei seiner Tätigkeit Erkenntnisse und Wissen aus dem Bundesverband direkt an seine Mitgliedsunternehmen weiterleiten und zukünftige Entwicklungen aufzeigen. So können sich die Unternehmen verbessert auf anstehende Veränderungen einstellen.

Die Vorteile der Personalunion beschränken sich aber nicht nur auf bundesdeutsche Entwicklungen.

Durch die Mitgliedschaft des Bundesverbandes (BRB) in dem europäischen Dachverband der RC-Baustoff-Industrie, der F.I.R. (Präsident ist der BRB-Vorsitzende Michael Stoll), besteht weiter ein ausgeprägtes Netzwerk nach Europa. Hierdurch ist es möglich, die deutschen Interessen der Baustoff-Recycling-Branche auch auf europäischer Ebene aktiv einzubringen.

Geert Cuperus – Geschäftsführer der F.I.R.

→ Aktivitäten der Fachgruppe Recycling-Baustoffe

Auch in diesem Geschäftsjahr standen die rechtlichen und politischen Aspekte zum Thema Produktion und Nutzung von Recycling-Baustoffen im Fokus unserer fachlichen Arbeiten – dabei war die aktive Förderung der Akzeptanz und des verstärkten Einsatzes von RC-Baustoffen eine unserer verbandlichen Hauptaufgaben.

Noch immer wird die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion nicht vollständig gerecht. Zu häufig noch scheuen sich öffentliche Auftraggeber davor, die Verwendung von RC-Baustoffen zuzulassen, zu viele öffentliche Ausschreibungen erfolgen unberechtigt, alternativlos für Primärbaustoffe.

Ein regelmäßiger Dialog des Verbandes mit den zuständigen Behörden ist daher nach wie vor unerlässlich. Nur durch wirksame Öffentlichkeitsarbeit und aktive Aufklärung, Informationsvermittlung und Außendarstellung ist es möglich, diese hemmenden Faktoren langfristig auszuräumen

Von links nach rechts: Markus Schuhmacher, Geschäftsführer Baustoffüberwachungs- und Zertifizierungsverband Nordrhein-Westfalen e. V. (BÜV NW); Dr. Klaus Mesters, Geschäftsführer KM GmbH für Straßenbau und Umwelttechnik; RA Gregor Franßen, Kopp-Assenmacher & Nusser Rechtsanwälte PartGmbB; Jasmin Klöckner, Geschäftsführerin Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e. V. (BRB); Berthold Heuser, Vorsitzender der vero-Fachgruppe Recycling-Baustoffe; Klaus Kasmann, Leiter des Kreisumweltamtes Paderborn

→ vero-Vortragsveranstaltung „Qualitätsgesicherte Recycling-Baustoffe im Bausektor – Einsatz in Paderborn und Umgebung“ am 6. Februar 2020 im Kreishaus der Kreisverwaltung Paderborn

Unser Programm beinhaltete verschiedene aktuelle Themenschwerpunkte zu Recycling-Baustoffen.

Wie lauten die Perspektiven für das Bauschutt-Recycling? Wie steht es um die rechtlichen Rahmenbedingungen bei öffentlichen Ausschreibungen? Wie gestalten sich die Qualitätssicherung und die Zertifizierung von RC-Baustoffen bei akkreditierten Baustoffüberwachungs- und Zertifizierungsorganisationen? Was erfordert die Umsetzung der Bundesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) in technischer Hinsicht?

Berthold Heuser, Prokurist REMEX Mineralstoff GmbH und Vorsitzender der vero-Fachgruppe Recycling-Baustoffe

Diese und weitere Fragen beleuchteten referierende Fachexperten am Vortragstag in Paderborn. Ihnen an dieser Stelle einen herzlichen Dank für ihre Mitwirkung!

Dr. Klaus Mesters, Geschäftsführer KM GmbH für Straßenbau und Umwelttechnik

Von links nach rechts: Klaus Kasmann, Leiter des Kreisumweltamtes Paderborn; Jasmin Klöckner, Geschäftsführerin Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e. V. (BRB) und Leiterin der vero-Fachgruppe Recycling-Baustoffe

Abgerundet wurde das Vortragsprogramm durch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Einsatz von RC-Baustoffen im Straßen- und Erdbau – Stand und Verbesserungsbedarf in Paderborn und Umgebung". Diese Veranstaltungen wird vero regional in NRW ausbauen.

Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für den Einsatz von RC-Baustoffen

Ein Problem bei Recycling-Baustoffen (sowie bei weiteren mineralischen Ersatz-/Sekundärbaustoffen), das selbst mit der geplanten MantelV – den Abschluss des Verordnungsprozesses und ihre Verkündung vorausgesetzt – nicht vollständig ausgeräumt werden kann, ist ihre nach wie vor nachteilige (mangelnde) Marktakzeptanz im Vergleich zu sogenannten Primärbaustoffen.

Die negativen Folgen zeigen sich vor allem bei öffentlichen Bauvergabeverfahren in den entsprechenden Ausschreibungstexten:

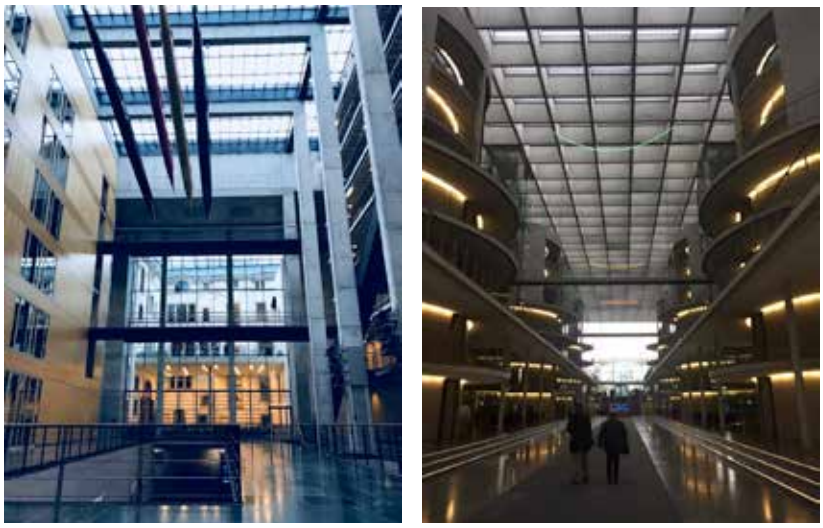
Oftmals wird der Einsatz von Recycling-Baustoffen hier grundsätzlich – pauschal unbegründet – ausgeschlossen oder aber die konkrete Bauausführung wird von der ausschreibenden Stelle von vornherein ausdrücklich auf eine Verwendung von primären Baustoffen beschränkt.

Um diesem Negativ-Sachstand langfristig entgegenzuwirken, haben vero und BRB bereits im Geschäftsjahr 2018 das bekannte Gutachten zur Verbesserung der rechtlichen Ausschreibungssituation bei der Kanzlei Heinemann und Partner in Auftrag gegeben. Die auf Basis der aktuellen Rahmenbedingungen gutachterlich erarbeiteten Änderungsvorschläge für die vergabe- bzw. abfallrechtlichen Bund- und Länderregelungen bildeten auch im Geschäftsjahr 2019 die gemeinsame Verbändegrundlage bei ihrem „Kampf" um verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen für mineralische Sekundärbaustoffe.

Ein mittlerweile etabliertes „Bündnis" von betroffenen Partnerverbänden und beteiligten Fachexperten widmete sich dabei wiederholt der wichtigen Aufgabe, Politik und Öffentlichkeit für die bestehenden Marktungerechtigkeiten zu sensibilisieren und bei relevanten Einflussgruppen auf Regierungs-, Verwaltungs- und Behörden-Ebene Aufmerksamkeit und Akzeptanz für den rechtsnotwendigen Änderungsbedarf der derzeitigen Regelungssituation auf Bundes- und Landesebene zu schaffen.

So hatte vero (gemeinsam mit weiteren Partnerverbänden) Anfang 2019 die Gelegenheit, zu dieser Thematik ein persönliches Gespräch mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu führen. Hierbei erfolgte ein intensiver Meinungsaustausch zu den bestehenden Wettbewerbsnachteilen von mineralischen Sekundärbaustoffen gegenüber Primärbaustoffen und ebenso eine gemeinsame Erörterung der gutachterlich identifizierten rechtlichen Verbesserungsmöglichkeiten.

Der gemeinsame Verbändeappell: dass sich die politischen Einflussgruppen aktiv für die Durchsetzung der verbändeseitig vorgestellten rechtlichen Lösungsansätze einsetzen und unter Verwendung ihrer vorhandenen Steuerungselemente und Kommunikationskanäle die wichtigen Aspekte der Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft ebenso in der Öffentlichkeit sowie medialen Arena platziert werden, um langfristig ein besseres Verständnis und ein gesteigertes Vertrauen in den Bedarf und die Verwendung von sekundären Baustoffen geschaffen werden kann.



Im Sinne von Ressourcenschonung und effizienter Kreislaufführung ist es ebenso Aufgabe der Politik, sich für die verbesserte Berücksichtigung von MEBs in öffentlichen Bauvergabeverfahren starkzumachen und hierzu verlässliche und rechtlich durchsetzbare Rahmenbedingungen voranzubringen, mit denen für die Zukunft zumindest eine „Waffengleichheit" von Sekundärbaustoffen zu Primärbaustoffen sichergestellt werden kann.

Die verbandlichen Mühen zeigen erste Erfolge: Im Zuge der aktuell laufenden Novelle des Bundes-Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) ist mit Bezug zu öffentlichen Ausschreibungsverfahren zukünftig eine Bevorzugungspflicht für recycelte Materialien vorgesehen (§ 45 KrWG-E).
Dieses Vorhaben wird von der vero-Fachgruppe Recycling-Baustoffe ausdrücklich begrüßt: Wir sind der Meinung, dies ist ein notwendiger Schritt, um langfristig sicherzustellen, dass die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion im Rahmen der Ressourcenschonung vollumfänglich gerecht wird.

Im weiteren Verlauf des Novellierungsverfahrens darf es deshalb auch nicht zu einer nachträglichen Streichung dieser geplanten Änderungen kommen – dafür wird sich die vero-Fachgruppe auch im kommenden Geschäftsjahr aktiv weiter einsetzen!

Das Jahr 2020 ist noch nicht zu Ende. Neben der Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes stehen bereits weitere To-dos auf der Agenda der Fachgruppe Recycling-Baustoffe, über die es dann im nächsten Geschäftsbericht zu berichten gilt.

Weitergehende Informationen

Seit 1995 besteht der Verbund der deutschen Bauwirtschaft, der sich für die Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bauwesen einsetzt. Im Zweijahresturnus veröffentlicht der Branchenverbund die aktuellen Daten zum Aufkommen und zum Verbleib mineralischer Bauabfälle. Damit dokumentiert die Branche ihr Engagement zum Schutz natürlicher Ressourcen und zur Steigerung der Ressourceneffizienz. Wie auch in den Vorjahren hat die Duisburger Geschäftsstelle an der Erarbeitung des aktuellen „Monitoring-Berichts“ mitgewirkt.

Der aktuelle Bericht basiert auf den amtlichen Daten des Jahres 2016. Er wurde am 21.01.2019 von den mitwirkenden Bauverbänden persönlich an Staatssekretär Adler übergeben.

Übergabe des Monitoring-Berichtes an Herrn Staatssekretär Adler

Der Monitoring-Bericht steht unter www.kreislaufwirtschaft-bau.de zum Download bereit.

3 | Entwicklung der Branchen von vero
Schieferindustrie

Der Schiefer-Fachverband in Deutschland e.V. (SVD) schützt und fördert das Naturprodukt Schiefer für die Verwendung an Dach, Fassade und für andere Anwendungsbereiche. In Deutschland gibt es sowohl über- als auch untertägige Gewinnungsstätten, in denen Schiefer hauptsächlich für die Altdeutsche Deckung gefördert wird

ANDREAS JÄGER
Vorsitzender
Schiefer-Fachverband

Schiefer: Anwendungsbeispiele

Ende März 2019 musste die Gewinnung des von Rathscheck betriebenen Moselschiefer-Bergwerks Katzenberg in Mayen (Eifel) aufgegeben werden. Die geologische Situation der bis zu diesem Zeitpunkt größten Schieferproduktion in Deutschland machte einen weiteren rentablen Abbau des Moselschiefers nicht mehr möglich. Störungen in der Lagerstätte in einer Fördertiefe von ca. 400 Metern hatten dazu geführt, dass sich die Produktionsmenge reduzierte. Rathscheck setzt im Produktsegment Altdeutsche Deckung künftig auf Gestein aus Spanien, das von den dort ansässigen Tochtergesellschaften gewonnen wird. Die Gesellschaften gehören seit rund zehn bzw. fünf Jahren zur Unternehmensgruppe. Der Fortbestand der Altdeutschen Deckung für den heimischen Markt wird im Wesentlichen zusammen mit der Produktion des SVD-Mitgliedsunternehmens Nikolaus Theis Nachf. Böger GmbH aus Bundenbach (Hunsrück) sichergestellt.

Die hohe Bedeutung von Schiefer in Deutschland verdeutlicht die Auszeichnung zum Gestein des Jahres 2019. Jährlich wird vom Berufsverband Deutscher Geowissenschaftler e.V. ein anderes Gestein ausführlich präsentiert, um die Geowissenschaften der Öffentlichkeit näherzubringen. Dazu gab es zahlreiche Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Auftakt der Initiative machte die sogenannte „Taufe" zum Gestein des Jahres.

Aufgrund des hohen Interesses vieler Bauherren an nachhaltigem, ökologischem Bauen ist der Trend zu natürlichen Baumaterialien ungebrochen. Der Schieferabsatz für das geneigte Dach wird hauptsächlich von den Bereichen Modernisierung und Sanierung getragen. Die positive Entwicklung von Schiefer für die Fassadengestaltung, insbesondere in der modernen Architektur, hält weiter an. Darüber hinaus gilt Schiefer als gefragter Naturstein für den Interieurbereich sowie den Garten- und Landschaftsbau.

Schiefer-Taufe in Mayen, v. l.: Dr. Friedwalt Weber (BDG), Thilo Juchem (vero), Dr. Joe Weingarten (Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz), Andreas Jäger (Rathscheck), Dorothea Kaleschke-Weingarten (vero), Prof. Dr. Georg Wieber (Geologisches Landesamt), Dr. Peter Müller (BDG)

3 | Entwicklung der Branchen von vero
Ziegelindustrie

Im Jahr 2019 konnte die Ziegelindustrie mengenmäßig bei den Hinter- und Vormauerziegeln von der grundsätzlich positiven Entwicklung im Baubereich profitieren. Pflasterklinker und der Tondachziegelbereich entwickelten sich in der Menge rückläufig. Wertmäßig konnten bis auf die Pflasterklinker alle Produktbereiche Zuwächse erzielen.

Die von den statistischen Landesämtern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen publizierten Daten bilden den Geschäftsverlauf in den einzelnen Produktbereichen nur unzureichend und lückenhaft ab. Es werden daher nachfolgend ausschließlich Daten des Statistischen Bundesamtes wiedergegeben. Die quartalsweise Entwicklung der letzten Jahre kann den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

HERMANN BERENTELG
Vorsitzender
Fachverband Ziegelindustrie Nord

JOACHIM THATER
Vorsitzender
Fachverband Ziegelindustrie Nordwest

Hintermauerziegel

Menge in 1.000 m³

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	741	978	1.148	970	1.062
2. Quartal	1.761	1.725	1.711	1.676	1.655
3. Quartal	1.704	1.758	1.694	1.630	1.703
4. Quartal	1.528	1.634	1.603	1.621	1.623
Summe:	**5.734**	**6.095**	**6.156**	**5.897**	**6.043**

Wert in 1.000 Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	46.091	62.269	74.861	63.330	72.223
2. Quartal	111.382	114.813	116.499	112.341	114.652
3. Quartal	107.116	115.977	115.183	107.216	120.003
4. Quartal	97.288	105.064	102.494	106.147	112.116
Summe:	**361.877**	**398.123**	**409.037**	**388.034**	**423.994**

Durchschnittserlöse in Euro/m³

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	62,20	63,67	65,21	65,29	68,01
2. Quartal	63,25	66,56	68,09	67,03	69,28
3. Quartal	62,86	65,97	67,99	65,78	70,47
4. Quartal	63,67	64,30	63,94	65,48	69,08

Der Absatz an Hintermauerziegeln erhöhte sich in 2019 um +2,5 %. Der Wert erhöhte sich um +9,3 %.

Vormauerziegel					
Menge in 1.000 m³					
	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	128	140	155	168	189
2. Quartal	192	186	206	224	224
3. Quartal	200	193	215	223	229
4. Quartal	183	168	200	210	212
Summe:	**703**	**687**	**776**	**825**	**854**
Wert in 1.000 Euro					
	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	24.320	29.114	32.981	35.622	40.847
2. Quartal	37.760	38.731	44.641	50.761	51.583
3. Quartal	41.120	40.046	46.647	49.938	52.606
4. Quartal	37.647	35.539	43.075	47.635	51.721
Summe:	**140.847**	**143.430**	**167.344**	**183.956**	**196.757**
Durchschnittserlöse in Euro/m³					
	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	190,00	207,96	212,78	212,04	216,12
2. Quartal	196,67	208,23	216,70	226,61	230,28
3. Quartal	205,60	207,49	216,96	223,94	229,72
4. Quartal	205,72	211,54	215,38	226,83	243,97

Bei den Vormauerziegeln erhöhte sich der Absatz in 2019 um +3,5 %. Die Erlöse erhöhten sich im gleichen Zeitraum um +7,0 %.

Im Jahr 2019 reduzierte sich der Absatz von Pflasterklinkern um –11,0 %. Der Wert verminderte sich im gleichen Zeitraum um –1,3 %.

Pflasterklinker

Menge in 1.000 m³

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	91	88	77	72	92
2. Quartal	132	127	130	146	119
3. Quartal	122	137	134	161	134
4. Quartal	110	92	108	141	118
Summe:	**455**	**444**	**449**	**520**	**463**

Wert in 1.000 Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	11.542	11.929	8.907	8.795	11.794
2. Quartal	17.439	16.929	16.774	19.876	15.903
3. Quartal	16.286	18.327	18.088	18.409	18.026
4. Quartal	14.307	11.318	14.070	15.817	16.362
Summe:	**59.574**	**58.503**	**57.839**	**62.897**	**62.085**

Durchschnittserlöse in Euro/m³

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	126,84	135,56	115,68	122,15	128,20
2. Quartal	132,11	133,30	129,03	136,14	133,64
3. Quartal	133,49	133,77	134,99	114,34	134,52
4. Quartal	130,06	123,02	130,28	112,18	138,66

Der Absatz von Pressdachziegeln verringerte sich im Jahr 2019 leicht um –0,1 %. Der Wert erhöhte sich um +1,1 %.

Pressdachziegel

Menge in 1.000 Stück

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	91.527	94.974	97.708	99.693	104.047
2. Quartal	129.596	126.383	123.010	126.651	123.076
3. Quartal	131.501	127.194	124.231	122.421	122.232
4. Quartal	113.257	113.177	110.372	116.117	115.006
Summe:	**465.881**	**461.728**	**455.321**	**464.882**	**464.361**

Wert in 1.000 Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	78.970	81.355	83.231	87.607	93.003
2. Quartal	106.563	109.525	103.851	108.532	107.782
3. Quartal	111.792	109.345	107.447	107.516	107.991
4. Quartal	94.856	95.839	98.054	100.395	99.535
Summe:	**392.181**	**396.064**	**392.565**	**404.050**	**408.311**

Durchschnittserlöse in Euro/Stück

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	0,86	0,86	0,85	0,88	0,89
2. Quartal	0,82	0,87	0,84	0,86	0,88
3. Quartal	0,85	0,86	0,86	0,88	0,88
4. Quartal	0,84	0,85	0,89	0,86	0,87

Der Absatz von Biberschwänzen verringerte sich im Jahr 2019 um –3,1 %. Der Wert erhöhte sich um +4,4 %.

Biberschwänze

Menge in 1.000 Stück

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	21.218	24.134	24.797	19.309	18.911
2. Quartal	35.451	32.596	28.451	28.673	26.504
3. Quartal	32.909	28.071	28.290	20.443	24.652
4. Quartal	26.674	26.671	26.279	21.689	17.294
Summe:	**116.252**	**111.472**	**107.817**	**90.114**	**87.361**

Wert in 1.000 Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	6.642	7.369	8.288	6.465	6.548
2. Quartal	11.641	10.475	8.838	9.246	9.254
3. Quartal	11.112	9.105	9.110	6.868	8.770
4. Quartal	8.386	8.223	8.332	7.163	6.484
Summe:	**137.781**	**35.172**	**34.568**	**29.786**	**31.056**

Durchschnittserlöse in Euro/Stück

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	0,31	0,31	0,33	0,33	0,35
2. Quartal	0,33	0,32	0,31	0,32	0,35
3. Quartal	0,34	0,32	0,32	0,36	0,36
4. Quartal	0,31	0,31	0,32	0,33	0,37

Für den Produktbereich „Andere Strangdachziegel“ (z. B. Hohldachpfannen, Hohlstrangziegel) wurden in 2019 aus Geheimhaltungsgründen vom Statistischen Bundesamt keine Daten mehr veröffentlicht.

Andere Strangziegel

Menge in 1.000 Stück

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	604	285	454	528	Geheim
2. Quartal	598	405	441	448	Geheim
3. Quartal	513	394	492	453	Geheim
4. Quartal	512	608	351	386	Geheim
Summe:	**2.227**	**1.692**	**1.738**	**1.815**	**-**

Wert in 1.000 Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	1.409	875	1.692	1.481	Geheim
2. Quartal	1.818	1.469	1.693	Geheim	Geheim
3. Quartal	1.365	1.605	2.080	Geheim	Geheim
4. Quartal	1.524	1.858	1.367	Geheim	Geheim
Summe:	**6.116**	**5.807**	**6.769**	**-**	**-**

Durchschnittserlöse in Euro/Stück

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	2,33	3,07	3,59	2,80	-
2. Quartal	3,04	3,63	3,84	-	-
3. Quartal	2,66	4,02	4,23	-	-
4. Quartal	2,98	3,06	3,89	-	-

Sonstige Dachziegel und Zubehörteile verringerten sich mengenmäßig in 2019 um –0,5 %, wertmäßig erhöhten sie sich um +3,1 %.

Sonstige + Zubehörteile

Menge in 1.000 Stück

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	9.367	8.495	9.710	8.937	9.169
2. Quartal	11.147	11.812	11.323	11.565	11.185
3. Quartal	10.745	11.346	11.090	10.370	10.253
4. Quartal	9.364	10.571	9.734	9.999	10.050
Summe:	**40.623**	**42.224**	**41.857**	**40.871**	**40.657**

Wert in 1.000 Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	57.782	49.979	57.255	55.743	57.184
2. Quartal	65.659	64.676	63.993	65.119	66.429
3. Quartal	61.055	60.644	63.391	61.723	61.801
4. Quartal	51.826	59.883	56.038	56.876	31.361
Summe:	**236.322**	**235.181**	**240.677**	**240.212**	**246.775**

Durchschnittserlöse in Euro/Stück

	2015	2016	2017	2018	2019
1. Quartal	6,17	5,88	5,90	6,24	6,24
2. Quartal	5,89	5,48	5,65	5,63	5,94
3. Quartal	5,68	5,34	5,72	5,95	6,03
4. Quartal	5,53	5,66	5,76	5,69	6,11

KUNIBERT GERIJ
Vorsitzender
Ziegel-Zentrum
NordWest e. V.

ZIEGEL

Ziegel-Zentrum NordWest e. V.

Zweck des Ziegel-Zentrums NordWest ist es, die Mitgliedsunternehmen in technischer Hinsicht zu beraten und zu unterstützen.

Dabei liegt der Schwerpunkt in der Bauberatung, in der Schadensbeurteilung sowie in der Vertretung der Mitgliedsunternehmen in technischen und politischen Ausschüssen der Bau-, Baustoff- und Ziegelindustrie.

Zudem betreibt das Ziegel-Zentrum Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Mitarbeit in Verbänden der Deutschen Ziegelindustrie

Das Ziegel-Zentrum ist Mitglied in allen technischen Arbeitskreisen der Deutschen Ziegelindustrie, wie dem Mauerziegelausschuss, dem Ausschuss Vormauerziegel und Klinker, dem Pflasterklinker-Ausschuss und dem Dachziegel-Ausschuss.

Der Verband arbeitet im Güteschutz Ziegelmontagebau, im Güteschutz Ziegel und zudem auch in der „Arbeitsgemeinschaft Initiative Zweischalige Wand Marketing" mit.

→ DIN – Normenausschüsse

Das Ziegel-Zentrum ist Mitglied in folgenden Normenausschüssen:

NA 005-06-01AA	„Mauerwerk" Hauptausschuss" (Eurocode 6)
NA 005-06-01-01 AK	„Ausführung" (Eurocode 6)
NA 005-06-01-05 AK	„Bewehrtes Mauerwerk" (Eurocode 6)
NA 005-06-01-06 AK	„Weiterentwicklung" (Eurocode 6)
NA 005-06-14 AA	„Deckenziegel"
NA 005-06-37 AA	„Erdbebensicherheit von Mauerwerk" (Eurocode 8)
NA 005-07-01 AA	„Bemessung und Konstruktion" (Eurocode 2)
NA 005-09-35 AA	„Angemörtelte Außenwandbekleidungen"
NA 005-09-65 AA	„Leichte Trennwände (DIN 4103)
NA 005-55-75 AA	„Nachweisverfahren, Bauteilkatalog, Sicherheitskonzept" (DIN 4109)
DIN SPEC 91312	„Schallschutz im Hochbau – Anforderungen für einen erhöhten Schallschutz im Wohnungsbau" (DIN 4109)
STLB-Bau LB 0120	„Mauerarbeiten"
STLB-Bau LB 080	„Straßen, Wege, Plätze"

→ Netzwerk-Normung

Das Ziegel-Zentrum arbeitet zusammen mit der Architektenkammer, der Ingenieurkammer, dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (DGfM), der freien Wohnungswirtschaft (BFW), der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft (GdW) und den Sachverständigenverbänden in einem Verbändekreis zusammen und berät die unterschiedlichen Normenausschüsse.

→ Arbeitsgemeinschaft Ziegelelementbau e. V.

Seit Oktober 2007 hat das Ziegel-Zentrum die technische Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft Ziegelelementbau e. V. übernommen.

Schwerpunkt der technischen Arbeit ist die Besserstellung von Fertigteilmauerwerk gegenüber herkömmlich erstelltem Mauerwerk.

Da bis zum jetzigen Zeitpunkt jedoch alle technischen Regeln fertiggestellt sind, ruht die Arbeitsgemeinschaft bis auf Weiteres.

→ Initiative Zweischalige Wand

Das Ziegel-Zentrum ist für den technisch konstruktiven Bereich der Arbeitsgemeinschaft Zweischalige Wand Marketing e. V. zuständig und pflegt sowie überarbeitet die technischen Broschüren, den Planungsordner und die Planungshilfen im Sinne der Zweischaligen Wand.

→ Bauberatungen und Schadensbeurteilungen

Im Jahr 2019 wurden über 100 Bauberatungen und Schadensbeurteilungen durchgeführt.

Die Beauftragung dazu erfolgt ausnahmslos über die Mitgliedswerke, wobei diese fast unverändert zu je ca. 45 % von den Produktgruppen Mauerziegel und Vormauerziegel, zu ca. 8 % von der Produktgruppe Dachziegel und zu ca. 2 % von der Produktgruppe Pflasterklinker abgerufen wurden.

Schadensbeurteilung

a) Zweischalige Wand:

Die Schadensbeurteilung verteilte sich bei der Zweischaligen Wand auf konstruktive Schäden infolge von Ausführungsfehlern, Verformungen und unzureichend dimensionierten Bewegungsfugen.

Ausblühungen und Auslaugungen an Vormauerziegeln wurden häufig reklamiert, ebenso die Fugenausbildung und vor allem Farbabweichungen aufgrund vorausgegangener Bemusterungen.

b) Dachziegel:

Ein geringer Schadensanteil lag bei Dachziegeln vor. Hier waren in den meisten Fällen Verarbeitungsfehler, wie z. B. zu geringe Unterlüftungen, aber auch Abplatzungen und Farbfehler an Dachziegeln ursächlich.

c) Mauerziegel:

Hauptsächliche Schäden innerhalb der Produktgruppe Mauerziegel waren Putzablösungen, Putzrisse, Feuchte- und Schimmelschäden sowie normative bzw. zulassungsspezifische Abweichungen, aber auch damit im Zusammenhang stehende Schäden an oder von sonstigen Bauteilen wie Fertigteilen, Geschossdecken, Abdichtungsebenen und Putzen.

Hintermauerziegel

Vormauerziegel

Pflasterklinker

Dachziegel

Bauberatung

Der Anteil der Beratungen war wesentlich höher als der der Schadensbeurteilung und aufgrund neuer nationaler und europäischer Normungen und Verordnungen fast immer mit technischen Nachweisen verbunden.

Diese aufwändigen technischen Berechnungen und Nachweise erwarteten Architekten, Ingenieure und Bauträger in verstärktem Maße, um damit im Mauerwerksbau den hohen Anforderungen an die immer strenger werdenden statischen und bauphysikalischen Anforderungen gerecht zu werden.

a) EnEV:

Gerade die neue EnEV 2016 und die für Nichtwohngebäude zwingend anzuwendende DIN 18599 erforderten hier einen ganz wesentlichen Beratungsaufwand. Weiterhin wurden vor allem im Zweischaligen Wandbereich außergewöhnlich viele Wärmebrückenberechnungen und Wärmebrückendetails abgerufen.

b) Schallschutz:

Neben energetischen Nachweisen erhöhte sich auch der Anteil von Berechnungen zum Schallschutz nach DIN EN 12354 und DIN 4109. So dienen diese Berechnungen vor allem dem Zweck, auch im Innenbereich von Wohngebäuden durch nachgewiesene Detaillösungen schalltechnisch ausreichendes Ziegelmauerwerk einsetzen zu können.

c) Tragwerks- und Erdbebennachweise:

Die Einführung der teilweise vollständig neuen Anforderungen des Eurocode 6 stellen die Mitgliedsunternehmen vor neue Probleme. So ist die Beratung auf diesem Gebiet eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. In Erdbebenzonen Deutschlands (Rheinschiene) wurden zudem Erdbebennachweise und in anderen Gebieten auch sonstige statisch konstruktive Berechnungen und Detailnachweise angefordert.

d) Sonstiges:

Diese Berechnungen sind sehr komplex und aufwändig und können daher in der Regel nur von sehr wenigen Ingenieurbüros erbracht werden. Für die Bewertung von Wärmebrücken wurde der Wärmebrückenkatalog in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Mauerziegel erweitert und in Anlehnung an die EnEV 2016 modifiziert. Bei Abweichungen von den Wärmebrücken-Regeldetails wurden auch baupraktische Ziegel-Sonder-Wärmebrückenkonstruktionen entwickelt, die die Vorteile der Ziegelbauweise bestätigen. Zudem wurden Wirtschaftlichkeitsberechnungen unter wärmetechnischen Gesichtspunkten vorgenommen, die zu ganzheitlichen Ziegelkonstruktionen führen und damit Wärmedämmverbundsysteme entbehrlich machten.

Öffentlichkeitsarbeit – Schulungen/Vorlesungen/Vorträge

Durch Schulungen, Vorträge, Messebeteiligungen und Vorlesungen nahm die Öffentlichkeitsarbeit einen großen Stellenwert innerhalb der Tätigkeit des Ziegel-Zentrums ein. So nahmen Architekten und Ingenieure, Meisteranwärter und Lehrlinge an unterschiedlichen Schulungen und Vorträgen teil. Schwerpunkt waren dabei Veranstaltungen verschiedener Architekten-, Ingenieur- und Handwerksverbände. Ein wichtiger Anteil ist jedoch die Lehrtätigkeit an den Hochschulen Bochum, Wuppertal, Kassel, Münster und Detmold.

Öffentlichkeitsarbeit – technische Informationen

Das Ziegel-Zentrum informiert unregelmäßig über den Rundschreibendienst des Fachverbandes Ziegelindustrie zu technischen Neuerungen.

Gedrucktes technisches Infomaterial steht seit Anfang 2008 nicht mehr zur Verfügung, sodass fast ausschließlich technische Informationen digital verschickt werden. Das Ziegel-Zentrum nutzt dafür vor allem die technischen Unterlagen des Bundesverbandes der Deutschen Ziegelindustrie und die der Initiative Zweischalige Wand Marketing und eigene Publikationen.

Publikationen und Veröffentlichungen

Verschiedene Veröffentlichungen zum Mauerwerksbau erschienen in der Zeitschrift „Mauerwerk", dem „Mauerwerkskalender" und in dem Buch „Mauerwerksbau".

Lobbyarbeit und Ausblick

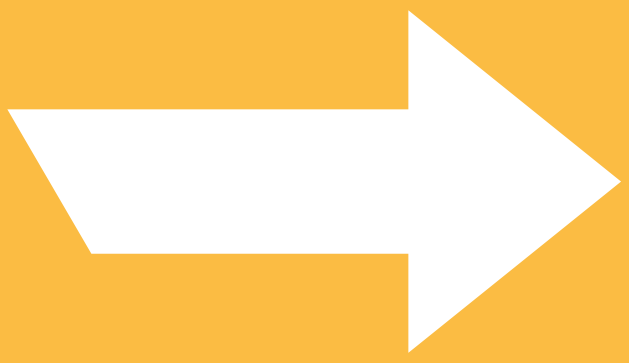
Das Ziegel-Zentrum und der Fachverband Ziegelindustrie nahmen in Absprache politische Termine wahr, besuchten im Rahmen der Kontaktpflege die Mitglieder und nahmen an Veranstaltungen anderer baustoffproduzierender Unternehmen oder Gruppen regelmäßig teil.

zusan

halte

nmen

n



4 | Aus den Ländern

Länder:
Schleswig-Holstein
Hamburg
Bremen
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Hessen
Rheinland-Pfalz
Saarland

Hauptsitz:
Duisburg

Geschäftsstellen:
Hamburg
Hannover
Wiesbaden
Worms

4 | Aus den Ländern

4.1 Schleswig-Holstein/Hamburg

SVEN FISCHER
Landesgruppensprecher
Schleswig-Holstein

Rohstoffsituation in Schleswig-Holstein

Vor dem Hintergrund der Erschließung und Sicherung neuer Standorte für die Rohstoffgewinnung und der damit verbundenen langfristigen Planungssicherheit für die Unternehmen, hat vero mit großer Sorge die anstehenden Veränderungen und Planungen zu raumordnerischen Maßnahmen, insbesondere die Landes- und Regionalplanung und die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, verfolgt.

Aufgrund der sich abzeichnenden Rohstoffverknappung in Schleswig-Holstein wurde auch in 2019 der fachliche und politische Dialog für die Rohstoffsicherung im Vorgriff auf die Novellierung der Regionalen Raumordnungsprogramme noch einmal deutlich forciert.

Das Ergebnis unserer Bemühungen spiegelte sich insbesondere im Wording der novellierten Landschaftsrahmenpläne des Landes Schleswig-Holstein wider, indem erstmals von Seiten der Landesregierung die Aussage getroffen worden ist, dass Rohstoffversorgung ein Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung ist und dass die Rohstoffversorgung mit heimischen Primärrohstoffen von elementarer Bedeutung für die industrielle Wertschöpfungskette in Schleswig-Holstein ist. Weiterhin wurde erstmalig durch unser Intervenieren öffentlich von der Landespolitik geäußert, dass sich bereits regional Verknappungstendenzen für die Rohstoffsicherung abzeichnen und die durchschnittliche Restabbauzeit aller genehmigten Abbauflächen von Kies und Sand bei nur noch 8 Jahren liegt.

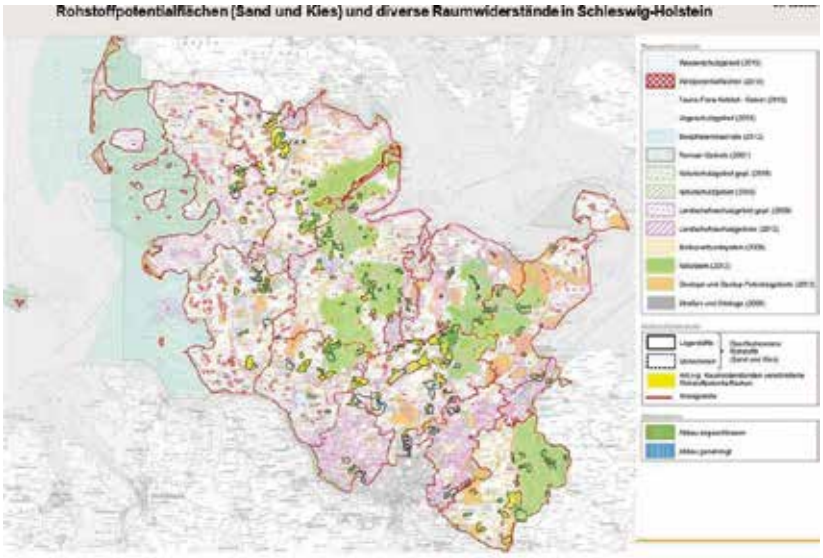
Weiterhin wurde in einer Vielzahl von Stellungnahmen, insbesondere für die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans, mit fachlichen Argumenten und rohstoffwirtschaftlichen Expertisen auf die Belange einer ausreichenden und dezentralen Rohstoffversorgung aufmerksam gemacht.

Es wurde gegenüber der Landesregierung und den zuständigen Stellen nachgewiesen, dass die durch den aktuellen Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Dienstes verifizierten noch bekannten 170 Rohstoffpotentialgebiete für Kies und Sand (siehe nachfolgende Grafik) mit einer Vielzahl von naturschutzfachlichen, wasserwirtschaftlichen und sonstigen Raumwiderstandskriterien überlagert sind.

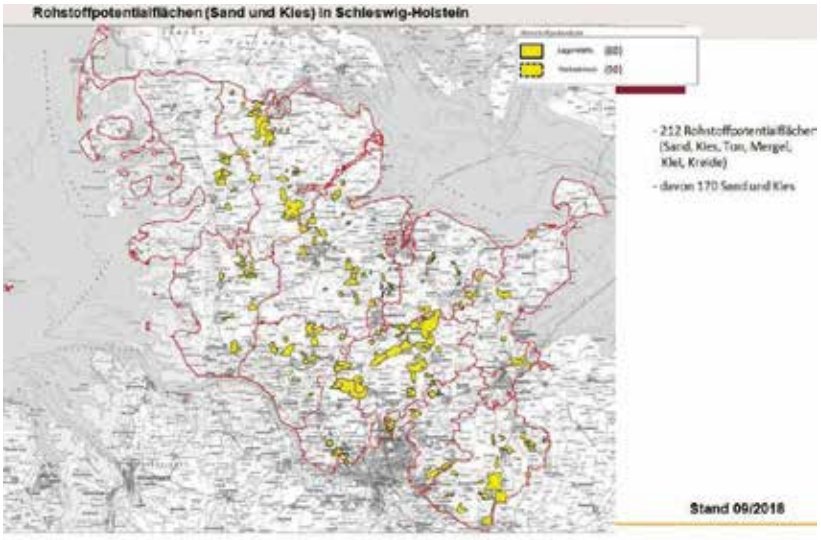
Im Ergebnis führt dies zu einem verbleibenden Anteil freier Fläche ohne jegliche konkurrierende Nutzung von nur noch 32,9 % (ca. 11.840 ha, das entspricht 0,75 % der Landesfläche) bei den Lagerstätten und zu einem Flächenanteil von nur noch 39,3 % (15.770 ha, das entspricht 1 % der Landesfläche) bei den Vorkommen.

Aufbauend auf den Aussagen der Landesregierung und den vorliegenden Fakten ist es durch die intensive Diskussion mit den Fachebenen der jeweiligen Ministerien sowie der Landespolitik ein Verdienst von vero, dass das Thema Rohstoffsicherung in Schleswig-Holstein weiter an Fahrt in der öffentlichen Diskussion aufgenommen hat.

Hierzu fanden eine Reihe von Gesprächen, wie nachfolgend exemplarisch aufgeführt, statt.



Quelle: ALKO GmbH



Quelle: ALKO GmbH

→ **18.02.19** Gespräch mit Herrn Dr. Sönke E. Schulz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, zum Thema: Rohstoffsicherung in Schleswig-Holstein.

→ **24.04.19** Strategiegespräch mit Mitgliedsunternehmen von vero über die weiteren Aktivitäten im zweiten Halbjahr 2019.

→ **04.06.19** Gespräch bei der CDU-Landtagsfraktion „Fachausschuss Innen und Recht" zur aktuellen Entwicklung der Rohstoffverknappung in Schleswig-Holstein.

→ **25.10.19** Persönliches Gespräch mit Herrn Goldschmidt, Staatssekretär im MELUND, zum Thema: Rohstoffsicherung versus Recycling.

→ **29.10.19** Vortrag zur Rohstoffsituation in Schleswig-Holstein auf einer Sitzung des Bau- und Umweltausschusses des schleswig-holsteinischen Landkreistages.

Im Rahmen eines Vortrags vom Geschäftsführer, Herrn Prenzer, und vom Landesvorsitzenden, Herrn Fischer, wurden alle elf Landkreise in Schleswig-Holstein auf die Problematik der Rohstoffverknappung in Schleswig-Holstein aufmerksam gemacht. Nach einer intensiven Diskussion kam der Ausschuss zu dem Beschluss, der Landesregierung vero als „Träger öffentlicher Belange" vorzuschlagen, insbesondere bei der Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten in den jeweiligen Landkreisen.

→ **11.09.19** 44. Tag der Baustoffwirtschaft auf der NordBau Messe Neumünster.

Anlässlich des „44. Tages der Baustoffwirtschaft" in Neumünster konnte der Landesgruppensprecher des Verbandes der Bau- und Rohstoffindustrie e. V. (vero), Herr Sven Fischer, Kieswerk Fischer, Tensfeld, rund 70 Personen aus den Reihen der Mitgliedsunternehmen, sonstigen wirtschaftlichen Vertretungen, Verwaltungen und unserer Partnerverbände begrüßen.

Im Mittelpunkt des 44. Tags der Baustoffwirtschaft standen die umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen im Straßen- und Wegebau des Landes Schleswig-Holsteins und die damit verbundene Frage der Deckung des zukünftigen Rohstoffbedarfs für die schleswig-holsteinische Bauwirtschaft. Herr Fischer informierte in seiner Eröffnungsansprache über die sich regional abzeichnenden, deutlichen Rohstoffverknappungstendenzen von heimischen Rohstoffen. Schon heute müssen große Rohstoffmengen aufgrund von fehlenden Gewinnungsgebieten viele Kilometer durch Schleswig-Holstein gekarrt werden, stellte Herr Fischer fest. Er informierte weiter, dass es zwingende Aufgabe der Landesregierung ist, jetzt die planungsrechtlichen Grundlagen für eine langfristige Rohstoffsicherung in Schleswig-Holstein zu schaffen.

Im Rahmen des ersten Fachvortrags informierte der Direktor des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein, Herr Torsten Conradt aus Kiel, über die aktuellen Verkehrsinfrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein. Herr Conradt führte weiter aus, dass man den erheblichen Sanierungsstau im Landesstraßennetz innerhalb von zehn Jahren abbauen will und hierzu von der Landesregierung jedes Jahr rund 90 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen des zweiten Vortrags äußerten sich Frau Birgit Kosack-Bohl vom Ingenieurbüro ALKO, Kiel, sowie der Geschäftsführer für Schleswig-Holstein von vero, Herr Thomas Prenzer, sehr kritisch über die derzeitig von der schleswig-holsteinischen Landesregierung geplanten Änderungen der planungsrechtlichen Grundlagen wie der Neuaufstellung der Landschaftsrahmenpläne, des Fachbeitrags Rohstoffsicherung und der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans 2018. Sie kamen zu dem gemeinsamen Ergebnis, dass von den rund 170 noch zur Verfügung stehenden Rohstoffpotentialflächen des Landes mehr als die Hälfte mit anderen Nutzungsansprüchen überplant ist und es jetzt Aufgabe der schleswig-holsteinischen Landesregierung ist, endlich zu reagieren und gegenzusteuern, um zukünftig die Gewinnung von heimischen Rohstoffen für die großen Infrastrukturprojekte des Landes zu sichern.

Im letzten Vortrag informierte Herr Stephan Zimmer über aktuelle Entwicklungen des Arbeitsrechts. Herr Zimmer machte in seinen Ausführungen auf die Vielzahl der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie gesetzliche Neuerungen durch aktuelle Fälle und typische Hinweise für Arbeitgeber aufmerksam. Getreu dem Motto „Humor ist, wenn man trotzdem lacht" wurden nützliche Tipps gegeben,

eingebettet in kurzweilige Fallbeispiele, die manchen Zuhörer zum Schmunzeln, aber auch zum Kopfschütteln bewegten.

In seinem abschließenden Resümee stellte der Landesgruppensprecher aus Schleswig-Holstein, Herr Fischer, fest, dass der „Tag der Baustoffwirtschaft" weiterhin die wichtigste Fachveranstaltung im Nordbereich von vero ist und bei allen Beteiligten wieder auf ein äußerst positives Echo gestoßen ist. Die Teilnehmer gingen gut informiert und durch das traditionelle Erbsensuppenessen gestärkt nach Hause bzw. auf den anschließenden, obligatorischen Messerundgang.

→ **September 2019:** Aufgrund der fehlenden dezentralen Rohstoffversorgung und der deutlichen Verknappungstendenzen wurde von vero eine erste CO_2-Berechnung über die Klimawirkung des Imports von Rohstoffen aus dem Ausland gegenüber der Produktion von heimischen Rohstoffen erarbeitet. Im Ergebnis konnte festgehalten werden, dass, wenn zukünftig nur 10 % der rund 17 Mio. t benötigten Rohstoffe aus dem Ausland per Schiff und dann über die Häfen per LKW in das Land gebracht werden müssten, dies zu einer zusätzlichen CO_2-Belastung von 24.000 t pro Jahr führen würde, was rund 20 Mio. zusätzlichen PKW-Kilometern entspricht.

Aufbauend auf dieser ersten Berechnung wurde von Seiten des vero eine Analyse der Klimawirkung des Imports von Kies und Sand nach Schleswig-Holstein durch die Hochschule Pforzheim in Auftrag gegeben.

Ausblick für Schleswig-Holstein

In 2020 soll der Dialog zur Rohstoffsicherung mit den Fachabteilungen der Verwaltungen und der Politik weiter fortgesetzt werden. Im Rahmen eines „Kiesgipfels" im Sommer soll in der politischen Diskussion noch einmal ein besonderer Fokus auf die Bedeutung der Rohstoffversorgung in Schleswig-Holstein mit heimischen Rohstoffen gelegt werden, um dann im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalen Raumordnungsprogramme im Abwägungsprozess eine möglichst große Anzahl von Rohstoffpotentialgebieten in die Regionalpläne für die Rohstoffgewinnung in Schleswig-Holstein für die nächsten 20 Jahre integriert zu bekommen.

4 | Aus den Ländern

4.2 Niedersachsen/Nordwestdeutschland

UVN-Gebäude Hannover

ANDREAS GOEDECKE
Vorsitzender
Landesgruppe
Niedersachsen

vero-Geschäftsstelle in Hannover etabliert

Im November 2019 eröffnete vero eine Niederlassung in Hannover. Das Büro befindet sich im Haus der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN) und ist in der Regel dienstags bis donnerstags von Christian Grolig, vero-Geschäftsführer Rohstoffe und Umwelt, besetzt.

Vorteile ergeben sich durch die vorhandenen Sitzungsräume unterschiedlicher Größe und die räumliche Nähe zu den Mitarbeitern der Geschäftsstelle der UVN, wodurch der Austausch von Informationen und die politische Arbeit erleichtert werden.

Politische Gespräche

Bundestagsabgeordneter besucht Mitgliedsunternehmen an der Weser

Im Rahmen der „Woche der Industrie 2019", in der Besuche von Abgeordneten des Deutschen Bundestages in Industrieunternehmen stattfanden, besuchte der Bundestagsabgeordnete Maik Beermann (CDU) in seinem Wahlkreis auf Einladung des Verbandes das Unternehmen AHE Schaumburger Weserkies in Rinteln. Auf dem Programm stand die Besichtigung des Kieswerks und des neuen Verbundsteinwerks.

Nach einer Vorstellung des Unternehmens und der AHE Unternehmensgruppe durch den Geschäftsführer, Sascha Wagener, stellte Andreas Goedecke, vero-Landesvorsitzender Niedersachsen, den Verband vor. Gemeinsam zeigten sie MdB Beermann die Bedeutung der mineralischen Rohstoffindustrie auf und diskutierten mit ihm über Probleme der Branche, wie etwa die zu lange Genehmigungsdauer.

Besuch MdB Maik Beermann bei Ahe Schaumburger Weserkies, v. l.: Christian Grolig, Andreas Goedecke, MdB Maik Beermann, Holger Döring, Sascha Wagener, Niels Wegener

Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium zur CO_2-Bepreisung

Ende Januar 2020 fand ein Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium am Rande einer Plenarsitzung im niedersächsischen Landtag statt. Themen waren die Rohstoffknappheit, die lange Dauer der Genehmigungsverfahren sowie die kommende CO_2-Bepreisung und Möglichkeiten der Minderung von CO_2-Emissionen. Ein aktuell während dieser Unterredung im Plenum diskutiertes Thema war ein Antrag der Regierungsfraktionen zum Entwurf des Geologie-Daten-Gesetzes im Rahmen der Bundesratsbefassung. Diesbezüglich erläuterte das Wirtschaftsministerium die Sicht der Landesregierung und der Verband nahm die Gelegenheit wahr, die Sicht der Rohstoffindustrie in Bezug auf die vorgesehene Transparenz wichtiger Geologie-Daten zu erläutern.

Anhand von überschlägigen Beispiel-Berechnungen zu CO_2-Emissionen eines kleinen und eines größeren mittelständischen Unternehmens unseres Verbandes wurde dem Wirtschaftsministerium dargelegt, dass erhebliche finanzielle Belastungen ab dem kommenden Jahr auf die Unternehmen unserer Branche zukommen. Angesichts der derzeit noch sehr beschränkten Möglichkeiten zur CO_2-Einsparung, da sowohl die Gewinnung als auch der Transport zu großen Teilen mittels Verbrennungsmotoren erfolgten, hat der Verband für Entlastungen der Branche geworben sowie als Optionen zur CO_2-Emissionsminderung die Nutzung von Photovoltaik auf Baggerseen sowie den vermehrten Transport per Bahn vorgetragen. Diese Vorschläge wurden vom Wirtschaftsministerium aufgenommen und es wurde zugesichert, diese in die politische Diskussion einzubringen.

Über die unverhältnismäßig hohen Kosten, die auf Unternehmen zukommen können, sofern die Vermutung besteht, dass in einer zur Rohstoffgewinnung vorgesehenen Fläche Bodendenkmale vermutet werden, wurde zudem das Wirtschaftsministerium lediglich in Kenntnis gesetzt, da diesbezüglich Gespräche mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur geplant sind.

Dialog mit Umweltministerium

Im August 2019 hatte vero erneut ein Gespräch mit dem niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies, zusammen mit dem NABU-Landesvorsitzenden Dr. Holger Buschmann. Gemeinsame Themen von vero, LWK und NABU waren, dass der Flächenverbrauch reduziert, die Flächennutzung naturschutzfachlich optimiert und die Landwirtschaft entlastet werden soll. Dazu war die (Teil)Verfüllung von Baggerseen mit unbelasteten Böden als ein denkbarer Weg mit dem Ministerium diskutiert worden. Als vorrangiges Ziel solcher Verfüllungen war die anschließende naturschutzfachliche Nutzung so geschaffener Landflächen vorgesehen.

Von links nach rechts: Nico Steudel, Geschäftsführer Rhein-Umschlag GmbH & Co. KG, Raimo Benger, vero-Hauptgeschäftsführer, Dr. Holger Buschmann, Vorsitzender NABU-Landesverband, Umweltminister Olaf Lies, Andreas Goedecke, vero-Landesvorsitzender Niedersachsen, Dirk Wegener, Geschäftsführer Herrmann Wegener GmbH, Christian Grolig, vero-Geschäftsführer

Treffen mit Bündnis 90/Die Grünen

Ein weiteres politisches Gespräch führte der Verband mit zwei Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen Mitte Januar 2020. Dabei standen die wichtigsten Themen auf der Tagesordnung, etwa die Genehmigungssituation, die Rohstoffknappheit und die hohe Nachfrage sowie die mangelnde Flächenverfügbarkeit.

Der Verband wies dabei auf das verantwortungsbewusste Handeln von Mitgliedsunternehmen hin, die zahlreiche Projekte zum Natur- und Artenschutz aktiv unterstützen und sich auch ihrer Verantwortung hinsichtlich des Klimaschutzes stellen, indem Strom aus Photovoltaik-Anlagen zum Betrieb von Anlagen genutzt und Bahnstrecken reaktiviert werden, um die Rohstoffe möglichst energieeffizient zu transportieren. Zudem hob der Verband das Bemühen der Branche, ressourceneffizient zu handeln, im Zusammenhang mit dem Recycling von Baustoffen hervor.

Auch die Zusammenarbeit mit dem NABU-Landesverband, die Kooperationen mit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen und der Stiftung Kulturlandpflege wurden angesprochen.

Veranstaltungen

vero-Bau- und Rohstofftag in Hannover: Reden ist Silber, aber ist Schweigen Gold?
Am Dienstag, 29. Oktober 2019, fand der Bau- und Rohstofftag im Alten Rathaus in Hannover zum Thema „(Krisen-)Kommunikation" statt. Rund 140 Gäste aus den Reihen der Mitgliedsunternehmen, der Politik sowie der Behörden nahmen an der Veranstaltung teil, darunter der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers.

„Man kann nicht nicht kommunizieren", mit diesen Worten eröffnete vero-Präsident Christian Strunk die Veranstaltung. „Immer wieder haben die Medien in den vergangenen Monaten das Thema ‚Rohstoffsituation und Genehmigungsstau' aufgegriffen. Es gab zahlreiche Interviewanfragen und Drehtermine in Ihren Unternehmen. Ebenso gibt es nach wie vor häufig Widerstände in der Bevölkerung gegen geplante Erweiterungen oder Neuerschließungen. Dies stellt uns alle – neben unserer eigentlichen Unternehmensleitungs- und Gewinnungstätigkeit – vor eine gemeinsame Herausforderung: Wir müssen häufiger und noch besser mit Medienvertretern, Kooperationspartnern und Bürgern kommunizieren", so Strunk weiter und leitete über in das Vortragsprogramm.

Den Auftakt machte Dr. Michael Kossakowski, Intelligenz System Transfer GmbH. Er zeigte auf, wie man als Unternehmer in der Bau- und Rohstoffindustrie kommunikativ vorgehen sollte und wie wichtig die frühzeitige Beschreibung des Vorhabens ist.

Von links nach rechts: Raimo Benger, vero-Hauptgeschäftsführer, Andreas Goedecke, vero-Landesvorsitzender Niedersachsen, Reinhold Hilbers, Finanzminister Niedersachsen, Christian Strunk, vero-Präsident

Dr. Michael Kossakowski, Intelligenz System Transfer GmbH

Anschließend stellte Stefanie Micke die Kommunikationsstrategie des Unternehmens Schaefer Kalk GmbH & Co. KG vor und gewährte Einblicke in die kommunikativen Herausforderungen, die dem Unternehmen bei dem Projekt „Aufschluss Steinbruch Hengen" begegnet sind.

Nico Steudel, Rhein-Umschlag GmbH & Co. KG, referierte über die Sand- und Kiesgewinnung in Niedersachsen und stellte Maßnahmen vor, die Konfliktpotentziale hinsichtlich der Flächennutzung minimieren können.

Wie sich die Krisenkommunikation aus Sicht einer Fachbehörde darstellt, zeigte Andreas Sikorski, LBEG, am Nachmittag in seinem Vortrag auf und wies auf die Bedeutung einer vorausschauenden und vorbeugenden Kommunikation zur Vermeidung einer Krise hin.

Den Abschluss des Vortragteils machte Berufspilot und Kommunikationsexperte Peter Brandl. Mit seinem lebendigen Vortrag „Crashkommunikation auf maximaler Flughöhe" gelang es ihm, seine Kernbotschaft zu vermitteln. Diese lautet: Zwischenmenschliche Kommunikation ist unzuverlässig und das Problem ist, wir glauben, sie sei es nicht.

Die Schlussworte des Bau- und Rohstofftages hielt der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers. Er betonte in seiner Ansprache: „Niedersachsen ist ein Rohstoffland und dies soll auch in Zukunft so bleiben. Rohstoffe sind der Anfang von allem und dies gilt es zu kommunizieren." Sein Appell an die Branche lautet: Bleibt im Dialog.

vero-Hauptgeschäftsführer Raimo Benger moderierte die Veranstaltung und führte die Teilnehmer durch das Vortragsprogramm. Sein Fazit: „Kommunikation ist die einfachste und gleichzeitig schwierigste Sache der Welt. Botschaften formulieren, Realitäten ansprechen, Befürchtungen formulieren und Maßnahmen aufzeigen – das sind die kommunikativen Disziplinen, die in einer Krise greifen. Für unsere Mitgliedsunternehmen geht es darum, routinierter mit diesen schwierigen Kommunikationssituationen umgehen zu können. Ich freue mich, dass unser Bau- und Rohstofftag auf dem Weg dahin einen wichtigen Beitrag leisten konnte."

Raimo Benger, vero-Hauptgeschäftsführer, Stefanie Micke, Schaefer Kalk GmbH & Co. KG

Nico Steudel, Rhein-Umschlag GmbH & Co. KG

Andreas Sikorski, LBEG

Peter Brandl

Reinhold Hilbers, Finanzminister Niedersachsen

Der Bau- und Rohstofftag als Film
Impressionen des Bau- und Rohstofftages haben wir für Sie in bewegten Bildern festgehalten.

Link: https://youtu.be/SO1s_b23mEQ

Hintergrund: Bau- und Rohstofftage
vero veranstaltet regelmäßig Bau- und Rohstofftage. Ziel dieses Veranstaltungsformates ist es, neue und branchenrelevante Themen vorzustellen und den fachlichen Austausch der Mitgliedsunternehmen – untereinander, aber auch mit Politikern, Medien und Behördenvertretern – zu ermöglichen und zu fördern.

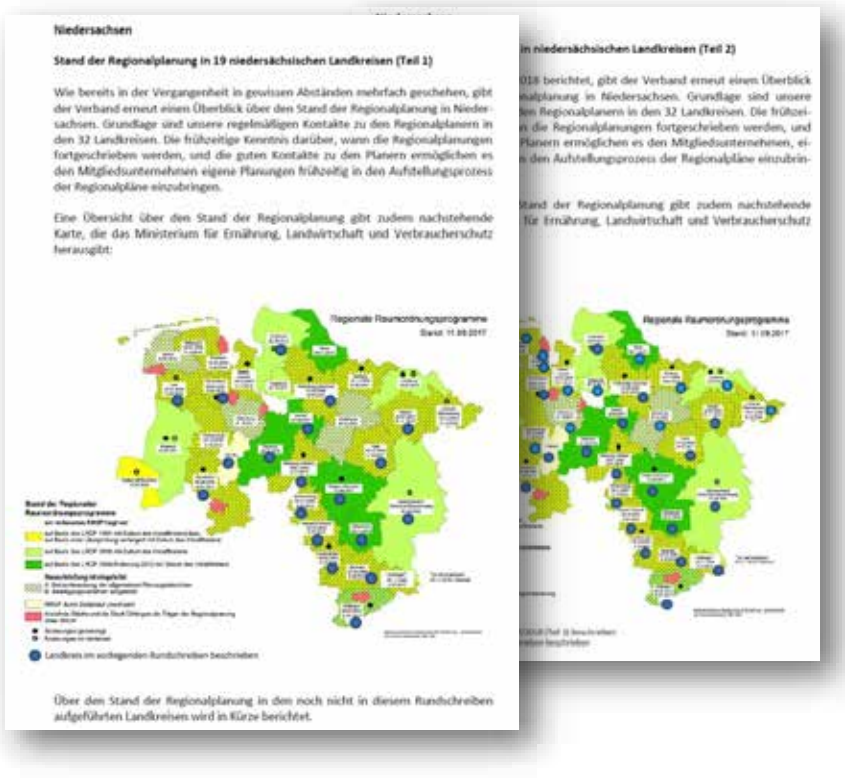
Rohstoffsicherung und Regionalplanung

Wie bereits in den Vorjahren hat der Verband auch im Geschäftsjahr 2019/2020 regelmäßige Updates über den Stand der Regionalen Raumordnungsprogramme erstellt. So wurde im Mai 2019 und erneut im November/Dezember 2019 über den Stand der Regionalplanung mittels Rundschreiben bzw. Newsletter der aktuelle Stand berichtet.

Diese Informationen sind im Hinblick auf Planungen und Genehmigungsanträge zur Erweiterung von Gewinnungsbetrieben von Bedeutung.

Darüber hinaus berichtete der Verband in seinen Rundschreiben/Newslettern fortlaufend über aktuelle Regionalplanänderungen, wie z. B. Teilfortschreibungen oder auch komplette Regionalplan-Neuaufstellungen.

In diesem Zusammenhang bestand für Mitgliedsunternehmen aufgrund der frühzeitigen Information durch den Verband die Möglichkeit, eigene Planungen rechtzeitig einzubringen.



Niedersachsen

Stand der Regionalplanung in 19 niedersächsischen Landkreisen (Teil 1)

Wie bereits in der Vergangenheit in gewissen Abständen mehrfach geschehen, gibt der Verband erneut einen Überblick über den Stand der Regionalplanung in Niedersachsen. Grundlage sind unsere regelmäßigen Kontakte zu den Regionalplanern in den 32 Landkreisen. Die frühzeitige Kenntnis darüber, wann die Regionalplanungen fortgeschrieben werden, und die guten Kontakte zu den Planern ermöglichen es den Mitgliedsunternehmen eigene Planungen frühzeitig in den Aufstellungsprozess der Regionalpläne einzubringen.

Eine Übersicht über den Stand der Regionalplanung gibt zudem nachstehende Karte, die das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz herausgibt:

Über den Stand der Regionalplanung in den noch nicht in diesem Rundschreiben aufgeführten Landkreisen wird in Kürze berichtet.

Gesetzgebungsverfahren

Geologiedatengesetz

Zu dem im Sommer 2019 seitens der Bundesregierung vorgelegten Referentenentwurf zum Geologiedatengesetz (GeolDG) hat der Verband ausführlich Stellung genommen und sich mit anderen Landesverbänden sowie den Bundesverbänden dazu abgestimmt.

Im Winter 2019/2020 wurde dann die Kabinettsfassung vorgelegt, zu der erneut ein enger Austausch mit den Bundesverbänden und anderen Landesverbänden stattfand. Im Zuge der nachfolgenden Beratungen im Bundesrat wie auch im Bundestag informierte der Verband zudem zur Unterstützung der gemeinsamen Position, relevante Landesministerien und Bundestagsabgeordnete über die Haltung der Rohstoffwirtschaft in Bezug auf die strittigen Punkte.

4 | Aus den Ländern

4.3 Nordrhein-Westfalen

FRANZ-BERND KÖSTER
Vorsitzender
Landesgruppe NRW

Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

Regionalplanung
Nach den mittlerweile rechtskräftigen Änderungen des Landesentwicklungsplans NRW bestand eine Anpassungspflicht für alle nachgeordneten Regionalpläne. Den neuen Vorgaben des Landesentwicklungsplans entsprechend, entscheidet nun für jede Region der Regionalrat, ob Bereiche für die Rohstoffgewinnung (BSAB) weiterhin als Konzentrationszonen ausgewiesen werden sollen oder ob hierauf verzichtet wird.

Die Planungsregion Detmold und die Planungsregion Münster (mit Ausnahme des sachlichen Teilplans Kalk) haben sich für die Zukunft gegen Konzentrationszonenplanung entschieden.

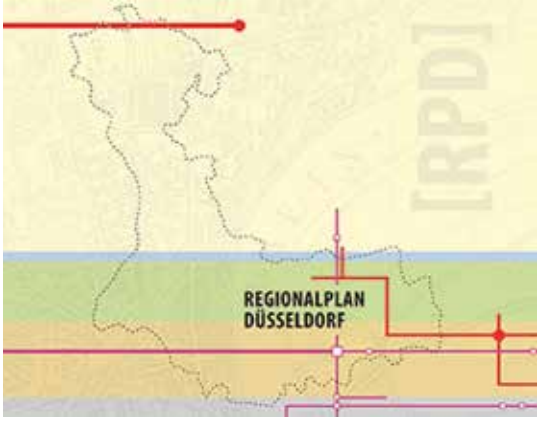
In diesen beiden Planungsregionen findet für die Rohstoffgewinnung demnach keine Ausschlusswirkung außerhalb der festgelegten BSAB statt.

Region Arnsberg:
In Arnsberg wird momentan der Regionalplan für den Bereich Märkischer Kreis/Kreis Olpe/Siegen-Wittgenstein neu aufgestellt. Der Regionalrat hatte sich hier für die Beibehaltung der Konzentrationszonenplanung ausgesprochen. Ein Planentwurf wird Ende des Jahres (2020) erwartet.

Region Detmold:
In Detmold fand eine intensive Befragung der einzelnen Unternehmen und der Kommunen statt. Durch den Verzicht auf die Festlegung von Vorranggebieten mit Eignungswirkung (Konzentrationszonenplanung) bedurfte es keines gesamträumlichen Plankonzepts. Entscheidender Grund für die Abkehr von der Konzentrationszonenplanung war die dezentrale Verteilung der Rohstoffe in der Planungsregion.

Die von den Unternehmen gemeldeten Flächen werden momentan einer Umweltprüfung unterzogen. Mitte des Jahres wird mit dem Planentwurf für diese Region gerechnet.

Region Düsseldorf:
Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, frühzeitig mit den Vorarbeiten für eine Fortschreibung des Rohstoffkapitels des Regionalplans Düsseldorf zu beginnen, hat sich der Regionalrat entschieden, vorerst abzuwarten, bis die Versorgungszeiträume ein Fortschreibungserfordernis nahelegen.



Region Köln:
Für die Planungsregion Köln liegt seit Januar 2020 ein Planentwurf für den Bereich der Lockergesteine vor. Trotz der Beibehaltung der Konzentrationszonenplanung werden mit dem vorliegenden Planentwurf Wege hin zu mehr Flexibilisierung beschritten.

Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Ausweisung von Reservegebieten als Vorranggebieten. Hierdurch wird ein Flächentausch während der Regionalplanlaufzeit ermöglicht, falls bestimmt Flächen nicht verfügbar sind. Darüber hinaus sollen Ausnahmen in den Plan aufgenommen werden, die unter bestimmten Umständen auch die Rohstoffgewinnung in sogenannten Tabubereichen zulassen und so den Willen des Gesetzgebers nach einer Prüfung im Einzelfall umsetzen.

Region Münster:
Nach den jahrelangen Arbeiten am sachlichen Teilplan Kalk werden nun die übrigen Rohstoffgruppen ins Auge gefasst. In einem ersten Fachgespräch, unter anderem mit unserem Verband, wurde der Fahrplan für die Planungsregion grob abgesteckt. So soll voraussichtlich im vierten Quartal 2020 eine Abgrabungskonferenz stattfinden und Ende 2021 ein Erarbeitungsbeschluss gefasst werden.

Regionalverband Ruhr:
Nachdem der 2019 veröffentlichte Planentwurf des Regionalverbandes Ruhr auf breite Ablehnung gestoßen war und eine Vielzahl von Einwendungen nach sich zog, wurde im September mittels Pressemitteilung von Seiten des RVR bekannt, dass aufgrund der Vielzahl der Eingaben und der unzureichenden personellen Ausstattung der Regionalplanung im RVR der Zeitplan für die Aufstellung des Plans angepasst werden müsse. Der Regionalplan Ruhr soll demnach in der ersten Hälfte der neuen Wahlperiode fertiggestellt und verabschiedet werden.

vero hatte unter anderem die Auswahl der Flächen für die Rohstoffgewinnung und die mangelnde Beteiligung der Industrie kritisiert und selber Alternativflächen vorgeschlagen.

In einer Sitzung des Verbandes im Februar 2020 teilte der Regionalplaner des RVR mit, dass künftig eine deutlich größere Dialogbereitschaft bestünde und man daran arbeite, Unternehmen mit geringen Reserven kurzfristig Optionen anzubieten.

Von links nach rechts: Josef Hovenjürgen, MdL und Vorsitzender der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR), Hendrik Wüst, Minister für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Christian Strunk, vero-Präsident, Franz-Bernd Köster, vero-Landesgruppenvorsitzender Nordrhein-Westfalen, Raimo Benger, vero-Hauptgeschäftsführer

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen übernahm die Schirmherrschaft des Bau- und Rohstofftages NRW und hielt den Eröffnungsvortrag.

Veranstaltungen

Bau- und Rohstofftag NRW mit Verkehrsminister Hendrik Wüst

Der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V. (vero) lud am 28. August 2019 zum Bau- und Rohstofftag Nordrhein-Westfalen (NRW) nach Düsseldorf ein. Rund 140 Gäste folgten der Einladung in den Düsseldorfer Industrie-Club.

Die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernahm NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst. In seinem Eröffnungsvortrag ging er inhaltlich auf die Themen Sanierungsbedarf, Investitionsvolumen und Rohstoffbedarf ein: „Für eine bessere und saubere Mobilität wird in Nordrhein-Westfalen so viel investiert wie nie zuvor. Verlässliche Rohstoffverfügbarkeit ist für die notwendigen Rekordinvestitionen in eine bessere Infrastruktur unerlässlich," sagte Verkehrsminister Hendrik Wüst.

Im Fokus der Veranstaltung stand das Thema „Flächennutzung". „Mineralische Rohstoffe sind flächengebunden und Rohstoffgewinnung ist standortgebunden. Genehmigungen für Erweiterungen bestehender Betriebe oder für Neuaufschlüsse auf den geologisch sinnvollen Flächen zu erhalten, ist schwer – mancherorts unmöglich. Die Gründe dafür sind vielschichtig: die unnötige Verschärfung von EU-Richtlinien im Bereich Natur- und Artenschutz, lange Genehmigungsverfahren und Flächenkonkurrenz. Grund genug, dem Thema Flächennutzung diesmal eine eigene Veranstaltung zu widmen." Mit diesen Worten begrüßte Christian Strunk, vero-Präsident, die Teilnehmer.

Vier verschiedene Referenten betrachteten in ihren Vorträgen das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven.

Den Auftakt machte Heiko Krause von der Bezirksregierung Köln. In seinem Vortrag zeigte er den Weg zu einer bestmöglichen Flächennutzung aus Sicht der Regionalplanung auf. Er legte dar, dass die Rohstoffergiebigkeit einer Fläche, Flexibilität bei der Planung und ein kontinuierlicher fachlicher Austausch wichtige Eckpfeiler der Regionalplanung sind.

Im Anschluss stellte Dr. Bernd Lüttgens, Rheinischer Landwirtschafts-Verband e. V., in seinem Vortrag „Ackern unter Flächendruck" die Perspektive der Landwirtschaft auf das Thema „Flächennutzung" vor.

Rohstoffgewinnung und Artenschutz gehen Hand in Hand. Dies machte Britta Franzheim, Quarzwerke GmbH, in ihrem Vortrag deutlich. Sie stellte die vielseitigen Natur- und Artenschutzmaßnahmen des Unternehmens vor und wies auf die guten Erfahrungen hin, die das Unternehmen bei der Umsetzung vieler Maßnahmen mit dem NABU gemacht hat.

Abschließend warf Robèrt van de Laar, Teunesen Sand und Kies GmbH, in seinem Vortrag einen Blick auf die Niederlande und stellte verschiedene integrierte Nachnutzkonzepte vor.

Die Schlussworte hielt vero-Hauptgeschäftsführer Raimo Benger. Er bedankte sich bei den Rednern und Teilnehmern und versicherte, dass man das Thema „Flächennutzung" weiterhin auf allen Ebenen begleiten und im Sinne der Branche vorantreiben werde.

Christan Strunk, vero-Präsident, begrüßt die 140 Teilnehmer im Industrie-Club Düsseldorf e. V.

Die Referenten der Veranstaltung: (v. l. n. r.): Dr. Bernd Lüttgens, Rheinischer Landwirtschafts-Verband e. V., Christian Strunk, vero-Präsident, Britta Franzheim, Quarzwerke GmbH, Raimo Benger, vero-Hauptgeschäftsführer, Robèrt van de Laar, Teunesen Sand und Kies GmbH, und Heiko Krause, Bezirksregierung Köln

Projekte

Mehrwertkonzepte:
Das Thema Mehrwertkonzepte beschäftigt den Verband und die rohstoffgewinnende Industrie seit Jahren. Der Flächendruck und die Flächenkonkurrenz steigen und an einigen Orten schwindet die Akzeptanz für die Rohstoffgewinnung. Mehrwertkonzepte haben den Ansatz, alle wichtigen Stakeholder von der Kommune über die Umweltverbände bis hin zu den einzelnen Bürgern an der Nachnutzung einer Abgrabung teilhaben zu lassen und deren Vorstellungen umzusetzen.

Die Umsetzung solcher Projekte in NRW wird momentan auch verbandsseitig mit einigen Regionalplanern und der Landesplanung intensiv diskutiert. Um das Verständnis für solche Projekte zu fördern, hatte der Verband gemeinsam mit dem Unternehmen Teunesen die Bezirksregierung Köln eingeladen, sich entsprechende Projekte anzuschauen, nachdem im letzten Jahr eine vergleichbare Exkursion mit Teilnehmern der Bezirksregierung Düsseldorf stattgefunden hatte.

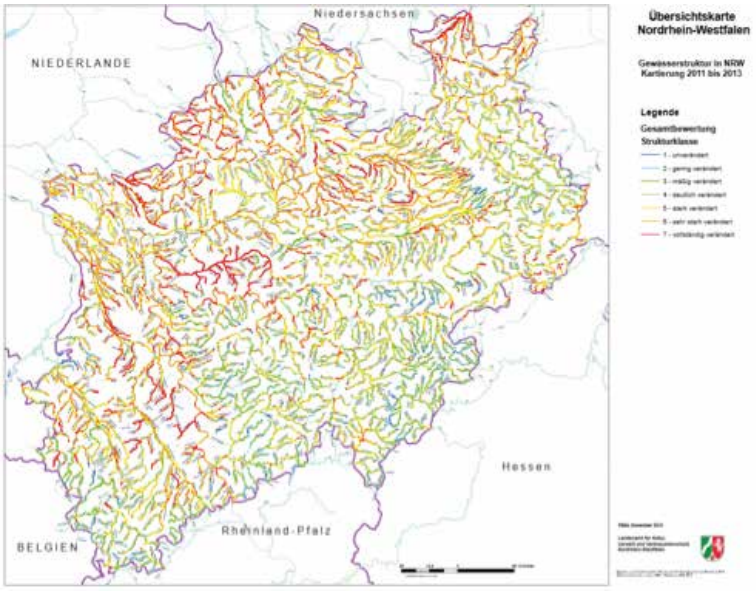
Fortsetzung des Projektes Abgrabungsamphibien
Seit einigen Jahren geben einige Biostationen aus dem Raum Köln, der NABU und vero einen Leitfaden heraus, der Maßnahmen zur Unterstützung von Abgrabungsamphibien in der Rohstoffgewinnung beschreibt. Einige Unternehmen haben sich dem Projekt in den letzten Jahren angeschlossen.

Am 24. April 2020 zeichnete Umweltministerin Dr. Heinen-Esser die Quarzwerke GmbH als erstes Unternehmen für vorbildliches Amphibienmanagement aus.

Rechtliches

Wasserrahmenrichtlinie

Stakeholder-Konferenzen starten auf Landesebene und werden zusammen mit Fachgesprächen und regionalen Konferenzen die Fortschreibung des dritten Bewirtschaftungsplans begleiten. Unter der Leitung des Umweltministeriums (MULNV) werden gemeinsam mit Vertretern der Fachbehörden und Vertretern der Interessengruppen in den kommenden Jahren die zentralen Fragen der Gewässerbewirtschaftung erörtert werden.



Landeswassergesetz (LWG)

Der Koalitionsvertrag greift das novellierte LWG (LWG 2016) auf und fordert eine Korrektur. Exemplarisch nennt er die Regelungen zum Gewässerrandstreifen, Vorkaufsrecht, das Thema Entfristung von Genehmigungen und Berichtspflichten. Er spricht weiter das Bodenschatzgewinnungsverbot in § 35 Absatz 2 LWG an. Die Erschwerungen für den Rohstoffabbau im Wasserbereich sollten wieder zurückgenommen und daher sollte die Einzelfallprüfung für Rohstoffgewinnung in Schutzzone III wieder zugelassen werden. Außerdem verlangt der Koalitionsvertrag Bürokratieabbau und die Beschleunigung von Verfahren.

§ 35
Wasserschutzgebiete
(zu §§ 51, 52 des Wasserhaushaltsgesetzes)

(2) In Wasserschutzgebieten nach § 51 Absatz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes ist die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen verboten. Eine von Satz 1 abweichende Regelung kann in einer Wasserschutzgebiets-verordnung nach Absatz 1 Satz 1 getroffen werden, wenn und soweit der Schutzzweck das Verbot für einen Teil des Wasserschutzgebiets nicht erfordert. § 52 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Wasser-haushaltsgesetzes über die Befreiung von Verboten findet Anwendung.

(3) Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung oder sonstigen behördlichen Zulassung bedürfen, sollen einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften für Wasserschutzgebiete nicht unterworfen werden, wenn schon die anderen Bestimmungen einen hinreichenden Schutz ermöglichen.

Bestattungsgesetz

Zum 1. Januar 2020 ist der § 4 a des Bestattungsgesetzes in Kraft getreten. Der Verband begleitet dieses Gesetzgebungsverfahren seit Jahren intensiv.

In Nordrhein-Westfalen genutzte Grabsteine dürfen danach nicht aufgestellt werden, wenn sie von Kindern hergestellt wurden. § 4 a BestG NRW enthält ein entsprechendes präventives Aufstellungsverbot mit Erlaubnisvorbehalt.

Um das Fehlen von Kinderarbeit zu beweisen, wurde ein staatliches Anerkennungssystem für Zertifizierungsstellen geschaffen.

Leider wurde die Gesetzesänderung zunächst ohne dringend notwendige Handreichung zum Umgang mit dieser Vorschrift und auch ohne eine Regelung zu Altbeständen in Kraft gesetzt. Nach vielen Gesprächen mit dem Gesundheitsministerium NRW liegt nun seit Ende März ein Erlass vor, der Grabsteine, die vor dem 1. Januar 2020 importiert wurden, von der Zertifizierungspflicht ausnimmt.

2 Umgang mit Altmaterial

Der Vollzug des § 4a des Bestattungsgesetzes erfordert eine Klarstellung, inwieweit die Zertifizierungspflicht auch für Grabmäler und Grabeinfassungen aus den Ländern gemäß Länderliste (Runderlass vom 4. September 2018) gelten soll, die nach dem 1. Mai 2015 in das Bundesgebiet eingeführt und aufgestellt worden sind. Natursteine, die vor dem 1. Mai 2015 in das Bundesgebiet eingeführt wurden, sind gemäß § 4a Absatz 3 des Bestattungsgesetzes von der Zertifizierungspflicht ausgenommen.

Natursteine, die vor dem 1. Januar 2020 in das Bundesgebiet eingeführt wurden, werden nicht zertifiziert und können ohne Siegel aufgestellt werden. Es muss jedoch ein Nachweis über den Zeitpunkt der Einfuhr erbracht werden. Dazu können sich Friedhofsträger Lieferscheine, Zollunterlagen, Rechnungen oder Inventarlisten vorlegen lassen. In Ausnahmefällen können auch Eigenerklärungen akzeptiert werden.

4 | Aus den Ländern

4.4 Hessen

CHRISTOPH HAGEMEIER
Vorsitzender
Landesgruppe Hessen

Politische Gespräche

Basierend auf dem Bekenntnis der hessischen Landesregierung zur hessischen Rohstoffindustrie im Koalitionsvertrag, wurden Gespräche mit den Fraktionen des hessischen Landtags geführt: mit Heiko Kasseckert, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, mit Mathias Wagner, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, mit Tobias Eckert, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mit Jürgen Lenders, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, Dimitri Schulz, baupolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, mit Heike Hofmann, Vizepräsidentin des Hessischen Landtags, SPD, mit Lena Arnold, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, und mit Kaya Kinkel, Bündnis 90/Die Grünen.

Ziele der durchweg sehr konstruktiven und guten Gespräche waren, die Bedeutung der regionalen Rohstoffgewinnung für den Klimaschutz zu verdeutlichen, die lange Dauer und die Schwierigkeiten bei Genehmigungsverfahren zu erläutern und die Bedeutung der Rohstoffindustrie für den Naturschutz darzulegen. Allen Gesprächsteilnehmern konnten unsere Positionen deutlich gemacht werden und sie sicherten Unterstützung zu.

Hessische Verfüllrichtlinie

Für die Verwertung stehen in Hessen derzeit ca. 86 aktive oder ehemalige Tagebaue, wie beispielsweise Steinbrüche oder Kies- und Sandgruben, zur Verfügung. Hier können im Rahmen der Wiedernutzbarmachung ungefährliche mineralische Bau- und Abbruchabfälle als Verfüllmaterial verwertet werden. Dies ist seit vielen Jahrzehnten gängige Praxis.

Wie diese ungefährlichen mineralischen Bau- und Abbruchabfälle in Tagebauen und anderen Abgrabungen verwertet werden können, ist unter anderem in der hessischen Verfüllrichtlinie geregelt. Die Richtlinie regelt die Verfahrensweisen von der Anfallstelle bis zur Verwertung, die einzuhaltenden Grenzwerte, je nach Verfüllhorizont und Lage der Tagebaue, und berücksichtigt weitere rechtliche Grundlagen. Die Gültigkeit der hessischen Verfüllrichtlinie endete aber im Dezember 2019. Zuständig für die Novellierung der Richtlinie ist das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

In der Praxis ist zu beobachten, dass die in der Verfüllrichtlinie festgeschriebenen unterschiedlichen Analyseverfahren für die Verfüllungen in Wasserschutzgebieten (WSG) der Zone III und IIIA, Heilquellenschutzgebieten (HQS) der Zonen III und IIIA und außerhalb dieser Bereiche liegende Verfüllbetriebe zu Schwierigkeiten in der Anwendung führen.

Als Folge dieser Regelungen berichten Bauunternehmen – als Kunden der Verfüllbetriebe – von einer uneinheitlichen Praxis, wenn sie Baureststoffe zur Verwertung in unterschiedlichen Anlagen geben wollen. Für die Bauunternehmen bedeuten diese Unterschiede in der Anwendung der Richtlinie zusätzlichen Aufwand und Unsicherheit bei dem Umgang mit mineralischen Bau- und Abbruchabfällen, insbesondere bei unbelastetem Erdaushub.

Die hessische Verfüllrichtlinie muss nach unserer Auffassung ihrem Grundgedanken gerecht werden und auch künftig zulassen, dass insbesondere nicht gefährlicher Erdaushub mit vereinfachter Analytik, aber dennoch rechtssicher, auch in den Bereichen WSG Zone III und IIIA, verwertet werden kann. So wird sichergestellt, dass die Verfüllbetriebe – als Anwender der Richtlinie – sowie deren Kunden, z. B. anliefernde Bauunternehmer und Stadtwerke, in der täglichen Praxis unkompliziert und rechtssicher handeln können, Engpässe vermieden und bessere ortsnahe Verwertungen ermöglicht werden.

Folgende Maßnahmen, die wir dem zuständigen Ministerium mitteilten, müssen aus unserer Sicht bei der Novellierung der Richtlinie berücksichtigt werden:

- Vereinfachungen bei der Verwertung nicht gefährlicher Böden, besonders auch in Wasserschutzgebieten (WSG) und Heilquellenschutzgebieten (HQS)
- Aufnahme einer Regelung zur Annahme von Kleinmengen in WSG Zone III und IIIA

- Festlegung einheitlicher und möglichst einfacher Analyseverfahren für den mittleren Verfüllbereich (ohne Unterscheidung der WSG-Zonen), die Grenzwerte können dabei durchaus variieren
- Vereinfachung der Dokumentationspflicht und einheitliche Umsetzung der Überwachung durch die unterschiedlichen, genehmigenden Behörden
- Synchronisation der vorhandenen hessischen Regelungen, insbesondere die Harmonisierung des Merkblatts „Entsorgung von Bauabfällen" und der Verfüllrichtlinie
- Einbeziehung von Verbänden und Unternehmen bei der Novellierung
- Im Anschluss an die Novellierung: Durchführung regelmäßiger Dialogforen zur hessischen Verfüllrichtlinie mit Beteiligung der relevanten Akteure aus Unternehmen, Umweltministerium, Wirtschaftsministerium, Regierungspräsidien, kommunalen Ver- und Entsorgungsbetrieben, Wirtschaftsverbänden und Kammern

Auf unsere Initiative hin hat das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im hessischen Staatsanzeiger vom 25.11.2019 mitgeteilt, dass die Geltungsdauer der hessischen Verfüllrichtlinie um ein Jahr verlängert wird. Sie ist nun bis zum 31.12.2020 gültig.

Um unseren Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, haben sich elf Verbände und vero zusammengeschlossen. Diese Verbändeinitiative „Gemeinsame Position zur Novellierung der hessischen Verfüllrichtlinie" hat die Forderungen an die Landesregierung herangetragen. Die gemeinsamen Forderungen sind deckungsgleich mit den vero-Forderungen.

Oberstes Ziel ist die Beteiligung der Verbände im laufenden Revisionsprozess zur Wiedereinrichtung des Dialogforums, um eine praxistaugliche Überarbeitung zu erreichen.

IHK-Branchendialog Rohstoffwirtschaft

Am 14. Oktober 2019 fand der achte IHK-Branchendialog Rohstoffwirtschaft bei der IHK Limburg statt, bei dem sich Unternehmer sowie Vertreter aus Behörden und Verbänden zu den Fragen der Planungs- und Investitionssicherheit austauschten.

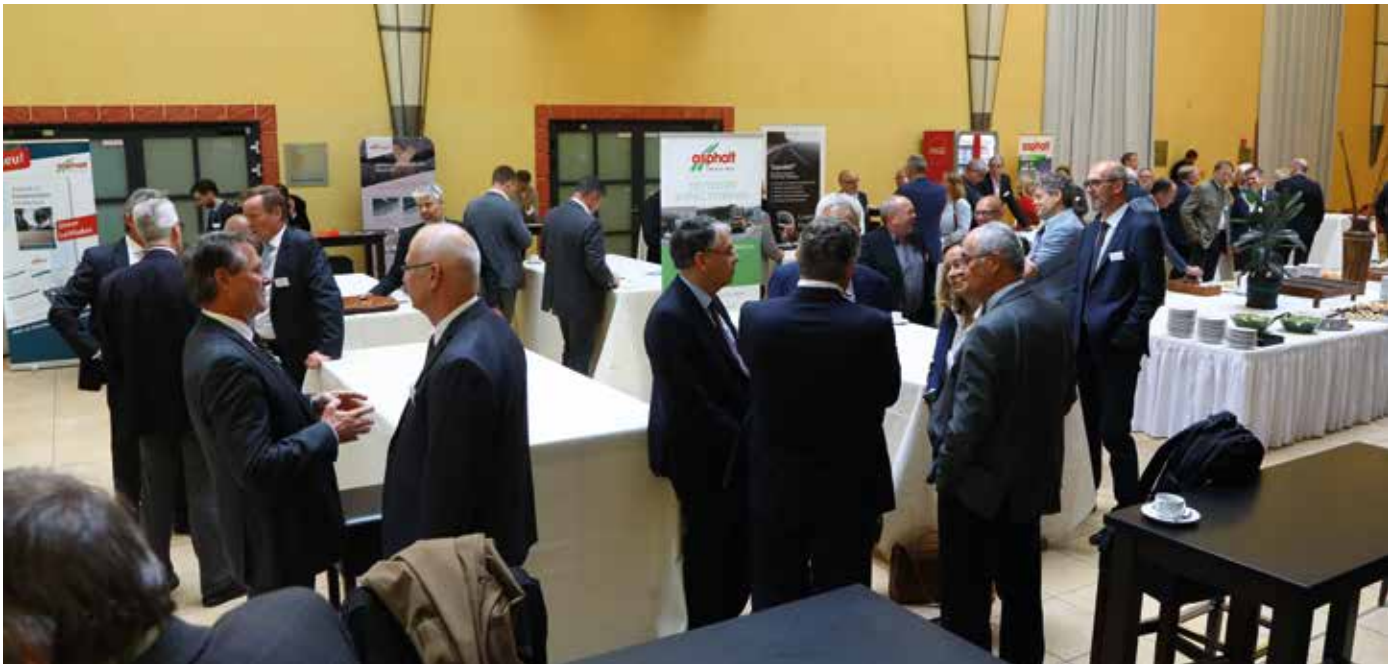
RA Dr. Andreas Dazert von der Kanzlei Martini Mogg Vogt Partner GmbB beleuchtete in seinem Vortrag die rechtliche Seite. Er sah die Planungs- und Investitionssicherheit zunehmend gefährdet wegen immer komplexerer Genehmigungsverfahren und EU-Anforderungen, eines weitreichenden Klagerechts der Umweltverbände und behördlicher Fehler in Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dies könne dazu führen, dass bereits seit Jahrzehnten geplante Vorhaben durch neue Anforderungen verzögert oder undurchführbar würden.

Einen Einblick in die Unternehmenspraxis gab Florian Goerg von der GOERG & SCHNEIDER GmbH u. Co. KG aus Boden. Er betonte die Wichtigkeit der Wirtschaftlichkeitsberechnung, da sich Abbauvorhaben über 35 Jahre hinstreckten und der Rückfluss der Investitionen erst in der Abbauphase geschehe. Investitionssicherheit sei wegen der gestiegenen Komplexität und Anforderungen an die Unternehmen zunehmend schwierig und das finanzielle Risiko steige. Wichtig sei es zudem, durch eine gute Zielgruppenansprache zur Erhaltung der Akzeptanz beizutragen. Er verwies dazu auf die Social-Media-Kampagne seines Unternehmens.

In der abschließenden Diskussionsrunde mit Vertretern der Verbände und der Fachreferate der zuständigen Ministerien wurde deutlich, dass das geplante Geologiedatengesetz umfangreiche Datenübermittlungen seitens der Unternehmen zur Folge hätte. Die Anwesenden waren sich einig, dass die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Gesetzgebungsverfahren deutlich stärker einfließen müsse.

Straßenbautag der Länder Hessen, Bayern und Thüringen

Der fünfte Straßenbautag der Länder Hessen, Bayern und Thüringen fand am 12. September 2019 im ESPERANTO Kongress- und Kulturzentrum in Fulda statt. vero unterstützte auch in diesem Jahr den Straßenbautag. Als Hauptredner konnte Stephan Krenz, Geschäftsführer der Autobahn GmbH des Bundes, gewonnen werden, der zum Thema „Neue Wege gehen – Planen und Bauen für die Autobahn GmbH" referierte. Stefan Schmidmeyer, Geschäftsführer Baustoff Recycling Bayern e. V., sprach zum Thema „Intelligenter Umgang mit Bodenaushub". Als weitere Referenten konnten Prof. Dr. Wolfgang Ewer zu „Planungsbeschleunigung für Erhalt und Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur – Was geht und was geht nicht?" sowie Univ. Prof. Dr. Dipl.-Ing. Guido Morgenthal zu „Was bringt die Zukunft? – Digitale Technologien für die effiziente Erhaltung von Verkehrsinfrastruktur" gewonnen werden.



4 | Aus den Ländern

4.5 Rheinland-Pfalz

THILO JUCHEM
Vorsitzender
Landesgruppe
Rheinland-Pfalz

Sozialer Dialog

Erstmals fand der „Soziale Dialog Rheinland-Pfalz" in einem Steinbruch, im Quarzitsteinbruch in Taben-Rodt, statt.

Basierend auf den negativen Erfahrungen in der Planungsgemeinschaft Trier, in der die Rohstoffgewinnung bis heute im Landkreis Vulkaneifel nur negativ diskutiert wird, und der beginnenden Rohstoffverknappung in einzelnen Bereichen (Basalt Planungsregion Mittelrhein-Westerwald und leichter Lava in den Planungsregionen Trier und Mittelrhein-Westerwald) wurde in dieser Runde die Rohstoffstrategie der Bundesregierung, die Mitte Januar beschlossen wurde, diskutiert. Darin enthalten sind insgesamt 17 Maßnahmen, die Unternehmen bei einer sicheren, verantwortungsvollen und der Nachhaltigkeit verpflichteten Rohstoffversorgung unterstützen sollen. Die Umsetzung auf Länderebene steht noch aus. Alle Teilnehmer des Sozialen Dialogs sprachen sich dafür aus, dass eine regionale Rohstoffgewinnung in Zeiten des Klimawandels hohe Bedeutung erfährt und auch für Rheinland-Pfalz eine solche Rohstoffstrategie entwickelt werden muss. Gemeinsam will man sich bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung dafür einsetzen, dass eine solche Strategie kurzfristig und im Dialog entwickelt wird.

Als ebenso wichtiges Thema wurde die „Folgenutzung" diskutiert, bei der die Wiederaufforstung immer noch im Vordergrund steht. Gefordert werden flexible Prozesse, die mit den Veränderungen des Steinbruchs einhergehen.

Anschließend fand eine Führung durch den Quarzitsteinbruch unter der Führung von Geschäftsführer Max Pescher statt. In dem mit modernster Anlagentechnik ausgestatteten Hartsteinwerk werden aus Quarzit Edelsplitte und Edelbrechsande als hochwertige Zuschlagstoffe für den Straßenbau, Gleisschotter, Baustoffgemische und Wasserbausteine gewonnen.

PLANUNGSGEMEINSCHAFT RHEINHESSEN-NAHE

Regionalplanung
Region Rheinhessen-Nahe

In der Region Rheinhessen-Nahe wurde in der zweiten Jahreshälfte 2019 ein zweites Anhörungs- und Beteiligungsverfahren zur zweiten Teilfortschreibung für die Sachgebiete Siedlungsentwicklung und -struktur sowie für die Rohstoffsicherung durchgeführt. Grund für eine zweite Offenlage des Kapitels Rohstoffsicherung sind unter anderem Anpassungen im Bereich Worms, der in zwei Planungsgemeinschaften (Rheinhessen-Nahe und Verband Region Rhein-Neckar) liegt. Hierfür dürfen nun, anders als bisher, keine unterschiedlichen Regelungen mehr getroffen werden. Darüber hinaus können neuerdings Vorranggebiete, die unmittelbar an FFH-Gebiete angrenzen, nur als Vorranggebiete ausgewiesen werden, wenn eine Verträglichkeitsprüfung nach § 36 Satz 2 i. V. m. § 34 Absatz 2 BNatSchG vorliegt. Liegt diese nicht vor, sind sie als Vorbehaltsgebiet auszuweisen. Dies hat seine Gründe im Umgebungs-/Abstandsschutz. Davon betroffen sind Vorranggebiete mit einer Gesamtgröße von 150 ha.

Dieser Rückstufung haben wir in unserer Stellungnahme entschieden widersprochen. Im Pilotprojekt „Nachhaltiges Rohstoffsicherungskonzept" wurde im Vorfeld der Aufstellung des Regionalplanes ein umfangreicher Kriterienkatalog erarbeitet, bei dem die Nähe/direkte Angrenzung an ein Natura-2000-Gebiet nicht als Ausschlusskriterium für die Ausweisung als Vorranggebiete eingestuft wurde. Gleichzeitig wurden für die wegfallenden Vorranggebiete keine Ersatzvorranggebiete vorgeschlagen, sodass über die Laufzeit des Regionalplanes die Bedarfsdeckung gefährdet ist.

Wir haben diese Thematik auch in den Arbeitskreis Rohstoffwirtschaft gebracht und diskutiert. Dem Arbeitskreis gehören die in Rheinland-Pfalz tätigen Rohstoffverbände an, sowie die Referenten des Fachreferates Geologie und Bergbau (Wirtschaftsministerium) und Landesplanung (Innenministerium) und Vertreter des Landesamtes für Geologie und Bergbau. Diese Vorgehensweise wird von allen Mitgliedern des Arbeitskreises abgelehnt und gegenüber der Planungsgemeinschaft in eigenen Stellungnahmen erläutert. Derzeit werden die Stellungnahmen noch ausgewertet.

PLANUNGSGEMEINSCHAFT REGION TRIER

Region Trier

Der von vero und den Unternehmen gemeinsam erarbeitete Kompromissvorschlag, der vorsieht, bereits genehmigte Flächen mittelfristig zu Gunsten anderer Abbaugebiete aufzugeben, um insgesamt für die Unternehmen ausreichende Gebiete mit möglichst wenig Umweltwirkungen in Anspruch zu nehmen, wurde von der Planungsgemeinschaft mitgetragen und der Aufstellungsbeschluss für die Neufassung des Kapitels Rohstoffsicherung beschlossen.

Inzwischen hat sich der neue Kreistag des Vulkaneifelkreises (nach der Kommunalwahl im Mai 2019) dazu verpflichtet, ein Kreisentwicklungskonzept zu erstellen, das an die Rohstoffsicherung zwei Forderungen enthält, die wesentliche Einschränkungen für die Rohstoffgewinnung bedeuten: Erstens sollen alle Flächen, die weder Vorrang- noch Vorbehaltsgebiet sind, als Ausschlussflächen kategorisiert werden und zweitens soll der „Raum mit besonderem Koordinierungsbedarf" auf den gesamten Landkreis Vulkaneifel ausgedehnt werden. Gespräche mit dem Landrat wurden geführt und die Fraktionsvorsitzenden des Kreistags angeschrieben und darüber informiert, dass an eine Ausschlusskulisse gewisse Forderungen geknüpft sind, nämlich die Ausweisung auskömmlicher Vorranggebiete für die Rohstoffgewinnung.

Mit dem Entwurf für die zweite Offenlage des Regionalplans wird frühestens Ende 2020/Anfang 2021 gerechnet.

SWR 4 Klartext „Eifelvulkane: Gesteinsabbau gegen Naturschutz“

Am 17. September 2019 sendete der SWR 4 zwei Stunden live aus dem Atrium des Hotels Augustiner Kloster in Hillesheim eine Diskussion mit fachlich besetztem Podium und Publikum. Zu den Podiumsgästen gehörten Resi Schmitz (Interessengemeinschaft Eifelvulkane), Dr. Elisabeth Tressel (Fachbereich Raum- und Umweltwissenschaften der Universität Trier), Raimo Benger (Hauptgeschäftsführer vero), Dietmar Johnen (Bündnis 90/Die Grünen, Verbandsgemeinderat der VG Gerolstein), Günther Schartz (Landrat und Vorsitzender der Planungsgemeinschaft Region Trier) sowie der Moderator Thomas Meyer.

Es war eine spannende Diskussion um den gefundenen Kompromiss und die Rohstoffgewinnung in der Vulkaneifel.

Rohstoffbericht 2021 Rheinland-Pfalz
Etwa alle fünf Jahre wird der Rohstoffbericht Rheinland-Pfalz aktualisiert. Neben der Veröffentlichung der aktuellen rohstoffbezogenen Daten sind das Hauptthema des Berichtes, der noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll, die gesetzlichen Rahmenbedingungen bei Bergbauprojekten und daraus resultierende politische Handlungsfelder.

Geologiedatengesetz
Hintergrund dieses Gesetzentwurfes ist, eine Transparenz bei den Behörden über die vorliegenden und zukünftig erhobenen Geologiedaten zu schaffen und diese zu nutzen. Dies auch, um eine geordnete Suche nach einem Standort für ein Atommüllendlager sicherzustellen, was wir grundsätzlich begrüßen. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht leider viel zu weitgehende Übermittlungs- und Veröffentlichungspflichten für Geologiedaten vor und geht damit weit über den für eine Endlagersuche erforderlichen Umfang hinaus. Die Exploration, Analyse und Auswertung der Bohrdaten sind nicht nur kostenintensiv, sondern erfordern ein branchenbezogenes Know-how. Privat erhobene Geologiedaten sind maßgeblicher Bestandteil der Wertschöpfungskette der erhebenden Unternehmen, die mit den Bohrungen wirtschaftliche Risiken eingehen. Werden diese Daten, die für eine Endlagersuche von vornherein nicht in Betracht kommen, nach einer festgelegten Zeitspanne veröffentlicht, greift dies direkt in die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ein. Dritten würde ohne eigenes wirtschaftliches Risiko Zugang zu den Daten gewährt. Die durch eigene geologische Untersuchungen und Bohrungen gewonnenen Geologiedaten sind Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der jeweiligen Unternehmen. Diese Daten sind das Kapital und Tafelsilber der heimischen rohstoffgewinnenden Industrie. Aus ihnen lassen sich Unternehmensstrategien, Preisgestaltungen und Kostenstrukturen herauslesen.

Die viel zu weit gehenden Veröffentlichungspflichten benachteiligen innovative Unternehmen der Steine-und-Erden-Industrie, die geologische Daten mit erheblichem finanziellen Aufwand erheben, massiv gegenüber ihren in- und ausländischen Wettbewerbern, die diese Bohrungen nicht selbst vornehmen, aber die veröffentlichten Daten nutzen können. Weiter käme es infolge des Gesetzentwurfs zu einer bürokratischen Mehrbelastung der Unternehmen.

Daten in einer Tiefe von weniger als 100 Metern sind für eine Endlagersuche nutzlos. Daher forderten wir dringend, diese nicht zu veröffentlichen. Wir haben verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Gesetzentwurf, da er in die Eigentumsrechte der Unternehmen massiv eingreift und dieser Eingriff auch nicht für die Endlagersuche erforderlich und geboten ist. In einer breit angelegten Kampagne unterrichteten wir die Ministerien und Bundestagsabgeordneten in den vero-Ländern, um eine Änderung bei der Veröffentlichungspflicht der Daten zu erwirken. Diese Argumente wurden auch bei der Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Bundestages am 9. März 2020 vorgetragen.

Eine Gesetzesänderung wird es wohl nicht geben, möglicherweise kommt es in diesem Zusammenhang aber zu einer Installation eines Vertrauensgremiums, dem die Daten voll zugänglich sein sollen und das dann über die Veröffentlichung der Daten entscheidet. Eine „Geringfügigkeitsschwelle 100 Meter" bzw. die „Herausnahme bestimmter Branchen aus dem Anwendungsbereich bis zu einer bestimmten Tiefe" wird wohl den Ländern überlassen werde.

4 | Aus den Ländern

4.6 Saarland

Infoveranstaltung in Ramstein

Am 3. März 2020 fand in Ramstein eine Infoveranstaltung statt. Hier wurde das Thema „Rohstoffsituation in Rheinland-Pfalz und dem Saarland – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten" gemeinsam mit Unternehmern vor Ort betrachtet und diskutiert. Als Ergebnis wird vero aktiv eine Fortschreibung des Landesentwicklungsplans (LEP) fordern und rechtlich prüfen, ob Fristen für die Fortschreibung des LEP bestehen.

kom
zi

muni
ieren

5 | Aus der Arbeit des Verbandes

5.1 Tarif-, Arbeits- und Sozialpolitik

Auch in diesem Berichtsjahr standen Tarifverhandlungen an, wenn auch nicht in allen fachlichen Geltungsbereichen bzw. Tarifgebieten.

Naturstein- und Naturwerksteinindustrie
In den Tarifgebieten Nord und NRW wurden in 2019 jeweils Verhandlungen über einen neuen Entgelttarifvertrag (ETV) sowie über die Thematik „Praktikanten und geringfügig Beschäftigte im Geltungsbereich" geführt. In beiden Tarifgebieten kam eine Einigung zustande, die auch die vorgenannte Thematik umfasste. 2020 ist daher nicht mit Verhandlungen zu rechnen.

Im Tarifgebiet Rheinland-Pfalz/Saarland wurde 2018 ein neuer ETV mit nominell 23-monatiger Laufzeit bis 30.6.2020 geschlossen, wirtschaftlich beträgt die Laufzeit 25 Monate (01.06.2018–30.06.2020). In 2020 ist daher mit Verhandlungen zu rechnen. Es muss davon ausgegangen werden, dass 2020 auch in diesem Tarifgebiet die Thematik „Praktikanten und geringfügig Beschäftigte im Geltungsbereich" seitens der Gewerkschaft thematisiert wird. Verhandlungstermine sind noch nicht vereinbart worden (Stand 10.3.2020).

Kies-, Sand-, Mörtel-, Recycling-Baustoff- und Transportbetonindustrie
Im Jahre 2018 wurden im Tarifgebiet Nord Lohntarifverhandlungen und im Tarifgebiet NRW Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen geführt; es kamen Abschlüsse mit einer Laufzeit von 24 Monaten zustande.

Für 2020 ist daher wieder mit Lohntarifverhandlungen bzw. Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen in diesen Tarifgebieten zu rechnen. Verhandlungstermine sind noch nicht vereinbart worden (Stand 10.3.2020).

Beton- und Fertigteilindustrie NRW
Vor dem Hintergrund der Mitte 2019 noch ungeklärten Thematik „TVZN", deren etwaige finanzielle Folgen nicht abschließend beurteilt werden konnten, wurde bei den Entgelttarifvertragsverhandlungen in 2019 ein neuer ETV mit einer Laufzeit von zwölf Monaten vereinbart (Laufzeit bis 30.6.2020).

Nachdem im Oktober 2019 nach diversen Vorbereitungstätigkeiten inkl. Abstimmungssitzungen im Rahmen von mehreren intensiven Verhandlungsrunden mit der IG BAU auch ein Abschluss bezüglich der extrem komplexen Thematik „TVZN" zustande kam, in dessen Rahmen eine dauerhafte Beitragserhöhung vermieden werden konnte, wurde noch in 2019 das Unterschriftenverfahren beendet und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung beantragt. Der Tarifausschuss beim BMAS hat am 26.2.2020 über den Antrag befunden. Einer Veröffentlichung einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung im Bundesanzeiger wird derzeit (Stand 10.3.2020) entgegengesehen.

Wegen der o. g. Laufzeit des ETV bis 30.6.2020 ist in 2020 wieder mit Entgelttarifverhandlungen zu rechnen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich (Stand 10.3.2020) Anfang/Mitte Juni 2020 beginnen.

Rheinstromkiesbaggereien
In 2018 wurde ein Tarifabschluss mit einer Laufzeit von 24 Monaten vereinbart. Aus diesem Grund ist 2020 mit Verhandlungen zu rechnen. Verhandlungstermine sind noch nicht vereinbart worden (Stand 10.3.2020).

Ziegelindustrie
Ende 2018 wurden sowohl im Tarifgebiet des Fachverbands Ziegelindustrie Nord e.V. als auch im Tarifgebiet des Fachverbands Ziegelindustrie Nordwest e.V. Entgelttarifverträge mit einer Laufzeit bis 31.10.2020 geschlossen. Es ist daher davon auszugehen, dass Ende des Jahres 2020 entsprechende Verhandlungen zu führen sein werden. Verhandlungstermine sind noch nicht vereinbart worden (Stand 10.3.2020).

Tarifpolitische Reformen
Auch in diesem Berichtsjahr wurden in der Ziegelindustrie die Gespräche über eine Veränderung des gewerkschaftsseitig bereits vor Jahren gekündigten Entgeltrahmentarifvertrages fortgesetzt.

Es ist davon auszugehen, dass auch in den kommenden Monaten diesbezüglich weitere Gespräche zu führen sein werden. Gesprächstermine sind für Ende April 2020 und Anfang Juni 2020 vereinbart (Stand 10.3.2020).

Witterungsbedingte Kündigungen/Saisonschluss
Witterungsbedingte Kündigungen bzw. der Saisonschluss können zu einer sehr kurzfristigen Beendigung von Arbeitsverhältnissen führen. Diese in den a-vero-Tarifverträgen bzw. Tarifverträgen der Ziegelindustrie Bund (ausgenommen Bayern) niedergelegten Möglichkeiten erhöhen die Flexibilität für die Mitgliedsunternehmen in großem Umfang und sind eine wertvolle Gestaltungsmöglichkeit.

5.2 Arbeits- und sozialrechtliche Beratung/Vertretung

Auch im Berichtsjahr wurden die Beratungs- und Vertretungsleistungen des Verbandes wieder in großem Umfang nachgefragt. In einer Vielzahl von einzelnen/individuellen Anfragen wurden Auskünfte gegeben, Musterverträge und -texte gestaltet, gerichtliche und außergerichtliche Streitigkeiten ausgetragen und vieles mehr.

Häufig waren folgende Themenkreise Gegenstand der Anfragen/Beratungen:

- Prüfung und Beratung zur individuellen Gestaltung von Verträgen und Betriebsvereinbarungen
- Arbeitszeitgesetz
- Abmahnungen und „Vorbereitung" von Kündigungen
- Lohnabtretung und -pfändung
- Vergütungsfragen
- Gerichtliche Vertretung, insbesondere Vergütungsklagen und Kündigungsschutzverfahren
- Beendigung von Arbeitsverhältnissen
- Musterverträge/Musterformulare/Mustertexte; diese wurden und werden regelmäßig bei gegebenem Anlass aktualisiert und insbesondere an aktuelle Rechtsprechung und neue gesetzgeberische Vorgaben angepasst
- Regelmäßige Informationen in Newslettern, zuvor in Rundschreiben

Besonders hervorzuheben ist, dass die für den Bereich des „Bauhauptgewerbes" zuständige SOKA-BAU (Anmerkung: Nicht gemeint ist insoweit das Handeln der SOKA-BAU in Bezug auf das Betonsteingewerbe NRW) im Berichtsjahr sehr „aktiv" war und viele entsprechende Anfragen in der Geschäftsstelle eingingen. Regelmäßig konnten, insbesondere durch die Einschaltung des Verbandes bzw. wegen der Verbandsmitgliedschaft, Erfolge für die Mitgliedsunternehmen erreicht werden.

5.3 Veranstaltungen/Vorträge/Sonstiges im Bereich Arbeits- und Tarifrecht

Vortrag auf der Messe NORDBAU
Zwar ist derzeit (Stand 10.3.2020) noch nicht abschließend vorhersagbar, ob bzw. ggf. in welchem Umfang das Thema „Coronavirus" Auswirkungen im Bereich des Arbeitsrechts bzw. Sozialversicherungsrechts haben wird. Allerdings ist bereits jetzt (Stand 10.3.2020) feststellbar, dass die Anfragen zu diesem Thema zunehmen.

5.4 Technik

Bauproduktenverordnung – EU-BauPVO
Die europäische Bauproduktenverordnung (EU-BauPVO) wurde 2013 mit der Zielsetzung eingeführt, Hindernisse im Binnenmarkt für Bauprodukte abzubauen. Ende 2019 hat die EU-Kommission (KOM) eine zusammenfassende Bewertung zur Wirksamkeit der EU-BauPVO vorgelegt und dabei die wesentlichen Schwachstellen offengelegt. Im Zusammenhang mit dem von der neuen KOM vorgestellten „Green Deal" ist eine Überarbeitung der EU-BauPVO damit höchstwahrscheinlich. Nach dem Willen der KOM soll ein wesentlicher Schwerpunkt auf das Thema Nachhaltigkeit gelegt werden.

Neben einer möglichen Überarbeitung der EU-BauPVO stellt die KOM weitergehende Überlegungen zu einer möglichen neuen Aufgabenverteilung zwischen EU-Kommission, den Mitgliedsstaaten und dem europäischen Normungsinstitut CEN an. Nach Vorstellungen der KOM wäre eine Option, dass die sogenannten wesentlichen Merkmale – nach Zuarbeit durch die Mitgliedsstaaten – durch die KOM selbst festgelegt werden und das CEN nur noch für zusätzliche (nicht wesentliche) Produkteigenschaften zuständig wäre. Die klassischen Produktnormen wären damit hinfällig, das bisherige Mitspracherecht der Industrie als wesentlich von der Normung betroffenem Marktteilnehmer gefährdet – dies kann aus Sicht der Industrie grundsätzlich nur abgelehnt werden.

Gesteinskörnungen – europäische Normung und nationale Umsetzung

Die Überarbeitung der europäischen Produktnormen für Gesteinskörnungen schreitet voran. Dabei stehen weniger technische Inhalte im Fokus als die Einhaltung formaljuristischer Kriterien der EU-Kommission. Der Teufel liegt dabei im Detail – die technischen Gremien des CEN suchen nach Lösungen für scheinbar unlösbare Vorgaben der EU-Kommission.

Zwischenzeitlich wurde entschieden, im Laufe der Revision die vier „Kies-Splitt-Normen" (Gesteinskörnungen für Beton, Mörtel, Asphalt und ungebundene/hydraulisch gebundene Schichten) zu einer Norm zusammenzufassen, die neben den Normen für Wasserbausteine und Gleisschotter stehen wird. Um den strengen Vorgaben der EU-Kommission entsprechen zu können, werden die Normen darüber hinaus je Anwendungsbereich in zwei Teile geteilt. Teil eins der Normen wird ausschließlich den Inhalt für die juristisch korrekte Erstellung der Leistungserklärung und CE-Kennzeichnung enthalten. Als harmonisierter Normenteil wird dieser weiterhin der Bewertung der EU-Kommission unterliegen. In einem nicht harmonisierten Teil zwei der Normen werden weitere für die Praxis relevante Informationen untergebracht, die aus dem harmonisierten Teil herausgelöst werden müssen.

Die Arbeiten der FGSV-Gremien an den technischen Lieferbedingungen für Schichten ohne Bindemittel und deren Güteüberwachung stehen kurz vor dem Abschluss. Insgesamt bleiben sowohl das bisherige Anforderungsniveau als auch das alte System der Fremdüberwachung erhalten.

Als Hilfestellung für die Eigenüberwachung werden in der FGSV technische Prüfvorschriften für die Prüfmittelüberwachung erstellt und sukzessive veröffentlicht.

Nachdem die Ü-Kennzeichnung für Gesteinskörnungen für Beton durch ein Urteil des EuGHs entfallen musste, wurde im DAfStb intensiv die Einführung eines technisch gleichwertigen Systems zur Fortsetzung der Anwendung der Alkali-Richtlinie diskutiert. Als Ergebnis wurde eine entsprechende Stellungnahme veröffentlicht, die mehrfachen Änderungen unterworfen wurde. Nach Einspruch der Gesteinsindustrie ist für die Einstufung auf petrographischer Basis nun keine qualifizierte Prüfstelle mehr erforderlich.

2019 führte die Deutsche Bahn überarbeitete technische Lieferbedingungen für Gleisschotter ein, die z. T. deutliche Verschärfungen, insbesondere bei den Prüfhäufigkeiten, beinhaltete. In sehr konstruktiven Gesprächen mit der DB konnte eine Rücknahme dieser Verschärfungen und weiter gehende Erleichterungen erreicht werden.

5.5 Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Pressearbeit

Im vergangenen Geschäftsjahr hat vero landesweit in den Printmedien, TV und Hörfunk Stellung bezogen und die Kernthemen, die die Bau- und Rohstoffindustrie umtreiben, wiederholt platzieren können. Der Fokus der Berichterstattung lag dabei auf den Themen „Genehmigungssituation" und „Flächenmangel".

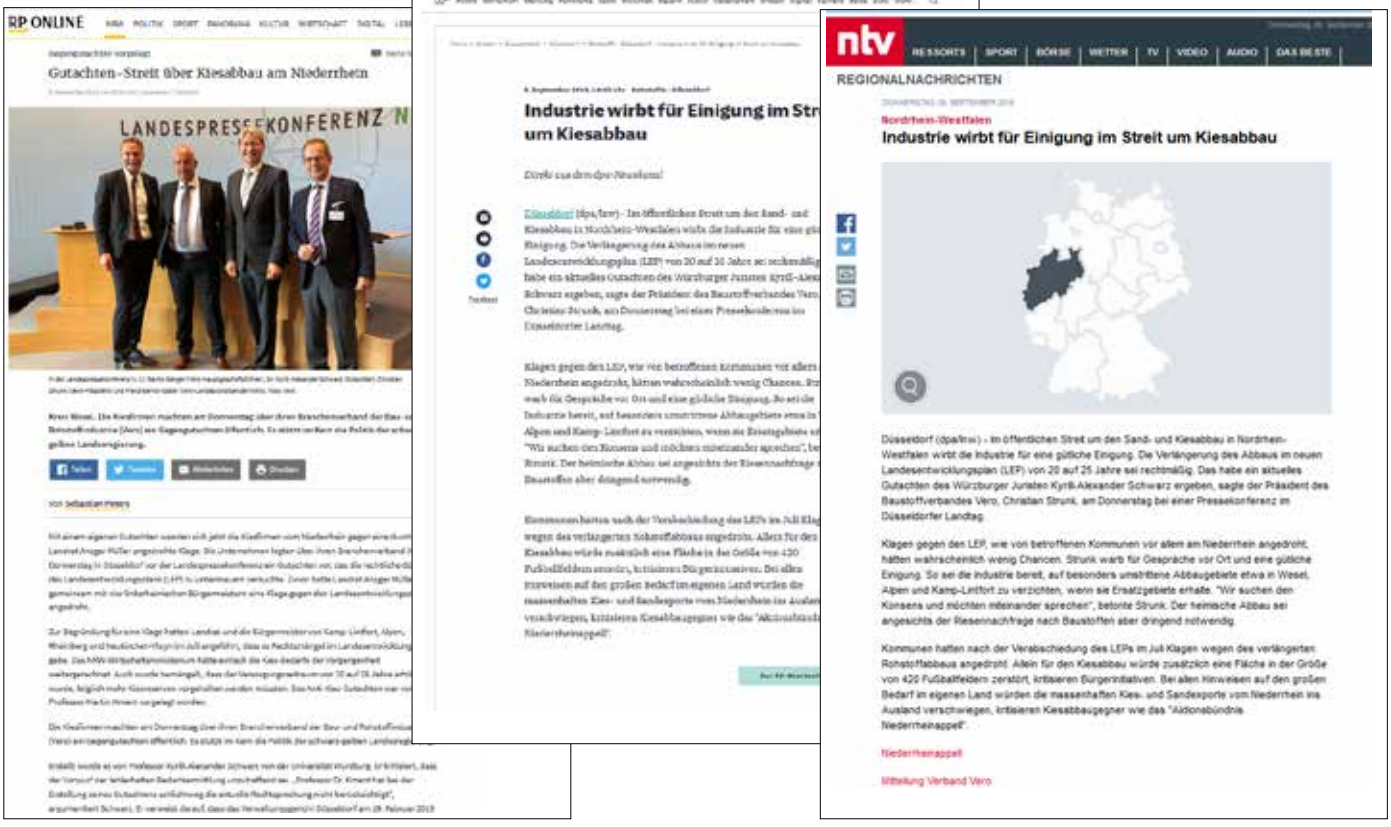
NRZ

Industrie verteidigt umstrittenen Kiesabbau am Niederrhein NRZ

Die Kiesgruben am Niederrhein sind vielen Bürgern dort ein Dorn im Auge. Die Industrie sagt aber: „Wir brauchen immer mehr Kies und Sand."

Die Bau- und Rohstoffindustrie verteidigt die von der NRW-Landesregierung geplante Ausweitung des umstrittenen Kies- und Sandabbaus am Niederrhein. Der neue Landesentwicklungsplan (LEP) sieht die Erweiterung der Zeiträume für den Abbau von Kies und Sand von 20 auf 25 Jahre vor. Die Industrie hält das für dringend geboten. Denn nur so könne die wegen des Straßen- und Brückenbaus ständig steigende Nachfrage nach Baustoffen bedient werden, erklärten Vertreter des Baustoffverbandes „vero" am Donnerstag im Landtag.

Dieselskandal: Im Durchschnitt bis zu 10.000€ sichern



RP ONLINE

Gutachten-Streit über Kiesabbau am Niederrhein

Süddeutsche Zeitung

SZ.de

Industrie wirbt für Einigung im Str... um Kiesabbau

ntv

RESSORTS | SPORT | BÖRSE | WETTER | TV | VIDEO | AUDIO | DAS BESTE

REGIONALNACHRICHTEN

Nordrhein-Westfalen

Industrie wirbt für Einigung im Streit um Kiesabbau

Düsseldorf (dpa/tmn) - Im öffentlichen Streit um den Sand- und Kiesabbau in Nordrhein-Westfalen wirbt die Industrie für eine gütliche Einigung. Die Verlängerung des Abbaus im neuen Landesentwicklungsplan (LEP) von 20 auf 25 Jahre sei rechtmäßig. Das habe ein aktuelles Gutachten des Würzburger Juristen Kyrill-Alexander Schwarz ergeben, sagte der Präsident des Baustoffverbandes Vero, Christian Strunk, am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Düsseldorfer Landtag.

Klagen gegen den LEP, wie von betroffenen Kommunen vor allem am Niederrhein angedroht, hätten wahrscheinlich wenig Chancen. Strunk warb für Gespräche vor Ort und eine gütliche Einigung. So sei die Industrie bereit, auf besonders umstrittene Abbaugebiete etwa in Wesel, Alpen und Kamp-Lintfort zu verzichten, wenn sie Ersatzgebiete erhalte. "Wir suchen den Konsens und möchten miteinander sprechen", betonte Strunk. Der heimische Abbau sei angesichts der Resonanzfrage nach Baustoffen aber dringend notwendig.

Kommunen hatten nach der Verabschiedung des LEPs im Juli Klagen wegen des verlängerten Rohstoffabbaus angedroht. Allein für den Kiesabbau würde zusätzlich eine Fläche in der Größe von 420 Fußballfeldern zerstört, kritisieren Bürgerinitiativen. Bei allen Hinweisen auf den großen Bedarf im eigenen Land würden die massenhaften Kies- und Sandexporte vom Niederrhein ins Ausland verschwiegen, kritisieren Kiesabbaugegner wie das "Aktionsbündnis Niederrheinappell".

Niederrheinappell

Mitteilung Verband Vero

Pressearbeit für Mitgliedsunternehmen

Besuch aus Brüssel: Europäischer Gesteinsverband zu Gast bei Hülskens

Vertreter des Europäischen Gesteinsverbandes „Union Européenne des Producteurs de Granulats" (UEPG) aus Brüssel haben am 23. Juli 2019 Standorte und Projekte der Firma Hülskens in Wesel besichtigt. UEPG-Geschäftsführer Dirk Fincke und Thilo Juchem, UEPG-Präsident, besuchten die Rekultivierungsmaßnahme Lippemündungsraum in Wesel und die Produktionsstätte Milchplatz in Rheinberg. Begleitet wurden sie von Michael Schulz, vero-Ehrenpräsident, Raimo Benger, vero-Hauptgeschäftsführer, und Christian Strunk, vero-Präsident und Geschäftsführer Hülskens Holding.

Zuerst stand eine Besichtigung der Rekultivierungsmaßnahme Lippemündungsraum auf dem Programm. Hier konnten sich die Vertreter der UEPG vor Ort ein Bild von dem ökologischen Zustand der Landschaft sowie den vielen positiven Veränderungen im Bereich Artenschutz, Hochwasserschutz und Wasserqualität machen. Für die Rekultivierungsmaßnahme Lippemündungsraum hat Hülskens im Jahr 2015 den Umweltpreis der Stadt Wesel erhalten. Thilo Juchem zeigt sich beeindruckt: „Hier sieht man, wie Rohstoffgewinnung und Naturschutz idealtypisch Hand in Hand gehen können."

Von links nach rechts: Michael Schulz, vero-Ehrenpräsident, Christian Strunk, vero-Präsident und Geschäftsführer Hülskens Holding, Thilo Juchem, UEPG-Präsident, Dirk Fincke, UEPG-Geschäftsführer, und Raimo Benger, vero-Hauptgeschäftsführer

Wirtschaft macht Kompromissvorschläge im Kiesstreit: Ohne Lösung droht NRW-Baustellen Stillstand

Der Kies- und Sandabbau am Niederrhein hat zu hitzigen Diskussionen beim Entwurf des Regionalplanes Ruhr geführt. Am 8. Oktober 2019 veranstaltet der Regionalverband Ruhr (RVR) eine Abgrabungskonferenz in Wesel. Sie soll dazu dienen, geeignete Gewinnungsstandorte festzulegen. Betroffene Kommunen und Bürgerinitiativen haben ihr Fernbleiben angekündigt. Die niederrheinische IHK und der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. (vero) brachten Alternativvorschläge in die Diskussion ein, um die verhärteten Fronten zu klären. Dem RVR und der Kommunalpolitik wurden die erarbeiteten Standortvorschläge übermittelt.

IHK und vero stellten in einer Pressekonferenz neun alternative Gewinnungsstandorte für den Kiesabbau vor. Foto: niederrheinische IHK/Jacqueline Wardeski.

Rohstoffnutzung und Ressourcenschutz: vero fordert eine Rohstoffstrategie für Nordrhein-Westfalen

Mitte Januar 2020 beschloss das Bundeskabinett die Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Bundesweit soll die Rohstoffversorgung der Wirtschaft langfristig sichergestellt und ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Darin enthalten sind insgesamt 17 konkrete Maßnahmen, die Unternehmen bei einer sicheren, verantwortungsvollen und der Nachhaltigkeit verpflichteten Rohstoffversorgung unterstützen sollen. Außerdem soll die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden. Durch einen effizienten Umgang mit Rohstoffen soll der Einsatz von Primärrohstoffen möglichst niedrig gehalten werden, bei gleichzeitigem Ausbau des Themas Kreislaufwirtschaft.

Für das Land Nordrhein-Westfalen muss eine solche Rohstoffstrategie erst noch entwickelt werden. „Wir begrüßen es sehr, dass die Bundesregierung mit der Fortschreibung der ersten Rohstoffstrategie das Bewusstsein für heimische Rohstoffe und deren Bedeutung stärkt. Diese muss jedoch auch auf Landesebene greifen und umgesetzt werden, und zwar schnell. Bei anstehenden Neuaufstellungen der Regionalplanung muss daher schon jetzt die ausreichende Versorgung mit heimischen Rohstoffen dringend beachtet werden", so Benger.

5.6 Aus- und Weiterbildung

vero-Lehrgang Gesteinskörnungen: volles Haus zum 10-jährigen Jubiläum

Vom 13. bis 15. November 2019 fand der Lehrgang „Gesteinskörnungen" in Rheda-Wiedenbrück statt. Mit 70 Teilnehmern war der Lehrgang auch in diesem Jahr wieder ausgebucht. Seit 2009 bietet der Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V. (vero) zweimal im Jahr den Lehrgang Gesteinskörnung an. In den letzten zehn Jahren fanden somit insgesamt 22 Lehrgänge mit rund 700 Teilnehmern statt.

Der Lehrgang richtet sich an Mitarbeiter in WPK-Prüfstellen, Verfahrensmechaniker und Aufbereitungsmechaniker sowie Vertriebs- und Betriebsmitarbeiter.

Die Referenten Franz Schulte, Michael Spenrath, Stefan Janssen und Markus Schumacher haben den Teilnehmern den Stand der Technik, Prüfverfahren, die für die werkseigene Produktionskontrolle wichtig sind, Auswertungsmethoden und Neuerungen in den harmonisierten Regelwerken vorgetragen. In praxisorientierten Workshops konnten die Teilnehmer das Gelernte in den Anwendungsbereichen Beton, Straßenbau und Asphalttechnik umsetzen.

Referent Franz Schulte unterrichtet die Teilnehmer.

Bester Verfahrensmechaniker Transportbeton: Top-Azubi Mamadou Ba von der DIHK ausgezeichnet

Mamadou Ba arbeitet bei der GP Alster Beton GmbH, einem Tochterunternehmen unseres Mitgliedsunternehmens Günter Papenburg AG, in Halstenbek (Schleswig-Holstein). Der gebürtige Senegalese lebt seit 2005 in Deutschland und hat bei der Papenburg AG seine Ausbildung abgeschlossen. Bereits im September dieses Jahres ehrte der Bundesverband Transportbeton (BTB) Mamadou Ba anlässlich der Jahrestagung der Transportbetonindustrie in Leipzig als einen der besten Auszubildenden der Transportbetonindustrie. Jetzt konnte der Verfahrensmechaniker Transportbeton die nächste Trophäe einsammeln.

Mamadou Ba und Heike Kummer, Vorsitzende des DIHK-Bildungsausschusses. Foto: DIHK/Michael Ebner.

5.7 Veranstaltungen

Veranstaltung „Rohstoffe und Ressourcenschutz“ der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW

Am 22. November 2019 fand in der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW in Gelsenkirchen eine Veranstaltung zum Thema „Rohstoffe und Ressourcenschutz“ statt.

In Vorträgen, Impulsreferaten und einer anschließenden Podiumsdiskussion hatten Natur- und Umweltschutzverbände, Landwirtschaft, Rohstoffindustrie und Bürger Gelegenheit, über Aktivitäten und Standpunkte zu berichten und ihre Positionen auszutauschen.

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (v. l. n. r.): Christian Chwallek, NABU NRW, Raimo Benger, vero, Dirk Jansen, BUND NRW, Dr. Helmut Spoo, Umwelt-Consulting, und Matthias Bongard, WDR

Change your job:
neue Strategien gegen den Fahrermangel

Am 26. September 2019 führte vero in der Duisburger Geschäftsstelle eine Informationsveranstaltung zum Thema „Strategien gegen Fahrermangel“ durch. Referent Stefan Reinhold stellte den Teilnehmern neue Wege vor, geeignetes Fahrpersonal zu finden, zu rekrutieren und zu binden.

Über die digitale Plattform „ChangeYourJob“ haben Unternehmen die Möglichkeit, sich dort zu registrieren, Stellenangebote zu platzieren und Bewerber zu finden, die zum Fahrer ausgebildet oder umgeschult werden können. „In Zeiten, in denen es für Unternehmer immer schwieriger wird, geeignetes Fahrpersonal zu finden, muss man neue Wege gehen. Daher suchen wir Menschen, die daran interessiert sind, sich zum Kraftfahrer ausbilden zu lassen“, erklärt Stefan Reinhold. „So erreichen wir neue Bewerber-Zielgruppen“, ergänzt er.

Stefan Reinhold, Verkehrsinstitut Reinhold, und Sabine Wiehe, vero

Betonförderer-Foren
Die regelmäßig im Frühjahr und Herbst stattfindenden Betonförderer-Foren erfreuen sich einer hohen Akzeptanz in der Branche. In 2019 fanden die Foren im Frühjahr in Hamburg und im Herbst in IJmuiden, NL, statt, und zwar in Verbindung mit der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Transportbeton/Betonförderer.

Neben Themen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Perspektiven der Bauwirtschaft wurde auch über spezielle Belange des Betonförderer-Gewerbes, gesprochen, wie z. B. über unverbindliche Muster-AGB, Industrie 4.0: das neue Maschinencockpit für die Betonlieferkette, das aktuelle Unfallgeschehen und die DGUV-Branchenregel in der Betonindustrie, den Teil 3: Betrieb von Betonpumpen und Fahrmischen.

Frühjahrsgespräche Straßenbauverwaltungen
Eine leistungsfähige und intakte Verkehrsinfrastruktur ist Grundvoraussetzung für Wohlstand und Wachstum. Dem Straßenwesen kommt hierbei eine hohe Bedeutung zu, da ein großer Teil der Verkehrsleistung auf dem Straßennetz abgewickelt wird.

Unsere Industrie leistet mit den bereitgestellten Bau- und Rohstoffen einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen einer nachhaltigen Infrastruktur. Von Seiten des Verbandes halten wir es daher für wichtig, den Dialog mit Vertretern der Straßenbauverwaltungen im Rahmen sogenannter „Frühjahresgespräche" zu führen. Im Rahmen dieser Gespräche besteht dann die Möglichkeit, sich über anstehende Infrastrukturmaßnahmen, die Finanzierungssituation sowie aktuelle Probleme und Fragestellungen zu informieren bzw. auszutauschen.

Die Frühjahresgespräche finden regelmäßig statt zwischen unseren Mitgliedsunternehmen und

- Landesbetrieb Straßenbau NRW, Gelsenkirchen
- Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Koblenz
- Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement, Wiesbaden
- Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Hannover

Gesprächsziele sind unter anderem:

- Förderung eines fairen und verantwortungsvollen Umgangs zwischen Straßenbauverwaltungen und Unternehmen
- Steigerung der Markttransparenz und Planungssicherheit für die Marktbeteiligten

Aktion: „Impulse für den Wohnungsbau Nordrhein-Westfalen“

Die Initiative „Impulse für den Wohnungsbau NRW“ wird getragen von einem Bündnis nordrhein-westfälischer Verbände, Kammern und Institutionen, zu dem auch vero gehört.

Ziel des Bündnisses ist die Sicherstellung der langfristigen Versorgung mit ausreichendem, bezahlbarem und zukunftsfähigem Wohnraum. Vor diesem Hintergrund ist auch der jährlich im Juni stattfindende Wohnungsbautag NRW zu sehen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wird unter anderem die Wohnungspolitik der NRW-Landesregierung kritisch beleuchtet und hinterfragt, ob die politischen Instrumente zur Wohnraumförderung ausreichen.

vero-Energieeffizienz-Netzwerk

Am 16. Januar 2020 hat bereits das fünfte vero-Energieeffizienz-Netzwerk stattgefunden, und zwar bei der ÖKOTEC Energiemanagement GmbH in Berlin.

Die Identifikation und Bewertung bislang verborgener Energie-Einsparpotentiale einschließlich fundierter Nachweisführung standen bei diesem Treffen im Mittelpunkt. Darüber hinaus ging es um Anregungen zur methodischen Optimierung und zur Präzisierung von Prozessen und Abläufen.

Die Summe der bisher identifizierten Einsparungen (gelieferte Endenergien, Strom, Brennstoffe usw.) beträgt 5.505 MWh/a, die am Ende der Netzlaufzeit wirken sollen. Gemäß den CO_2-Emissions-Faktoren der IEEN ist das ein Äquivalent von 2.278 t CO_2/a.

CSC-Infoveranstaltung

Am 23.08.2019 fand in den Räumlichkeiten der Duisburger Geschäftsstelle die CSC-Infoveranstaltung statt.

Sowohl Themen zum Umfang und Inhalt des Zertifizierungssystems als auch allgemeine Informationen zum Systembetreiber wurden von Christopher Schiborr (vero) vorgetragen.

Des Weiteren referierte Robért van de Laar (Teunesen Group) und stellte das Thema aus der Sicht eines bereits zertifizierten Unternehmens dar.

6 | Impressum

vero – Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V.
Düsseldorfer Straße 50
47051 Duisburg
Tel. 0203 99239-0
Fax. 0203 99239-97
info@vero-baustoffe.de
www.vero-baustoffe.de

Hauptgeschäftsführer: Raimo Benger

Konzept und Design
cantaloop GmbH, Duisburg

MACHEN!

vero
der baustoffverband